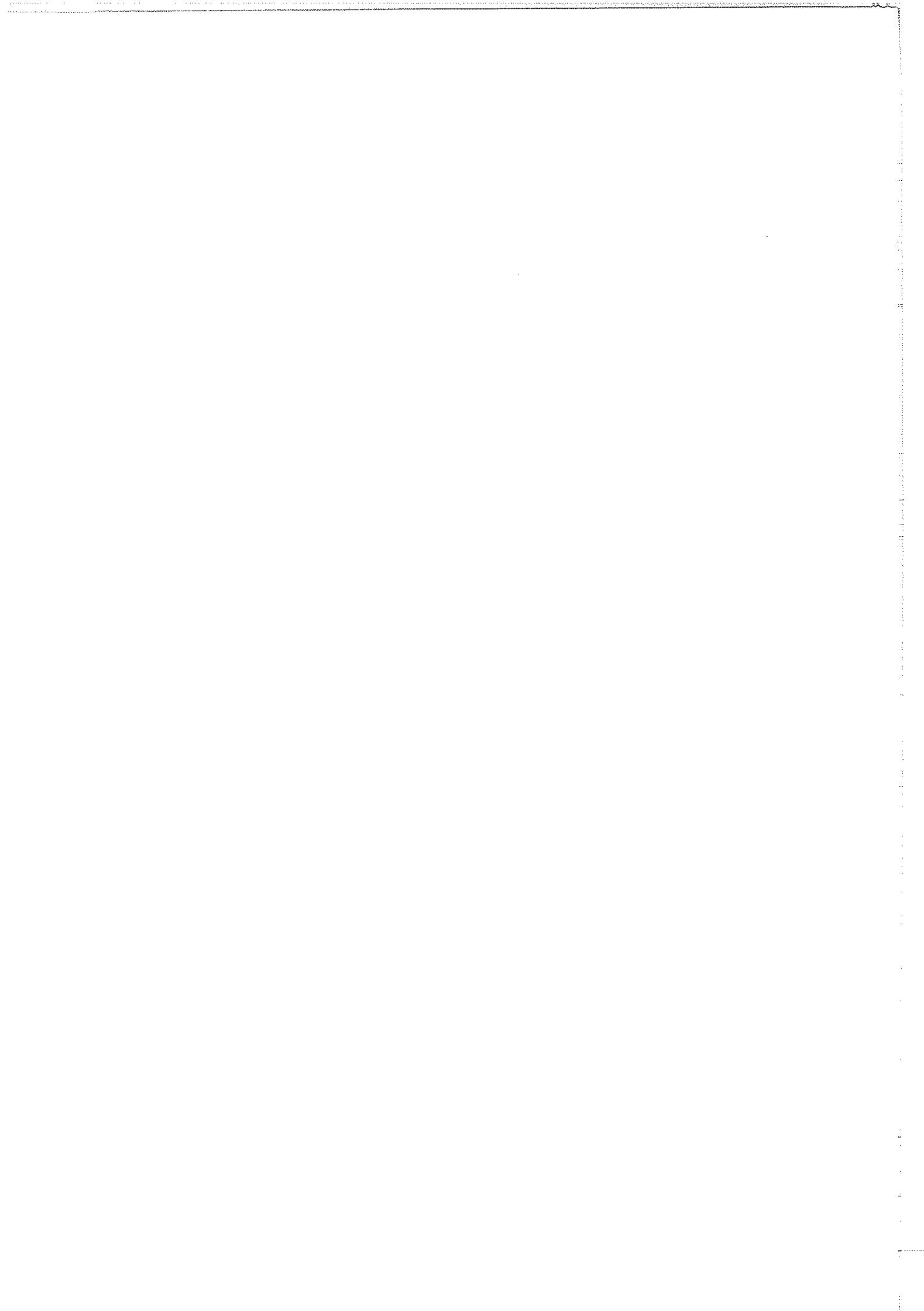


**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode
1988 - 1993

SEDUTA 114 SITZUNG
18.12.1992



**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

RELLA Alberto <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	pag.	4-12-37
ANDREOLLI Tarcisio <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	"	4-26-30
TRIBUS Arnold <i>(Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion-Grupa Verc)</i>	"	5-13-39
KASERER Robert <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	8-15-16-43
BENUSSI Ruggero <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	"	10
CRAFFONARA Italo <i>(Gruppo Liberale Italiano)</i>	"	10
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	11-18-39-40
BOLOGNANI Lina <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	"	12
LEITA Enrico <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	"	16
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion-Grupa Verc)</i>	"	29-30
ANDREOTTI Carlo <i>(Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)</i>	"	35
LEVEGHI Mauro <i>(Gruppo Socialdemocratico Italiano)</i>	"	38
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	"	45
NEGHERBON Livio <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	"	47

MERANER Gerold

(*Gemischte Fraktion*)

pag. 48

BERGER Franca

(*Gruppo Misto*)

" 63-72

INDICE**INHALTSANGABE****Disegno di legge n. 99:**

Bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1993 e Bilancio triennale 1993-1995 (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 2

Seite 2

Proposta di delibera n. 27, concernente l'approvazione del Rendiconto generale del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1991

pag. 50

Seite 50

Proposta di delibera n. 30:

Bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1993

pag. 66

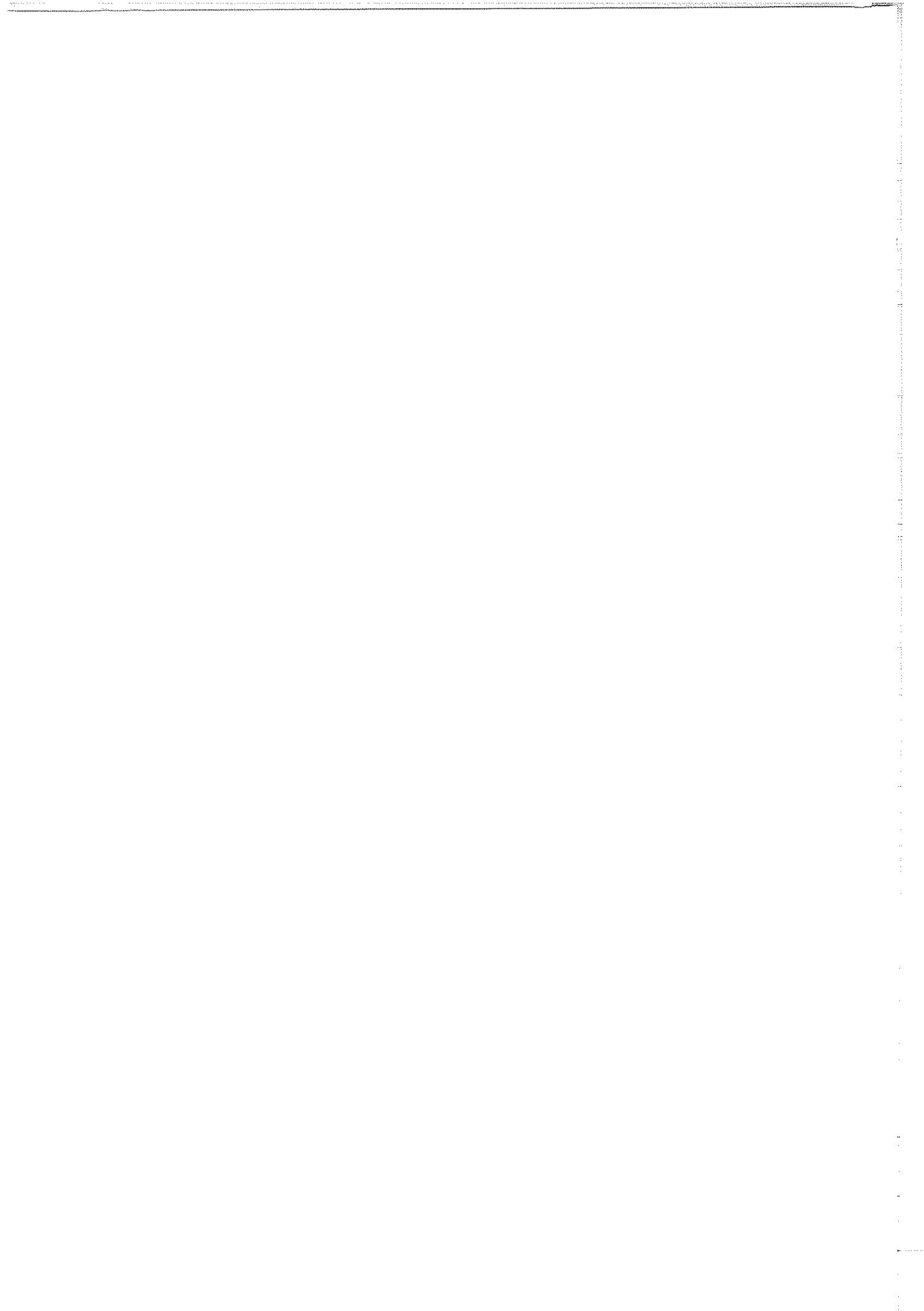
Seite 66

Gesetzentwurf Nr. 99:

Haushaltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für die Finanzgebarung 1993 und dreijähriger Haushalt 1993-1995 (eingebracht vom Regionalausschuß)

Beschlußfassungsvorschlag Nr. 27, Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung des Regionalrates für das Finanzjahr 1991**Beschlußfassungsvorschlag Nr. 30:**

Haushaltsvoranschlag des Regionalrates für das Finanzjahr 1993



Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

Ore 10.14

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten, daß sie Platz nehmen und daß mit dem Namensaufruf begonnen wird.

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

BENUSSI: (segretario):(fa l'appello nominale)
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Für die heutige Sitzung haben sich die Abg. Hosp am Nachmittag, Ricci, Giacomuzzi, Valentin, Feichter, Holzmann, Pahl, Kofler, Ferretti, Marzari, Tononi, Mayr, Franceschini, Oberhauser und Malossini entschuldigt.

PRESIDENTE: Per la seduta odierna hanno giustificato la loro assenza i conss. Hosp per il pomeriggio, Ricci, Giacomuzzi, Valentin, Feichter, Holzmann, Pahl, Kofler, Ferretti, Marzari, Tononi, Mayr, Franceschini, Oberhauser e Malossini.

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

BENUSSI: (segretario):(legge il processo verbale)
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. In tal caso il processo verbale risulta approvato.

PRÄSIDENT: Wir setzen jetzt die Arbeiten fort, aber zuvor möchte ich noch etwas sagen: an mich sind verschiedene Abgeordnete herangetreten, um zu fragen, wie lange wir arbeiten wollen. Wir haben einberufen und haben vermerkt bis zum Abschluß und zur Genehmigung des dritten Punktes der Tagesordnung. Wir machen also den Haushalt der Region, dann den Rechnungsabschluß des Regionalrates und den Haushalt des Regionalrates. Das müssen wir machen. Aber dann sind verschiedene Wünsche vorgetragen worden. Mir ist es gleich, ich bitte nur im Laufe des Vormittags zu überlegen, was Sie wünschen, ansonsten habe ich natürlicherweise auch nichts dagegen, daß sobald die 3 Punkte gemacht sind, wir vorzeitig abbrechen. Aber jetzt schauen wir, wie die Dinge laufen und dann können wir noch gemeinsam entscheiden.

Jetzt haben wir den Beschußantrag zur Tagesordnung zur Diskussion, eingebracht vom Abg. Tribus, zu dem verschiedene Redner schon geredet haben, über die Abhaltung einer Konferenz mit den autonomen Regionen.

Meldet sich jemand zu Wort? Wenn sich niemand zu Wort meldet und nachdem da auch der Regionalrat gefordert wird, möchte ich dazu folgendes sagen: In Vertretung des Regionalrates habe ich an eigentlich allen Sitzungen der Präsidenten der Regionalräte teilgenommen, die bisher stattgefunden

haben und sie sind sehr regelmäßig. Wie Sie wissen, ist der turnusmäßige Vorsitz immer routiert zwischen den verschiedenen Regionen. Zur Zeit ist der Präsident der Regionenkonferenz der Regionalräte Herr Galati und es war in diesen Konferenzen immer ein bißchen Spannung zwischen den Regionen mit Sonderstatut und mit Normalstatut. Wir - und wenn ich jetzt wir sage, meine ich die Regionen mit Sonderstatut Aosta, Friaul-Julisch Venetien und die beiden Inseln - haben immer abgesprochen und haben aber immer versucht, gemeinsam mit allen anderen Regionen Schritt zu halten und zu vermeiden, daß eine Kluft zwischen den beiden Interessen auftritt. Wir haben immer gesagt - und das ist auch der Standpunkt, der auch vom Ausschuß und in den gleichen Regionenkonferenzen der Ausschußpräsidenten vertreten wurde -, wir sind bereit, sozusagen als Vorhut aller Regionen im Kampf um eine Reform des Staates im föderalistischen Sinne - andere haben das mit Regionalismus formuliert - unter einer Bedingung vorauszumarschieren, daß die anderen Regionen bereit sind, den Sonderstatus der Regionen mit Sonderstatut anzuerkennen und zu respektieren. Es ist gelungen. Wir haben also der Versuchung widerstanden, hier einen Bruch zu vollziehen und haben mehr an Überzeugungsarbeit investiert, um einen gemeinsamen Strick zu ziehen. Das war sehr wichtig. Wir haben auch immer versucht, die Dokumente mitzutragen, die dann ausgearbeitet worden sind und tatsächlich hat die Regionenkonferenz in diesen Dokumenten immer unserem Standpunkt Rechnung getragen, immer einen eigenen Absatz hineingegeben, wo es dann lautet und natürlicherweise unter Respektierung der Erfordernisse der Regionen mit Sonderstatut. Da ist einiges geschehen. Ich darf es aufzählen: Wir haben gemeinsam Stellung genommen und gemeinsame Bemühungen unternommen zur Abschaffung entsprechend der Verfassung von fünf Ministerien, die in die Zuständigkeit der Regionen einschneiden. Auch dieser Regionalrat hat die entsprechenden Beschlüsse gefaßt, wir sind vorstellig geworden und wir haben glücklicherweise auch den Rekurs vor dem Kassationsgerichtshof gewonnen und einen guten Schritt in Richtung Entflechtung des Zentralismus getan.

Zweiter Punkt: Bei den Parlamentswahlen haben alle Regionalräte - auch das ist eine Initiative der Präsidenten der Regionalräte - einen Aufruf an alle Kandidaten zugeschickt, in dem die Verpflichtung übernommen wird, sich im Falle der Wahl für die Dezentralisierung des Staates und für eine radikale Reform zugunsten der Regionen einzusetzen. Wir haben das auch mitgetragen und der Großteil der Kandidaten aus Südtirol und aus dem Trentino haben diesen Aufruf auch unterschrieben.

Drittens: Die Regionenkonferenz hat einen Verfassungsentwurf zur Dezentralisierung des Staates ausgearbeitet, der den zuständigen Organen übergeben worden ist und zu dem ich mir erlaubt habe, die entsprechenden Abänderungen zu deponieren, die die Besonderheiten unserer Region und unserer beiden Provinzen betreffen. Wir haben dann im Regionalrat verzichtet, das Papier zu verabschieden, weil wir einen Begehrensantrag verabschiedet haben, der die Umwandlung des italienischen Staates zu einem Bundesstaat fordert. Da sind wir den anderen Regionen einen Schritt voraus gewesen und somit wäre es nicht gut gewesen, in einem zweiten Dokument möglicherweise weniger zu verlangen.

Jetzt steht etwas bevor, was ich auch ankündigen möchte: im Februar findet diese alljährliche Skiwoche statt. Ich möchte diese Skiwoche, die auf der einen Seite ein Treffen der Angestellten ist, aber auf der anderen Seite auch von Abgeordneten aus den Spezialregionen ist, mit einem Schwerpunktthema ausrüsten und dazu nicht nur eine kleine Diskussionsrunde abhalten, sondern habe alle Präsidenten der autonomen Regionen eingeladen und diese Skiwoche ist in der Region Trentino-Südtirol, wir sind diesmal also Gastgeber und sie findet in San Martino di Castrozza statt. Wir haben die wohlwollenden Zusagen aller autonomer Regionen mit Sonderstatut. Wir werden diese Präsidenten in der zweiten Februarwoche zu Gast haben. Ich glaube, daß das eine gute Gelegenheit ist, um dort - das wäre meine Vorstellung - ein gemeinsames Papier zur Verfassungsreform auszuarbeiten, das dem Parlament übermittelt werden soll, das damit die Position der autonomen Regionen zur Reform und Umstrukturierung des Staates zum Ausdruck bringen soll und ich bin sehr zuversichtlich, daß wir bei diesem Treffen auch ein Einvernehmen erzielen werden, weil wir als autonome Regionen immer am gleichen Strang gezogen haben. Nichts spricht dagegen, daß man in einem zweiten Schritt nach diesem Treffen mit dem Präsidenten, wo

wir ein einheitliches Papier vorbereiten können, dann eine größere Tagung gemeinsam mit dem Ausschuß so wie es vorgeschlagen wurde gemeinsam mit den beiden Landtagen von Bozen und Trient, die auch immer bei den Regionenkonferenzen mit dabei sind, um einem größeren Forum dann die gemeinsamen Dokumente zur Diskussion zu stellen und auch mit dem notwendigen politischen Druck auszustatten, die für solche Forderungen notwendig sind.

Also aus meiner Sicht und aus der Sicht des Präsidiums paßt ein solcher Beschuß in die Linie der bisherigen Bemühungen, verstärkt sie und kann sicherlich nur positiv erfolgen.

...Frau Abg. Berger, ich kann Ihnen nicht mehr das Wort geben. Das Wort hat nur mehr der Einbringer, der Abg. Tribus, denn wir sind in der Phase der Replik. Nur der Präsident des Ausschusses könnte noch reden.

...sull'ordine dei lavori? Prego cons. Rella.

PRESIDENTE: Proseguiamo ora i lavori. Prima desidero fare una comunicazione: si sono rivolti a me numerosi consiglieri per chiedermi fino a che ora avremmo lavorato. Nella convocazione era stato previsto fino all'esaurimento del terzo punto all'ordine del giorno. Tratteremo dunque il bilancio della Regione, poi il rendiconto e il bilancio del Consiglio regionale. Dobbiamo terminare questi tre punti. Poi sono state fatte numerose richieste. Invito pertanto i sigg. consiglieri a riflettere nel corso della mattinata su come vogliamo procedere: io comunque non ho nulla in contrario che ultimati questi tre punti, si concluda la seduta anticipatamente. Intanto vediamo come vanno le cose e poi decidiamo.

Per ora è in discussione l'ordine del giorno presentato dal cons. Tribus relativo alla convocazione di una Conferenza delle Regioni a statuto speciale, sul quale sono intervenuti già numerosi relatori.

Chi desidera intervenire? Se nessuno chiede la parola ed essendo il Consiglio regionale il diretto interlocutore vorrei puntualizzare quanto segue: In rappresentanza del Consiglio regionale ho partecipato regolarmente e periodicamente a tutte le sedute della Conferenza dei Presidenti dei Consigli regionali. Come sapete, la Presidenza viene assegnata a rotazione ad una delle varie Regioni. Attualmente la carica di Presidente della Conferenza dei Consigli regionali è assegnata al sig. Galati. Nel corso di queste conferenze c'è sempre stata un po' di tensione tra le Regioni a Statuto ordinario e quelle a statuto speciale. Noi - e dicendo "noi" intendo le Regioni a statuto speciale come la Valle d'Aosta, il Friuli Venezia Giulia e le due isole - ci siamo sempre intesi ed abbiamo sempre cercato di tener conto anche delle esigenze delle altre Regioni, evitando di creare una rottura tra gli interessi degli uni e degli altri. Abbiamo sempre detto - e questa è anche la posizione difesa dalla Giunta e ribadita nel corso delle Conferenze dei Presidenti delle Giunte regionali - che siamo disposti, a nome di tutte le Regioni, a farci promotori di una riforma dello stato in senso federalista, a condizione che le altre Regioni riconoscano e rispettino lo stato particolare delle Regioni a statuto speciale. Siamo riusciti così a resistere alla tentazione di creare una frattura ed a convincere tutti che era meglio unire le forze. Questo è stato molto importante. Abbiamo anche sempre cercato di dare tutto il nostro appoggio ai documenti presentati; nella Conferenza delle Regioni si è effettivamente tenuto conto della nostra posizione e si è inserito un comma apposito che specificava: nel rispetto delle esigenze delle Regioni e Province a statuto speciale. E poi ci sono molti altri esempi. Vorrei elencarli: insieme ad altre Regioni ci siamo fatti promotori di un referendum per la soppressione di cinque Ministeri, le cui competenze si sovrapponevano a quelle delle Regioni. Anche questo Consiglio regionale ha preso una decisione a riguardo e siamo soddisfatti nel vedere che è stato vinto il ricorso davanti alla Corte di Cassazione. Abbiamo così fatto un buon passo avanti verso lo smantellamento del centralismo statale.

Secondo punto: In occasione delle elezioni politiche tutti i consigli regionali - ed anche questa è stata un'iniziativa del Presidente dei Consigli regionali - hanno inviato un appello ai candidati, affinché, nel caso fossero stati eletti, si impegnassero ad attivarsi a favore della decentralizzazione dello stato e di una riforma radicale in senso regionalistico. Anche noi abbiamo sostenuto questa iniziativa, come

pure gran parte dei candidati del Trentino-Alto Adige.

Terzo: La Conferenza delle Regioni ha predisposto una proposta costituzionale per il decentramento del potere statale; tale proposta è stata trasmessa agli organi competenti, insieme alle modifiche proposte per la nostra Regione e le due Province autonome. In Consiglio regionale abbiamo poi rinunciato alla approvazione di tale documento, in quanto è stato accolto un Voto rivolto al Parlamento che chiedeva la trasformazione dello Stato italiano in uno stato federale. In questo senso abbiamo, per così dire, svolto un ruolo di precursore rispetto alle altre Regioni. Sarebbe stato poco ragionevole chiedere meno con un secondo documento.

Adesso c'è ancora una cosa che vorrei annunciare: in febbraio avrà luogo la tradizionale settimana bianca. Io intendo cogliere l'occasione di questo incontro che non è aperto solo ai dipendenti, ma anche ai consiglieri delle varie Regioni a statuto speciale, per organizzare un incontro a cui saranno invitati tutti i Presidenti delle Regioni autonome. Questa settimana bianca si svolgerà in Trentino-Alto Adige, a San Martino di Castrozza. Abbiamo già l'adesione di tutte le Regioni a Statuto speciale. La seconda settimana di febbraio avremo dunque ospiti tutti i Presidenti delle Regioni autonome. Io credo che sia una buona occasione per predisporre, in quell'occasione, un documento congiunto per la riforma costituzionale, da inviare poi al Parlamento, affinché sia chiara la posizione delle Regioni autonome in merito alla riforma e alla ristrutturazione dello Stato. Io sono convinto che troveremo un'intesa nel corso di tale incontro, anche perché abbiamo sempre sostenuto la stessa causa. Nulla osta al fatto che, dopo questo incontro con i Presidenti delle Regioni a Statuto speciale, dove intendiamo approvare un documento congiunto, si possa poi organizzare un incontro allargato alla Giunta e ai due Consigli provinciali di Trento e di Bolzano che fanno anche parte della Conferenza delle Regioni, in modo da trovare un ampio consenso sul documento di cui sopra e riuscire quindi ad esercitare la necessaria pressione politica per poter far valere queste rivendicazioni.

Dal mio modesto punto di vista e quello dell'ufficio di Presidenza una simile iniziativa si alineerebbe agli sforzi passati e non potrebbe che essere positiva.

...Cons. Berger, non posso più darLe la parola. Ora potrà intervenire solo il presentatore, il cons. Tribus, in sede di replica. Solo il Presidente della Giunta potrebbe intervenire.

...sull'ordine dei lavori? Prego cons. Rella.

RELLA: Non entro nel merito, signor Presidente, perché ha già parlato il collega Viola, però volevo intervenire sulle sue dichiarazioni, se lei consente.

PRÄSIDENT: Meine Erklärungen waren eine Stellungnahme, eine Replik, seitens des Präsidiums, das in diesem BeschlusSANtrag angesprochen worden ist und nachdem keine Stimmabgabeerklärungen vorgesehen sind, kann ich Ihnen das Wort leider nicht erteilen.

Das Wort hat der Präsident des Ausschusses.

PRESIDENTE: Le mie dichiarazioni rappresentavano una presa di posizione, una replica da parte dell'Ufficio di Presidenza, come diretto interlocutore di questa mozione. Poiché non sono previste dichiarazioni di voto, non posso assegnarLe la parola.

La parola al Presidente della Giunta regionale.

ANDREOLLI: Grazie, signor Presidente. Intervengo brevemente per dire che la Giunta regionale condivide questa proposta ed auspica, come mi pare da più parti è stato detto, che questa iniziativa trovi la convergenza dei due Consigli provinciali, di quello regionale e dei tre governi, loro tutti sanno che oggi e ieri avrebbe dovuto esserci un convegno a Milano organizzato d'intesa fra l'Ufficio di Presidenza dei Consigli regionali e delle Giunte regionali di tutta Italia, è stato spostato a febbraio perché non c'è intesa sul documento base, il documento base è stato elaborato dalle Presidenze dei Consigli regionali, è stato

sottoposto a tutti i Consigli, alcuni Consigli hanno approvato, altri hanno approvato con emendamenti, altri senza, c'è in atto una lunga mediazione tra i due vertici delle due Presidenze per raggiungere un'intesa su questo documento e quindi da questo punto di vista questa proposta può essere un preambolo, una specie di inizio, perché almeno ci sia un'intesa fra le Regioni a Statuto speciale, quindi condivido questa proposta, auspico però che ci sia una concreta intesa fra i sei vertici nostri, in modo che vengano coinvolti i tre nostri Consigli e le tre Giunte, così da rappresentare unitariamente questa sensibilità e questa volontà.

Posso annunciare che ieri in Giunta regionale abbiamo istituito anche un gruppo di lavoro permanente perché segua i lavori della Bicamerale, in modo da avere informazioni, oltre a quelle che abbiamo dalla stampa dei resoconti, anche organizzativamente e sistematicamente predisposte e ne daremo diffusione anche a tutti i colleghi del Consiglio, in modo che siano quanto meno, con un piccolo notiziario, informati sistematicamente di come procedono i lavori. E' un impegno che ho assunto anche ieri per altro verso, per un secondo appuntamento, ma questo lavoro preparatorio e di costante verifica credo sia molto utile e fondamentale per conoscere con esattezza come si stanno muovendo i lavori a Roma. Grazie.

PRÄSIDENT: Jetzt hat der Abg. Tribus das Wort zur Replik.

PRESIDENTE: La parola ora per la replica al cons. Tribus

TRIBUS: Ich möchte zuerst dem Kollegen Benedikter versichern, der gestern Zweifel geäußert hat, es könnte sich hier um eine Initiative handeln, die ausschließlich die Regierungen betrifft - nichts liegt mir ferner und ich glaube auch, daß die Formulierung, die ich gewählt habe, eigentlich recht klar ist. "...die politischen Vertretungen der Regionalräte...", das sind alle und dann "die Vertretungen der Exekutive", das ist etwas anderes. Mir scheint diese Formulierung eindeutig zu sein. Es wäre mir nie in den Sinn gekommen, Kollege Benedikter, etwas zu inizieren, das uns ausschließt. So blind und kurzsichtig bin ich noch nicht.

Einige Kollegen aus dem Trentino haben gewünscht, nachdem im Trentino bereits ein ähnliches Dokument verabschiedet worden ist, man möge im Text das "Einvernehmen mit der autonomen Provinz Trient oder mit den Landtagen" einbauen. Herr Präsident, ich habe nichts dagegen, wenn das von Amts wegen erfolgen kann, daß man das im beschließenden Teil mit aufnimmt.

Was Ihre Stellungnahme betrifft, kann ich nur folgendes sagen: Es ist eine Initiative, die durchaus positiv ist, wenn man heuer die Skiferien intensiver nutzen will, um diese Thematik zu behandeln, aber diese hier vorgeschlagene ist vielleicht etwas ein Schritt weiter, etwas größeres, erweiterteres, weil auch vielleicht uns der Schritt gelingt, von den keinen Präsidentschaftszirkeln loszukommen und eine breitere Öffentlichkeit, aber auch hier auf Abgeordnetenebene mehr Leute in diesen Diskussionprozeß mit einzubziehen. Deshalb bin ich erfreut, daß sich eigentlich alle mit Ausnahme des MSI positiv geäußert haben, aber das nehme ich zur Kenntnis.

(Desidero innanzitutto rassicurare il collega Benedikter, avendo egli espresso ieri dei dubbi sul fatto che si potesse trattare di un'iniziativa concernente esclusivamente le Giunte - ben lunghi da essere mia intenzione - e ritengo anche che la formulazione scelta sia sufficientemente chiara "... le rappresentanze politiche dei Consigli regionali..." quindi tutti inclusi e poi "le rappresentanze degli esecutivi" che è qualcosa di diverso. Non ho mai pensato collega Benedikter, di iniziare qualcosa che ci possa escludere. Non sono così miope...)

Alcuni colleghi del Trentino hanno espresso il desiderio che si inserisca nel testo "d'intesa con le province autonome di Trento o con i consigli provinciali", dal momento in cui hanno approvato un documento analogo nella loro provincia. Signor Presidente, non ho nulla in contrario che ciò avvenga d'ufficio e quindi venga recepito nella parte deliberativa.

Per ciò che concerne il Suo intervento posso solamente osservare quanto segue: si tratta

di un'iniziativa assolutamente positiva voler sfruttare l'incontro sciistico per trattare questa problematica, ma quanto qui proposto rappresenta forse un passo in avanti, qualcosa di più importante anche perché forse riusciremo a sganciarci dai piccoli circoli delle presidenze ed a coinvolgere maggiormente in questa discussione sia l'opinione pubblica che i consiglieri. Per questo mi rallegra del fatto che tutti si siano espressi positivamente, eccetto l'MSI, cosa di cui prendo atto).

PRÄSIDENT: Wir kommen damit zur Abstimmung über den BeschlusSANtrag, der hier vorliegt, um diese Regionenkonferenz mit den autonomen Regionen abzuhalten. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Keiner.

Bei 4 Gegenstimmen ist der Tagesordnungsantrag des Abg. Tribus genehmigt.

PRESIDENTE: Passiamo quindi alla votazione sulla presente mozione che mira ad organizzare una conferenza delle regioni con le regioni autonome. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene? nessuno.

Con 4 voti contrari l'ordine del giorno del collega Tribus è approvato.

PRÄSIDENT: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungsantrag der Abg. Kaserer, Frasnelli, Kußtatscher, Frick, Bertolini, Bauer, Oberhauser, Alber, Tretter, Andreotti und Peterlini:

PRESIDENTE: Passiamo ora al prossimo ordine del giorno presentato dai cons. Kaserer, Frasnelli, Kußtatscher, Frick, Bertolini, Bauer, Oberhauser, Alber, Tretter, Andreotti e Peterlini:

Viele kleine Zimmervermieter sind verzweifelt, weil sie wegen der Vermietung von auch nur wenigen Betten obligatorisch zur Pensions- und Krankenversicherung verpflichtet wären, obwohl das Einkommen häufig nur gering, ja manchmal weitaus geringer ist, als die vorgeschriebenen Abgaben laut Dekret des Ministerpräsidenten, welches in Gesetz umgewandelt werden soll.

Zum besseren Verständnis der untragbaren Maßnahmen sei auf einige Umstände hingewiesen:

- a) in der Landwirtschaft läuft die Lizenz zur Zimmervermietung meist auf die Bäuerin, weil sie die Arbeit verrichtet, obwohl meist der Bauer Betriebsinhaber ist. Die Bäuerin ist gleichzeitig auch aktive Mitarbeiterin in der Landwirtschaft und als solche versichert;
- b) es gibt auch andere Personen, welche in der Saison wenige Zimmer oft nur für kurze Zeit vermieten, Frauen von Arbeitnehmern, Kleinhandwerkern, ja selbst Pensionisten. Für viele ist das oft eine Art Beschäftigungstherapie und bedeutet den Anschluß an die Welt;
- c) die Zimmervermietung dient nur als Nebenerwerb und zur bescheidenen Aufstockung des Familieneinkommens. Besonders in Randgebieten ist die Auslastung oft äußerst gering. Zum Beispiel im Obervinschgau im Sommer ca. zwei Monate, im Winter aber oft nichts oder nur in Stoßzeiten;
- d) es ist deshalb unverständlich, daß solche kleinen Zimmervermieter sich wie Kaufleute eigens kranken- und pensionsversichern müssen, was zum Beispiel bei 2-3 Zimmern bzw. 2-6 Betten angeblich einen Betrag von über 2 Millionen Lire ausmacht. Zudem kann bis zu 13 Jahren zurückgegriffen und zu den hohen Abgaben noch eine 200prozentige Strafe auferlegt werden.

Viele Personen geraten durch diese Maßnahme in arge Nöte, ja in Verzweiflung, weil sie unmöglich imstande sind, die Strafgelder aufzubringen. Sie fühlen sich aber nicht als Steuerhinterzieher, weil sie auf das Bruttoeinkommen bereits die Mehrwertsteuer, die Konzessionsgebühren, die "ICIAP" sowie die Gesundheitssteuer bezahlt haben.

Deshalb

f o r d e r t

DER REGIONALRAT

den Regionalausschuß auf, bei den zuständigen Ministerien in Rom zu intervenieren, damit

- die Zimmervermieter nur in der Zeit der effektiven Vermietung versichert werden müssen, sofern dies nicht schon anderweitig der Fall ist;
- sie auf jeden Fall aber bis zu einem Bruttoeinkommen von etwa 12 Millionen Lire von diesen Abgaben befreit werden;
- die rückwirkende Anwendung (bis zu 13 Jahren) von Strafen aufgehoben oder zumindest wesentlich verringert wird.

Molti piccoli affitta-camere si trovano in una situazione disperata, perché, pur affittando anche solo pochi posti-letto, saranno tenuti a versare i contributi previdenziali, e questo a fronte di un reddito spesso molto basso, talvolta nettamente inferiore agli importi previsti dal Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri, che attende di essere tradotto in legge.

Per meglio chiarire l'insostenibilità di tali provvedimenti desidero rilevare quanto segue:

- a) nel settore dell'agricoltura la licenza di affittacamere nella maggior parte dei casi è concessa alla coltivatrice diretta, poiché è lei che svolge tale attività, anche se per lo più il titolare dell'azienda è il coltivatore diretto. La coltivatrice diretta è però contemporaneamente forza attiva nell'agricoltura e come tale spesso assicurata;
- b) ci sono anche altre categorie di persone che durante la stagione turistica affittano poche stanze spesso per un periodo molto breve: si tratta di mogli di lavoratori, di piccoli artigiani, di pensionati. Per molti è una sorta di terapia occupazionale e rappresenta un modo per sentirsi parte del mondo esterno;
- c) l'attività di affitta-camere rappresenta quindi unicamente un mezzo per poter avere un reddito complementare e quindi per poter aumentare modestamente le entrate del nucleo familiare. In particolare nelle zone periferiche lo sfruttamento della capacità ricettiva è spesso estremamente ridotto, come ad esempio nell'Alta Val Venosta, in cui d'estate l'attività è limitata a soli due mesi, in inverno è spesso inesistente oppure si riduce a brevi periodi;
- d) per questo motivo è incomprensibile che simili piccoli affittacamere debbano essere assicurati come i commercianti; se affittano ad esempio 2-3 camere con 2-6 posti letto, l'importo da pagare ammonta a oltre 2 milioni di lire. E' inoltre previsto che si possa verificare la posizione dell'affittacamere negli ultimi 13 anni di attività, e che all'ingente tassa si aggiunga una pena pecuniaria del 200 per cento.

A causa di questo provvedimento, molte persone andrebbero incontro a gravi difficoltà, data la situazione disperata in cui verrebbero a trovarsi, essendo nell'effettiva impossibilità di fronteggiare le previste sanzioni. Esse non si ritengono evasori fiscali avendo già provveduto a versare, sulla base del reddito lordo, l'IVA, le tasse di concessione, sulla salute e la cosiddetta ICIAP.

Per quanto sussposto

IL CONSIGLIO REGIONALE

i n v i t a

la Giunta regionale ad intervenire a Roma presso i Ministeri competenti affinché

- gli affittacamere siano soggetti all'assicurazione previdenziale soltanto nel periodo in cui svolgono effettivamente la loro attività, qualora tanto non fosse già previsto;
- vengano comunque esonerati dall'obbligo di pagamento di tale tassa, qualora il loro reddito lordo non superi i 12 milioni di lire;
- venga soppressa la combinazione retroattiva (fino a 13 anni) della sanzione pecuniaria o quantomeno sensibilmente ridotta.

PRÄSIDENT: Ich gebe damit das Wort - wenn er es wünscht - dem Abg. Kaserer das Wort zur Erläuterung, der Ersteinbringer ist.

PRESIDENTE: Concedo la parola al cons. Kaseser per l'illustrazione dell'ordine del giorno, in quanto primo firmatario.

KASERER: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bereits gestern in der Generaldebatte kurz darauf hingewiesen, worum es geht. Der Text ist klar genug, um daraus zu erkennen, worum es geht.

Ich habe inzwischen auch einige Zahlen noch parat, um zu beweisen, daß die Situation wirklich auch alarmierend ist. Alarmierend zum Teil deshalb, weil wir z.B. im Jahre 1980 in Südtirol noch ungefähr 10.000 private Zimmervermieter hatten. Im Jahre 1988 auch noch 8.000, aber im Jahre 1992 diese bereits auf 6.500 zurückgegangen sind und zu erwarten ist, daß gerade aufgrund solcher Maßnahmen, aber auch bereits bestehender Maßnahmen, die Zahl der Zimmervermieter noch weiter abnehmen wird, sodaß sie möglicherweise im Jahre 1993 bei 5.000 liegen werden. Das würde also bedeuten, daß die Zahl der Zimmervermieter innerhalb von 10-12 Jahren auf die Hälfte reduziert worden ist. Nicht deshalb, weil die Leute nicht mehr grundsätzlich die Lust zu dieser Zimmervermietung haben oder weil sie es nicht mehr brauchen, sondern aufgrund des Bürokratismus, der dieser Kategorie in unserem Lande aufgelastet wird. Es ist einmal die Einstufung als Betriebe - ich habe es gestern bereits gesagt, daß sie, auch wenn sie bereits anderweitig versichert sind, die Sozialabgaben, Kranken- und Pensionsversicherung zahlen müßten und vor allem, was sehr gravierend erscheint, daß, wer das in der Vergangenheit nicht war und es werden jetzt von Seiten des INPS Erhebungen diesbezüglich durchgeführt, wer das also in der Vergangenheit auch aus Unwissenheit nicht war, der geht das Risiko ein, daß er einerseits für die Jahre nachzahlen muß und wie gesagt, man kann angeblich bis auf 13 Jahre zurückgreifen und noch dazu eine 200prozentige Strafe bezahlt werden müßte, sodaß einer, um ein krasses Beispiel zu sagen, der vielleicht 2, 3 Zimmer vermietet und somit 5-6 Betten hat, mindestens 2 Millionen Lire Strafe pro Jahr bezahlen muß, plus eine 200prozentige Strafe hinzu, dann wären das bereits 6 Millionen Lire, die er für dieses Jahr bezahlen müßte und das, wenn er das z.B. bereits 10 Jahre lang tut, nochmals 10 Jahre zurück, das ist also eine Lage, die einfach für diese Leute nicht verkraftbar ist, weil sie in der Regel auch nur ganz geringe Einkommen haben und die Zimmervermietung vor allem in den Randgebieten noch viel schlechter dran ist als in den eigentlichen Fremdenverkehrsgebieten, wo die Saison etwas länger dauert. Die Klagen diesbezüglich sind vom oberen Vingschau ausgegangen, daß dort im Sommer die Saison, wenn es gut geht, im Juli und August ist und dann ist fertig. Aber sie müssen für das ganze Jahr die Versicherung bezahlen. Vielleicht haben sie im Winter noch das Glück, wenn sie entsprechend ausgerüstet sind, daß sie noch in Stoßzeiten zu Weihnachten und vielleicht auch noch zu Ostern noch einige Betten vermieten können, aber dann ist fertig. Diese Situation wird, vor allem durch die neuere Gesetzgebung, die im Anlauf ist, noch wesentlich verschlimmert.

Deshalb das Ersuchen an den Regionalausschuß - und jetzt möchte ich den Regionalausschußpräsidenten ersuchen, Herr Präsident Andreolli, daß Sie vielleicht auch einen Moment herhören, denn es betrifft ja den Regionalausschuß, der hier intervenieren sollte, daß diese Intervention dringend ist und ich möchte sagen, lieber heute als morgen. Es sind bereits mit Minister Goria Gespräche geführt worden, aber es sind keinerlei definitive Zusicherungen gemacht worden und es ist - auch das zur

Information - der Unterstaatssekretär Principe beauftragt worden, diese Sachen zu betreiben und deshalb würde ich sagen, Herr Präsident, lieber heute als morgen in Rom intervenieren, damit hier Abhilfe geschaffen werden kann.

Eine Bitte habe ich noch und diese hat die Vereinigung der Zimmervermieter unseres Landes erhoben, daß sie gesagt haben, in ihrer Eingabe an die römische Regierung haben sie nicht einen Betrag von 12 Millionen drinnen, wie im BeschlusSANtrag steht, sondern sie sind der Meinung, daß man auf 18 Millionen - immer Bruttoeinkommen - gehen müßte, weil das die Grenze zwischen Klein- und Kleinstbetrieben sei und somit würden wir konform gehen mit der Eingabe, die die Zimmervermieter an die römische Regierung bereits gemacht haben.

Ich stelle deshalb zusätzlich den Antrag, daß man also im beschließenden Teil, wo die Regierung aufgefordert wird, zu intervenieren, beim zweiten Strich nicht 12 sondern 18 Millionen schreibt und ich bitte das Präsidium, das zu korrigieren und ich bringe den entsprechenden Antrag ein. Danke schön!

(Egregio Presidente, stimati colleghi e colleghi! Già ieri in sede di discussione generale avevo brevemente posto l'accento su questa tematica. Ritengo che il testo di quest'ordine del giorno sia sufficientemente chiaro per capire di che cosa si tratti.

Nel frattempo mi sono però procurato dei dati, onde dimostrare che la situazione è veramente allarmante. Allarmante in parte perché ad es. in Alto Adige nel 1980 vi erano circa 10.000 affittacamere privati, nel 1988 la cifra era di 8.000 e nel 1992 tale cifra si è ridotta a 6.500, e dobbiamo prevedere che in seguito all'applicazione di tali misure governative il numero degli affittacamere si ridurrà ulteriormente, cosicché nel 1993 saranno probabilmente 5.000. Ciò significa che il numero degli affittacamere nel corso di 10-12 si ridurrà della metà, non perché essi non abbiano più voglia di svolgere questo tipo di attività o perché non necessitino più delle entrate secondarie, ma perché verrebbe a crearsi un sistema che non permetterebbe lo sfruttamento delle capacità di tale categoria. Da un lato, ho già detto ieri in sede di discussione, l'assegnazione alla categoria delle imprese e quindi il pagamento dei relativi contributi previdenziali, non favoriscono quest'attività. Molto importante è anche il fatto che quelli che in passato non erano assicurati - e l'INPS sta conducendo delle indagini - e per inesperienza non hanno provveduto a regolarizzare la loro posizione, saranno costretti a pagare in taluni casi per i tredici anni precedenti nonché una pena pecuniaria del 200%. Posso citare un esempio: chi affitta due stanze a due-sei letti dovrà pagare una ammenda annuale di 2 milioni oltre ad una pena pecuniaria del 200% che ammonterebbe a 6 milioni di lire per 1 anno. Se poi si dovesse prendere in considerazione anche la posizione dei 10 anni precedenti, queste cifre verrebbero moltiplicate per 10 e molto spesso tali persone non sarebbero in grado di sostenere i relativi oneri. Specialmente nelle zone marginali la situazione è precaria: ho citato ad es. l'alta Val Venosta in cui anche in alta stagione il periodo di attività è limitato ai mesi di giugno e luglio, mentre per il resto dell'anno l'attività è inesistente. Questi affittacamere debbono però essere assicurati per tutto l'anno e con un po' di fortuna riusciranno ad affittare alcune camere anche nel periodo pasquale, ma l'attività si limita a questi periodi. E la nuova normativa peggiorerà ulteriormente tale situazione già di per se precaria. Per questo invitiamo la Giunta regionale ed in special modo il Presidente Andreolli - che è pregato di prestare un attimo di attenzione - ad intervenire quanto prima. Vi sono stati dei colloqui con il Ministro del Tesoro Goria ma non sono state fatte delle assicurazioni definitive: è stato incaricato il Sottosegretario di Stato, Principe, di attivarsi per verificare la situazione in questo settore. Per questo Presidente Le suggerisco di intervenire subito affinché si possa ovviare a tale situazione. Avrei inoltre un'ulteriore preghiera da rivolgere alla Giunta regionale. Gli affittacamere dell'Alto Adige hanno sottolineato nella loro petizione l'invito a voler prendere in considerazione la possibilità di aumentare il limite di reddito lordo da 12 a 18 milioni, poiché la differenza tra piccole e medie imprese è veramente minima. Nel dispositivo quindi quando si parla del reddito lordo di dovrebbe modificare tale cifra sostituendo 12 milioni con 18 milioni. Ovviamente mi

(riservo di presentare il relativo emendamento. Grazie per l'attenzione!)

PRÄSIDENT: Danke!

Zu Wort gemeldet hat sich der Abg. Benussi.

PRESIDENTE: Grazie!

Ha chiesto la parola il cons. Benussi.

BENUSSI: Grazie, signor Presidente. Come i colleghi della Provincia di Bolzano sanno maggiormente di quelli di Trento, sono innamorato di questa terra, perché la disgrazia che mi ha colpito alla fine della seconda guerra mondiale di perdere dal punto di vista nazionalistico la terra di provenienza, la Dalmazia e principalmente la città di Fiume, è stata compensata grandemente dalla fortuna che ho avuto di trovare una nuova patria in questa Regione; questa Regione che mi ha dato modo di conoscere ed approfondire sia da un punto di vista turistico, per le bellezze naturali che ha, ma principalmente anche per la gente che ho trovato in questa terra, con la quale condivido una tradizione, un modo di vivere e di concepire la vita al di sopra di quelli che sono i nostri punti di vista particolari dal punto di vista politico.

Questo è il motivo per cui invece del mio Capogruppo oggi parlo su questa iniziativa avanzata dal collega Kaserer, che noi appoggeremo in pieno, perché tutto quanto si rivolge ad incrementare, a mettere in condizione di avere una maggiore capacità ricettiva dal punto di vista turistico, ci mette in condizione di propagandare e di far conoscere le bellezze naturali delle quali abbiamo la grande possibilità ed opportunità di essere entusiasti ed ammirati ogni volta che ci muoviamo in questa terra, e qui parlo anche a nome della Regione e non semplicemente della provincia di Bolzano, perché le bellezze naturali che ha una provincia le ha anche l'altra, questo è il motivo per cui tutto quello che viene fatto in modo da incentivare la capacità ricettiva ci trova favorevoli ed il motivo per il quale, anche se in tanti casi siamo dissidenti, abbiamo approvato all'unanimità anche il disegno di legge che era stato presentato in Provincia di Bolzano per dare dei contributi agli affittacamere, che insieme ai gestori di locande e ai gestori di alberghi contribuiscono in modo notevole e non solo, ma da un mio punto di vista trovo anche che sia molto da incentivare questa iniziativa, perché porta il turista anche in piccoli posti dove non esistono attrezzature alberghiere di alto livello e lo mette in condizione di poter veramente vivere ed avere quel comfort, perché uno dei vantaggi, che possiamo dirlo ad alta voce nei confronti di tutto il mondo, è anche quello che le nostre Fremdenzimmer, le stanze messe a disposizione dei turisti, non hanno da invidiare nessuna parte del mondo per quanto riguarda l'ordine, la pulizia ed il modo di accogliere il turista.

Questo è il motivo per il quale riteniamo anche che sia logico, ad evitare che ci sia un depauperamento di questa capacità ricettiva da parte degli affittacamere, che vengano agevolati non dico su una cosa come agevolazione, ma dare loro quello che effettivamente spetta ed è previsto da questo disegno di legge, cioè metterli in condizione di non sobbarcarsi delle spese da un punto di vista fiscale oneroso che possa avere meno desiderio di condurre questa attività, che dal nostro punto di vista condividiamo in pieno. Questo è il motivo - e non mi ripeto oltre, perché sapete che non mi piace essere logorroico, ma essere conciso e preciso - per il quale il nostro gruppo all'unanimità approverà questo ordine del giorno. Grazie.

PRÄSIDENT: Das Wort hat jetzt der Abg. Caffonara.

PRESIDENTE: La parola al cons. Caffonara.

CRAFFONARA: Per esprimere anche da parte nostra, dei colleghi Betta e Leveghi, la condivisione su questo ordine del giorno presentato dal cons. Kußtscher e dai colleghi del S.V.P. e del P.A.T.T., mi sembra, perché è comprensibile che lo Stato abbia bisogno, soprattutto in questo momento, di tutti i soldi

possibili e che effettivamente stia facendo un'azione che è molto simile a quella della spremitura dei limoni, stiamo vedendo in questi giorni la percentuale che ha raggiunto la fiscalità: si parla del 51% al nord, un recente studio dell'Associazione degli albergatori della Provincia di Bolzano ha constatato che un albergo medio viene a pagare circa il 33% di imposte sull'intero fatturato, di conseguenza in pratica rimane senza reddito. Nel caso specifico la questione è ancora più evidente, qui si tratta probabilmente di una norma e di una diligenza da parte degli uffici preposti, che forse non ha capito, perché in Italia non è diffusa questa tradizione, come giustamente ne parlava il cons. Benussi, di questa attività degli affittacamere, delle Fremdenzimmer, che sarà sicuramente un'integrazione del reddito, però mi pare che risponda soprattutto ad un istinto, una disponibilità naturale della gente, soprattutto del Südtirol, a mettere a disposizione qualche letto e qualche camera ai turisti che passano.

Quindi direi che prima di tutto interpreta il sentimento dell'accoglienza, che è un sentimento molto nobile ed antico e che qui è particolarmente diffuso, meno nel Trentino e probabilmente nel resto d'Italia non esiste, ecco perché i funzionari preposti non hanno capito ed hanno interpretato molto malamente questa attività, per cui non si può non essere d'accordo con questo ordine del giorno.

PRÄSIDENT: Der Abg. Benedikter hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Wir stimmen dafür. Nur frage ich mich, wir behandeln ja im Landtag derzeit noch die Beiträge an Zimmervermieter für die Erneuerung der Einrichtung. Dort habe ich aufgeworfen, warum haben sich die SVP-Parlamentarier im Parlament bei der Behandlung des jüngsten Sozialversicherungsgesetzes, für die Zimmervermieter nicht zu Wort gemeldet und zwar mit den guten Argumenten, die der Abg. Kaserer jetzt geltend macht. Der Landesrat Frick hat gesagt, das sei nicht gut gegangen, weil Zimmervermieter gibt es nur in Südtirol und im übrigen Italien gibt es keine. Daher sei es ein Tatbestand, den es anderswo nicht gibt und nur entweder durch Sondergesetz. Ich habe mich erkundigt und da gibt es z.B. ein Gesetz der Region Ligurien vom 25. Mai 1992, Nr. 13 "Disciplina strutture ricettive extraalberghiere" und ein eigener Abschnitt ist den "esercizi di affittacamere" gewidmet. Ich kann sagen, ich habe von 1936 bis 1940 in Neapel gelebt usw. und "affittacamere" ist nicht nur ein italienisches Wort, sondern ein Wort, daß man oft hört, daß irgendeine Familie "affittacamere" macht. Das kann also nicht stimmen, daß es diese "affittacamere" nur in Südtirol gibt und man sich deswegen nicht in Rom auch im Parlament dafür hätte einsetzen können. Es gibt also das Gesetz der Region Ligurien über die "affittacamere". Man müsse dann noch herauskriegen, ob der Minister mit Verwaltungsverfügung etwas tun kann oder ob es ein Gesetz braucht. Wenn es ein Gesetz bräuchte, dann müßte man nicht eine solchen Antrag machen, wo es heißt, der Regionalausschuß soll sich bei den Ministerien interessieren, sondern im Sinne des Art. 35 einen Begehrensgesetzentwurf etc. etc. Aber das hätte man längst vom Ministerium herausbringen können, wenn man schon im Ministerium sowieso im Zusammenhang mit dem Landesgesetz vorstellig geworden ist. Sonst erfahren wir hier vielleicht nach Monaten, daß sie gesagt haben, es braucht ein Gesetz. Jedenfalls sind wir auch dafür.

(Noi votiamo a favore. Mi chiedo solo una cosa: attualmente stiamo trattando in Consiglio provinciale una legge sui contributi di ristrutturazione per gli affittacamere. In quell'occasione ho chiesto per quale motivo i parlamentari della Südtiroler Volkspartei non hanno sollevato il problema degli affittacamere in Parlamento in occasione della recente legge sull'assicurazione sociale, portando le argomentazioni poc'anzi addotte dal collega Kaserer. L'Assessore Frick ha detto che la cosa non andava tanto bene, in quanto gli affittacamere rappresentano una realtà prettamente altoatesina e quasi sconosciuta nel resto d'Italia. Esistendo quindi questa fatispecie solo qui da noi, sarebbe stata più opportuna una legge speciale. Io mi sono interessato ed ho scoperto che per esempio nella Regione Liguria

esiste la legge n. 13 del 25 maggio 1992 "Disciplina strutture ricettive extraalberghiere" che contiene un comma apposito sugli "esercizi di affittacamere". Io ho vissuto dal 1936 al 1940 a Napoli e posso dire che la parola "affittacamere" era una parola d'uso comune. Non può essere quindi vero che gli affittacamere esistono solo in Alto Adige e che quindi non si sarebbe potuto intervenire a Roma al Parlamento. Del resto c'è la legge della Regione Liguria che parla di "affittacamere". Inoltre bisognerebbe accertare se il Ministero competente può fare qualcosa con decreto-legge o se è necessaria una legge apposita. Se fosse necessaria una legge, allora non servirebbe a nulla avanzare questa richiesta, affinché la Giunta regionale intervenga presso i Ministeri competenti, ma si dovrebbe invece presentare un disegno di legge-voto ai sensi dell'art. 35 dello Statuto di autonomia. Ma questo lo si sarebbe dovuto accettare presso i Ministeri, in occasione delle consultazioni sulla legge provinciale. Altrimenti potrebbe succedere che dopo alcuni mesi scopriamo che ci vuole una legge. Ad ogni modo noi siamo favorevoli.)

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedikter.
Bitte, Frau Abg. Bolognani.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Benedikter.
Prego, sig.ra Bolognani.

BOLOGNANI: Concordo con chi ha presentato questo problema, che verrà a gravare sull'economia degli affittacamere, in quanto normalmente questa attività è d'integrazione di un reddito piuttosto basso.

A me però sorge un problema sul quale vorrei qualcuno riflettesse per vedere se in questa posizione, nella quale è previsto che si possa verificare per gli affittacamere un controllo sugli ultimi 13 anni, non ci sia per loro anche una possibilità di riscatto di 13 anni di contribuzione, visto che loro in questo senso potrebbero essere non in regola, una contribuzione che possa facilitare l'accesso al pensionamento.

In questo senso direi che forse converrebbe riflettere non sull'abolizione di questo controllo nell'ambito di 13 anni, ma piuttosto una non obbligatorietà; poiché non ho approfondito molto questo problema, pregherei di vedere se l'abolizione totale potesse in qualche caso influire negativamente proprio dal punto di vista previdenziale e di un riscatto agli effetti pensionistici, in quanto con 26 milioni forse un lavoratore potrebbe assicurarsi 13 anni di contribuzione, il che potrebbe essere anche favorevole in certi casi agli affittacamere. Grazie.

PRÄSIDENT: Ich sehe jetzt keine Wortmeldungen mehr...
...Der Abg. Rella hat das Wort.

PRESIDENTE: Nessun altro intende intervenire e pertanto...
...La parola al cons. Rella.

RELLA: Signor Presidente, mi pare che la proposta di intervento, perché non abbiamo facoltà legislativa in materia, sia seria e ragionevole. Resta irrisolto il nodo, cioè o l'affittacamere svolge l'attività nella condizione di esercente un'attività d'impresa, e tale è nel momento in cui ha la licenza di pubblica sicurezza, oppure la svolge senza licenza di pubblica sicurezza, se la svolge senza non è impresa e non deve versare alcunché, se ha la licenza, ripeto, è impresa, ha la partita IVA, versa le imposte in modo normale come qualunque impresa. Il problema, oltre a quello dei contributi previdenziali, è quello della minimum tax, scatta anche quello, perché è impresa; allora questi operatori - lo sottolineo perché il problema riguarda il Sudtirolo e non il Trentino, e mi spiegherà subito - si troveranno gravati, oltre che dai contributi previdenziali, anche dall'accertamento fiscale, perché dovranno dichiarare un reddito inferiore a

quello della minimum tax, a quello obbligatoriamente presumibile e quindi nasce un contenzioso tributario che è gravosissimo per i cittadini. Da questo punto di vista è necessario - lo sottolineo per i colleghi del Sudtirolo - un chiarimento ritengo della Giunta provinciale con il Ministero delle finanze, oltre che con il Ministero della Previdenza sociale, per questa attività, perché se scattano decine di migliaia di accertamenti automatici promossi dal computer per le dichiarazioni dei redditi degli affittacamere, vi rendete conto di quanto stupido aggravio a carico del cittadino, e ingiustificato aggravio, e per ogni anno sarà così...

(Interruzione)

RELLA: Giustamente, perché non riguarda il Trentino! Perché il Trentino, essendo più italiano, non ha applicato delle regole di pubblica sicurezza in modo così rigoroso, solo a Cortina d'Ampezzo in Italia e in Alto Adige gli affittacamere stagionali hanno licenza di pubblica sicurezza, non così in Trentino, sono pochissime le aziende affittacamere che sono organizzate in forma di impresa, che è anche un modo moderno quello di essere impresa nel fare affitto, però in Trentino non c'è, non è mai stata applicata la regola di pubblica sicurezza che vuole che chi esercita l'affitto di strutture ammobiliate in modo sistematico debba dotarsi di licenza di pubblica sicurezza.

Indipendentemente da questa diversità, su cui potremmo stare qui a discutere, ma non risolviamo i problemi, credo che sarebbe importante, al di là della funzione della Giunta regionale, che la Provincia autonoma sviluppasse un rapporto tempestivo e diretto con i due Ministeri, perché non si vada a rullo nei confronti di questi operatori marginali, come ha sottolineato nell'ordine del giorno, che possono essere familiari di coltivatori diretti, pensionati, non vadano accertamenti, né dell'INPS, né fiscali relativamente alla minimum tax, altro tipo di accertamento fiscale è sempre doveroso, ma quello relativo alla minimum tax, cioè una presunzione...

Sottolineavo un momento fa con qualche collega questo aspetto: chi affitta 5 appartamenti in città di Bolzano, o Merano o di Trento e ne ricava 25 milioni all'anno di affitto non è imprenditore, paga l'IRPEF, chi affitta 3 stanze per 3 mesi diventa imprenditore, ha un reddito di 5 milioni e ne paga 7 di imposte tra tassa salute, IRPEF e così via, è una cosa illogica ed assurda, questa è l'amministrazione finanziaria dello Stato, questi sono gli assurdi del sistema fiscale vigente.

Allora è importante che di fronte a queste storture si sviluppi un rapporto diretto, credo che un serio confronto tra la Provincia ed il Ministero possa portare a risultato, in ogni caso voteremo a favore dell'ordine del giorno.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abg. Tribus.

PRESIDENTE: La parola al cons. Tribus.

TRIBUS: ...dem Wunsch einverstanden, den der Abg. Robert Kaserer hier an den Staat herantragen will. Die einzige Frage, die sich stellt, ob das tatsächlich der richtige Ort ist. Ich weiß nicht, mit welcher Kompetenz die Regionalregierung in dieser - wie wir jetzt gehört haben - eminent Südtirolerangelegenheit in Rom intervenieren soll. Es wäre wenn schon richtiger gewesen, ein Gesetz einzureichen.

Ich bin sicher, daß wenn wir das eingebracht hätten, hätte der Präsident wahrscheinlich gesagt, das ist nicht zulässig, weil das nicht in unsere Kompetenz fällt, Herr Peterlini. Wenn ich das eingebracht hätte, hätte wahrscheinlich der Kollege Frasnelli oder wer gerade Turnus hat in der Aufpasserpartei, gesagt, das fällt nicht in unsere Kompetenz. Mit einem Gesetz schon, da können wir uns austoben. Ich möchte wissen, wer von dieser Regierung mit welcher Kompetenz nach Rom geht, um diesen Gegenstand zu verhandeln - keiner. Fremdenverkehr, Steuern? Also wer soll von dieser Regierung nach Rom fahren? Die bekommen in dieser Angelegenheit ja keinen Termin. Das müßte ja auf Landesebene behandelt werden. Landesrat Frick, der vor 10 oder 14 Tagen ein Gesetz vorgelegt hat betreffend die

Privatzimmervermieter, hätte das bewerkstelligen müssen. Aber bitte, ich bin mit dem Inhalt einverstanden und stimme auch dafür, wenn der Präsident oder das Präsidium die Frage der Zulässigkeit geklärt hat. Nach meinem Rechtsempfinden ist das nicht zulässig, weil es nicht in die Kompetenz der Region fällt. Der Regionalrat hätte keine Kompetenz, das zu behandeln.

(*Sono d'accordo con la richiesta rivolta al Governo dal cons. Kaserer il quale...*

L'unico quesito che si pone è se questo sia il foro adatto per presentare una simile richiesta e se la Giunta regionale abbia competenza per intervenire a Roma su un problema prettamente altoatesino. Credo che sarebbe stato più opportuno presentare un disegno di legge.

Sono certo che se l'avesse presentato il mio gruppo consiliare, il Presidente probabilmente l'avrebbe dichiarato inammissibile, adducendo la mancanza di competenza da parte della Regione. Se io l'avessi presentato, il collega Frasnelli o chi in quel momento era preposto ad ascoltare gli interventi dei colleghi, avrebbe asserito che l'argomento non rientrava nella competenza regionale. Con una legge avremmo avuto maggiori possibilità. Desidero sapere chi della Giunta e con quale competenza si recherà poi a Roma per trattare questo problema. Chi della Giunta andrà a Roma? Forse non riceverà nemmeno un appuntamento su una materia come questa. La questione dovrebbe venire trattata a livello provinciale. L'Assessore Frick, che 10 o 14 giorni fa ha presentato una legge sugli affittacamere, avrebbe dovuto adoperarsi. Comunque sono d'accordo sul merito e voterò a favore non appena il Presidente avrà chiarito la questione relativa all'ammissibilità. In base alle mie conoscenze giuridiche, la materia non dovrebbe essere ammissibile, in quanto non rientrante nella competenza della Regione. Secondo me il Consiglio regionale non avrebbe competenza per trattare questo argomento.)

PRÄSIDENT: Abg. Leita, ich muß Ihnen leider sagen, daß es laut Geschäftsordnung vorgesehen ist, daß bei Anträgen zur Tagesordnung jeweils nur ein Abgeordneter pro Fraktion reden kann. Nachdem Frau Abg. Bolognani dieses Recht wahrgenommen hat, ist leider Gottes keine andere Möglichkeit mehr vorgesehen. Es sind auch keine Stimmabgabeerklärungen. Aber ich nehme an, Abg. Leita, daß Sie die Bedeutung, genauso wie Ihre Kollegin, dieser Maßnahme unterstreichen wollten. Wenn ich das so interpretierend sagen darf.

Jetzt muß ich auf den Abg. Tribus zurückkommen. Sie haben nicht unrecht, daß wir uns an der Grenze der Möglichkeiten bewegen. Wir haben das auch studiert und ich muß sagen, der sauberste Weg, um einen Antrag vorzubringen, der nicht Zuständigkeiten betrifft, die die Region hat, ist der Begehrensantrag oder der Begehrensgesetzentwurf, der allerdings einen Iter geht und im Rahmen dieses Gesetzes des Haushaltes nicht zulässig ist. Warum ich bisher die Diskussion trotzdem zugelassen habe, ist die wenn auch schwache so doch tertiäre und vorhandene Zuständigkeit im Bereich der Sozialversicherung. Die Region hat im Bereich der Sozialversicherung ergänzende Zuständigkeit (es geht um die INPS-Beiträge) und die Frage, welcher Assessor dann nach Rom gehen sollte, ist natürlich derjenige, der diesen Bereich wahrnimmt und das wäre der Assessor Morandini. Aber ich gebe gerne zu, daß wir uns am Rande bewegen und wenn der Abg. Tribus insistiert, müßte man die rechtliche Frage tiefer studieren. Ich habe Ihnen nur gesagt, an was ich es aufhängen könnte.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir es in diesem Interpretationssinne gutgehen lassen.

Somit hat der Abg. Kaserer das Wort zur Replik.

PRESIDENTE: Cons. Leita, purtroppo devo dirLe che nel Regolamento è previsto che possa parlare solo un consigliere per gruppo. Poiché per il suo gruppo è già intervenuta la sig.ra Bolognani, Lei non ha più diritto di intervenire. Non sono previste nemmeno dichiarazioni di voto. Ma presumo, cons. Leita, che Lei volesse sottolineare la valenza dell'iniziativa, così come ha fatto la cons. Bolognani. Forse ho interpretato le sue intenzioni.

Ora torno a quanto affermato dal cons. Tribus. Lei non ha torto quando dice che ci troviamo al limite delle nostre possibilità. Abbiamo analizzato la questione ed abbiamo convenuto che la via più sicura di cui avrebbe disposto la Regione per intervenire, sarebbe stata la presentazione di un disegno di legge-voto, che poi avrebbe seguito la sua strada, ma che non sarebbe stato ammissibile all'interno di questa discussione al bilancio. La ragione per la quale ho ammesso comunque l'inserimento è la competenza terziaria esistente nell'ambito delle assicurazioni sociali. La Regione ha competenza integrativa in materia di assicurazione sociali (e qui si tratta dei contributi INPS). Alla domanda quale Assessore avrebbe poi dovuto recarsi a Roma, io rispondo naturalmente: l'Assessore competente, ovvero l'Assessore Morandini. Ammetto comunque che ci troviamo al limite delle nostre competenze. Se il cons. Tribus dovesse insistere, dovremmo studiare più approfondimento la questione giuridica. Ho solo spiegato quali sono stati gli appigli.

Se nessun altro intende intervenire, lasciamo valere questa interpretazione.

La parola ora al cons. Kaserer per la replica.

KASERER: Herr Präsident! Ich glaube schon, daß es im Rahmen der Haushaltsdebatte möglich sein muß, zu verschiedenen Themen Stellung zu nehmen. ...Ich habe gar nicht beobachtet, daß im italienischen Text mein Name italianisiert worden ist. Ich habe nicht so unterschrieben, sondern ich habe nur den deutschen Text unterschrieben und bin dagegen, möchte das aber grundsätzlich sagen, daß die Namen auch übersetzt werden. Das sollte nicht der Fall sein. Aber ich unterstelle auch niemanden eine böse Absicht, der das geschrieben hat. Das steht mir vollkommen fern. Ich möchte aber eine Bemerkung machen und damit auch zeigen, wie schnell manchmal in der Politik etwas geht. Am letzten Samstag waren zwei, drei Zimmervermieter bei mir, die mich gefragt haben, was sollen wir tun. Ich habe mich dann mit einigen Leuten beraten und da hat man mir gesagt: wenn schon, dann wäre jetzt eine Tagesordnung anlässlich der Haushaltsdebatte der Region der schnellste Weg. Jetzt soll man mir sagen, daß in der Politik immer alles langsam geht. Am vergangenen Samstag war das und jetzt am Freitag - also nicht ganz in einer Woche - beschließt, so hoffe ich, der Regionalrat diese Möglichkeit der Intervention. Ich war mir schon bewußt, daß die andere Möglichkeit der Begehrensgesetzentwürfe war, aber wer die Tagesordnung dieses Regionalrates kennt, weiß auch, wie lange das dauert und wenn inzwischen ein Gesetz verabschiedet wird, dann haben wir das Nachsehen. Da nützt uns der Begehrensgesetzentwurf im Nachhinein nichts oder fast nichts mehr, wenn bereits vollendete Tatsachen durch ein neues Gesetz oder durch die Umwandlung des Dekretes in ein Gesetz erfolgt. Deshalb habe ich diesen Weg gewählt, um das schneller zu machen.

Mir war - und ich danke dem Kollegen Rella deshalb ganz besonders, daß er das dargelegt hat -, das Problem mit der öffentlichen Lizenz nicht klar und ich glaube, daß das dann auch ein Anstoß für uns sein muß, daß wir das Gesetz über die Zimmervermietung in unserem Lande aufgrund dieser Tatsache auch überdenken müssen und daß das Trentino diesbezüglich in einer glücklichen Situation ist, erfüllt mich mit einem gewissen Neid. Aber ich vergönne es ihnen.

Ich ersuche deshalb nochmals die Kollegen, diesem Antrag um Intervention in Rom zuzustimmen und ich ersuche nochmals den Regionalausschußpräsidenten aber auch die Assessoren, die ich bitte, alle Möglichkeiten auszunützen, um in dieser Sache zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Danke schön!

(Signor Presidente! Ritengo che nell'ambito di una discussione sul bilancio si possa anche prendere posizione su diversi argomenti. ...non mi sono nemmeno accorto che nel testo italiano il mio nome è stato italiano. Ho firmato solo il testo tedesco e sono contrario che vengano tradotti anche i nomi. Non dovrebbe succedere. Ma non voglio imputare a nessuno cattive intenzioni, per carità. Ma adesso vorrei dire due parole, per dimostrare come le cose procedano velocemente in politica. Lo scorso sabato sono venuti da me due, tre affittacamere chiedendomi che cosa avrebbero dovuto fare. Io mi sono consultato con alcune persone e mi è stato detto: la via più breve sarebbe un ordine del giorno

presentato al Consiglio regionale in occasione del dibattito al bilancio. Adesso mi si venga a dire che in politica le cose procedono lentamente! Questo è successo lo scorso sabato e oggi, venerdì della settimana successiva, il Consiglio regionale decide - lo auspico - di intervenire. So bene che avrei potuto presentare un disegno di legge-voto, ma chi ha esaminato l'ordine del giorno dei lavori del Consiglio regionale sa anche quanto tempo sarebbe trascorso. E poi se nel frattempo venisse approvata una legge nazionale o un decreto-legge su questa materia, la nostra iniziativa non avrebbe più senso e il disegno di legge-voto non servirebbe più a nulla. Per questo ho scelto questa strada, per fare più in fretta.

Non mi era ben chiaro il problema della licenza pubblica - e ringrazio il cons. Rella per avermi spiegato la questione -. Credo che questo possa essere anche per noi un impulso per rivedere la legge sugli affittacamere nella nostra Provincia. Che il Trentino si trovi in una situazione più felice, mi riempie di invidia. Ma sono contento per loro.

Invito pertanto nuovamente i colleghi a dare il loro voto favorevole affinché si intervenga a livello governativo a questo proposito. Chiedo al Presidente della Giunta e ai suoi Assessori di adoperarsi affinché si arrivi ad una soluzione positiva della vertenza. Grazie!)

PRÄSIDENT: Abg. Leita, wozu?

...Sull'ordine dei lavori, prego.

PRESIDENTE: Cons. Leita , in merito a che cosa?

...Sull'ordine dei lavori, prego.

LEITA: Prima di passare alla votazione chiederei al collega Kaserer, presentatore dell'ordine del giorno, se è possibile ampliare la dicitura di affittacamere con affittacamere e operatori agrituristicci, perché ritengo che il significato che ha voluto dare a questo ordine del giorno sia soprattutto di significato agrituristico.

PRÄSIDENT: Der Änderungsantrag ist richtigerweise vom Abg. Leita nicht präsentiert worden, sondern an den Abg. Kaserer gerichtet worden, weil er hat das Recht, darüber zu entscheiden, ob er das aufnimmt oder nicht. Dann müßte ein Änderungsantrag erfolgen.

Bitte, Abg. Kaserer.

PRESIDENTE: L'emendamento giustamente non è stato presentato dal cons. Leita, ma è stato sottoposto al cons. Kaserer. Egli infatti ha il diritto di decidere se vuole accettarlo o meno. Poi dovrebbe formalizzarlo.

Prego, cons. Kaserer.

KASERER: ...und nicht mehr zur Tagesordnung. Aber ich glaube, wenn ich richtig informiert bin, dann ist es doch etwas anderes, ob ich ein privater Zimmervermieter bin oder ob ich das im Rahmen der landwirtschaftlichen Tätigkeit mache. Deshalb ist hier ein ganz großer Unterschied und das sind zwei ganz verschiedene Sachen. Ich kann deshalb im Interesse der Sache jetzt nicht noch einen Zusatz zulassen.

(...e non più sull'ordine del giorno. Ma se sono ben informato, è ben diverso se sono un affittacamere privato o se faccio questo lavoro nell'ambito della mia attività agricola. Mi sembra che ci sia una grossa differenza e siano due cose ben diverse. Nell'interesse della causa, non posso pertanto accettare un emendamento di questo tipo.)

PRÄSIDENT: Alles geklärt. Sie haben gehört, der Abg. Kaserer kann den Änderungsantrag aus den Begründungen, die er abgegeben hat, nicht annehmen und somit stimmen wir über Text so ab wie er vorliegt.

Da liegt aber ein anderer Änderungsantrag vom Abg. Kaserer selbst vor und auch unterschrieben von den Abg. Andreotti, Bertolini, Casagranda und Bauer, nämlich die Zahl 12 durch 18 zu ersetzen. Also die Zahl 12 Millionen Lire als Grenze mit 18 Millionen Lire als Grenze hineinzugeben. Das ist ein Änderungsantrag, den der Abg. Kaserer selber eingebracht hat und somit gilt der Text in diesem Sinne abgeändert.

Dann stimmen wir jetzt über den so geänderten Text ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Damit ist der Tagesordnungsantrag einstimmig genehmigt.

PRESIDENTE: E' chiaro. Avete sentito che il cons. Kaserer, per le motivazioni addotte, non può accogliere l'emendamento e pertanto voteremo sul testo così come è stato presentato.

Abbiamo poi un altro emendamento presentato dallo stesso cons. Kaserer e firmato dai cons. Andreotti, Bertolini, Casagranda e Bauer, tendente a sostituire la cifra 12 con la cifra 18. Il limite dei 12 milioni viene elevato a 18 milioni. Si tratta di un emendamento presentato dallo stesso cons. Kaserer, per modificare in questo senso il testo.

Allora passiamo alla votazione sul testo così modificato. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

L'ordine del giorno è approvato all'unanimità.

PRÄSIDENT: Wir haben damit die Generaldebatte zum Gesetzentwurf des Haushaltes abgeschlossen und stimmen über den Übergang zur Sachdebatte ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 11. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 11 Gegenstimmen, 1 Enthaltung und dem Rest Ja-Stimmen ist der Übergang zur Sachdebatte genehmigt.

Wir kommen zum Art. 1:

PRESIDENTE: Abbiamo quindi concluso la discussione generale sul bilancio. Passiamo ora alla votazione sul passaggio alla discussione articolata. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. Contrari? 11. Astenuti?

Con 11 voti contrari, 1 astensione e il resto di voti favorevoli il passaggio alla discussione articolata è approvato.

Passiamo all'art. 1:

Art. 1
Voranschlag der Einnahmen

1. Zur Feststellung und zur Vereinnahmung der von der Region angeführten Steuern, gemäß den geltenden Gesetzen, zur Vereinnahmung der Staatssteuern vom Staate, die auf Grund des mit Verfassungsgesetz vom 26. Februar 1948, Nr. 5, abgeändert mit Verfassungsgesetz vom 10. November 1971, Nr. 1 und mit Gesetz vom 30. November 1989, Nr. 386, genehmigten Statuts an die Region abgetreten werden, sowie zur Einzahlung der der Region gemäß beigeschlossenem Voranschlag der Einnahmen für die Finanzgebarung vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1993 zustehenden Beträge und Erträge in die Kassa der Region wird ermächtigt.

Art. 1
Stato di previsione dell'entrata

1. Sono autorizzati l'accertamento e la riscossione, secondo le leggi in vigore, delle tasse

istituite dalla Regione, la riscossione nei confronti dello Stato dei tributi erariali devoluti alla Regione a sensi dello Statuto approvato con legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5 modificata con legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1 e con legge 30 novembre 1989, n. 386 ed il versamento nella cassa della Regione delle somme e dei proventi dovuti per l'esercizio finanziario dal 1 gennaio al 31 dicembre 1993, giusta l'annesso stato di previsione dell'entrata.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort?

Der Abg. Benedikter hat das Wort.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola?

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKT: Herr Präsident des Regionalausschusses! Ich habe in der Generaldebatte zum Begleitbericht des Haushaltes Stellung genommen und konnte nicht zu Ihren Erklärungen Stellung nehmen, weil sie erst am selben Vormittag verteilt worden sind. Ich werde es hier nachholen, weil mir vorkommt, daß es wirklich notwendig ist, daß wenigstens jemand hier die Wahrheit über gewisse Behauptungen sagt.

Nämlich in dem Sinne, daß gewisse Dinge einfach nicht stimmen. Ich fordere jedermann heraus, mir zu widersprechen. Ich muß mich leider kurz fassen. Es stimmt, was Sie über die im ersten Jahrzehnt ereigneten Vorfälle sagen - ich war ja Regionalassessor von 1953 bis 1959 - und ich kann aus meiner Erfahrung sagen: Wenn Odorizzi einverstanden gewesen wäre, die im Art. 14 vorgesehenen sogenannten Delegierungen, die Übertragung auf die Provinzen, systematisch durchzuführen - und ich habe noch und noch darum gekämpft -, wäre es nicht zur Kundgebung "Los von Trient" gekommen. Das behaupte ich. Es wäre nicht zu dieser Entwicklung gekommen, wenn die "deleghe" im Art. 14 systematisch durchgeführt worden wären. Allerdings wissen wir, wie die Politik Degasperis war und sie wird wieder aktuell in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Verzicht auf Dalmatien und Istrien und sogar Aufruf an die Italiener, die dort ansässig waren, nach Triest hereinzuwandern usw., aber um jeden Preis Südtirol behalten und durch den Pariser Vertrag dann auch die Autonomie fürs Trentino erschwindeln. Aber ich muß mich leider kurz fassen.

Herr Präsident! Sie setzen die Verankerung des Paketes voraus. Das stimmt einfach nicht und ich werde im Landtag die Streitbeilegungserklärung, die Österreich vor den Vereinten Nationen abgegeben hat, verlesen. Die ist nicht so lang, aber ich kann es jetzt nicht tun. Dort übernimmt Österreich den italienischen Standpunkt, den Österreich seit 1969 bekämpft hat und erklärt drei Mal ausführlich, daß das Paket eine rein inneritalienische Angelegenheit ist. Das erklärt Österreich vor den Vereinten Nationen. Und daß jeglicher Streit, jegliche Differenz hinsichtlich der Auslegung des Pariser Vertrag bereinigt ist, also daß auch die Koordinierungsbefugnis und was durch die Koordinierungsbefugnis alles genommen worden ist und daß das mit dem Pariser Vertrag übereinstimmt. Nicht nur, sondern Österreich erklärt auch, daß wenn in Zukunft ein Wunsch, sagen wir von der Südtiroler Volkspartei, kommen sollte, am Autonomiestatut etwas zu ändern oder weil man enttäuscht ist, daß auch das Selbstbestimmungsrecht nicht vollzogen worden ist, nichts geändert werden kann, wenn nicht alle drei Sprachgruppen einverstanden sind. Das ist die Streitbeilegungserklärung vor den Vereinten Nationen.

Sie sagen dann auf Seite 5, daß schon im ersten Statut die Verwirklichung des Pariser Vertrages enthalten ist. Herr Präsident, Sie enttäuschen mich, denn das ist selbstverständlich der Standpunkt der italienischen Regierung, erhärtet durch den Brief von Ammon-Guggenberg an Perassi. Das erste Statut ist die volle Erfüllung des Pariser Vertrages, Sie wiederholen das hier. Das war ja der Standpunkt von Degasperi, von Craxi als Ministerpräsident, von Andreotti. Der Pariser Vertrag ist mit dem ersten Statut erfüllt und wird in der Streitbeilegungserklärung bekräftigt. Also wenn die alte Region wiederhergestellt würde, so wäre das keine Verletzung des Pariser Vertrages und könnte nicht vor dem internationalen Gerichtshof verklagt werden.

Herr Präsident, Sie befassen sich da auch mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit usw. Assessor Giacomuzzi hat selber in einem Bericht gesagt - und in diesem Punkt hat er Recht -: Wenn der berühmte Binnenmarkt in Kraft tritt und auch wenn er ohne Österreich in Kraft tritt und umso mehr, wenn Österreich zur EG beitritt, dann sind der Accordino-Vertrag und auch der Madrider Vertrag überholt und überflüssig.

Man soll auch Initiativen ergreifen, um zu sparen und Sie haben Recht, wenn Sie sagen, die Provinzen sollen "rivendicazione dell'esercizio pieno delle competenze ad esempio scuola, assistenza, sanità". Sie wissen genau, für die autonome Provinz Trient ist es errechnet worden, daß wenn das erfolgt, wenn man also die Bezahlung der Lehrpersonen übernimmt und wenn die beiden Provinzen alles zahlen, was mit Sozialfürsorge zu tun hat und die Sozialpensionen und die gesamte Sanität bezahlen, dann würden Trient rund 800 Milliarden dem Staat abnehmen - in Bozen würde es sogar etwas mehr ausmachen -. Und das für Sachgebiete, wo eigentlich die Provinzen bereits zuständig sind. Es ist ausgerechnet worden in einem Bericht des Finanzministeriums, ausgearbeitet von Cerea und Giarda, daß hier in Südtirol und auch im Trentino rund 3 Millionen pro Person mehr Ausgaben getätigt werden als Steuereinnahmen tatsächlich erfolgen.

Noch etwas: Mit diesen Durchführungsbestimmungen von 16. März 1992, 266 würde die Koordinierungsbefugnis wesentlich eingeschränkt... In diesen Durchführungsbestimmungen, Herr Präsident - und ich würde Sie wirklich bitten; daß Sie bei der Wahrheit bleiben - wird im Art. 3 ausdrücklich die Koordinierungsbefugnis bestätigt. Dann sind die 6 Monate Zeit vorgesehen und bisher hat es die 6 Monate nicht gegeben, denn wenn es sie gegeben hätte, dann hätte der Staat die regionale Gemeindeordnung nach 6 Monaten anfechten müssen und es hat jetzt bald mehr als 2 Jahre gebraucht, damit der Regionalrat die Gemeindeordnung verabschiedet. Der Staat hätte nach 6 Monaten, also Ende 1990, die regionale Gemeindeordnung anfechten müssen, weil sie mit der staatlichen nicht mehr übereinstimmt. Im Art. 2 wird in diesen Durchführungsbestimmungen dann ausdrücklich bestimmt, daß die durch Urteile des Verfassungsgerichtshofe nichtig erklärt Landesgesetze oder Regionalgesetzes im Sinne des Art. 105 des Autonomiestatutes durch die einschlägigen Staatsgesetze ersetzt werden. Es wird die Koordinierungsbefugnis bekräftigt. Die Durchführungsbestimmungen, Herr Präsident, können weder die italienische Verfassung ändern, noch können sie völkerrechtlich einen Tatbestand schaffen, denn der italienische Verfassungsgerichtshof hat mehrmals schon gesagt: Der Pariser Vertrag ist mit einfachem Staatsgesetz in Kraft gesetzt worden und kann das Autonomiestatut nicht ändern und kann daher auch an der Koordinierungsbefugnis nichts ändern und an allem, was das heutige Autonomiestatut mit sich gebracht hat.

(Signor Presidente della Giunta regionale! Sono intervenuto in discussione generale sulla relazione accompagnatoria al bilancio, ma non ho potuto prendere posizione sulle Sue dichiarazioni programmatiche, in quanto sono state distribuite solo nel corso della mattinata. Quindi ora prenderò brevemente la parola per dire la mia su certe affermazioni e per spiegare come stanno veramente le cose.

Alcune delle affermazioni non rispecchiano in alcun modo la realtà dei fatti. E sfido chiunque a dimostrarci il contrario. Sarò breve. E' vero ciò che Lei afferma in relazione a certi avvenimenti verificatisi nel primo decennio del dopoguerra - ed io fui Assessore regionale dal 1953 al 1959 -. Quindi in base alla mia esperienza posso dire: se il Presidente Odorizzi avesse effettuato le deleghe previste dall'art. 14, ovvero il trasferimento sistematico di competenze dalla Regione alle Province - ed io mi sono tenacemente battuto perché ciò avvenisse -, non si sarebbe di certo arrivati alla manifestazione del "Los von Trient". E questo lo ribadisco fermamente. Non si sarebbero verificati quegli eventi, se le deleghe di cui all'art. 14 fossero state attuate. Noi tutti sappiamo qual'era la politica di Degasperi. Tale politica è diventata poi di nuovo attuale nel dopoguerra: rinuncia alla Dalmazia e all'Istria e invito agli italiani ivi residenti a tornare a Trieste ecc., ma anche assoluta fermezza nel voler tenere il Sudtirolo e nel voler ottenere attraverso l'Accordo di Parigi l'autonomia anche per il Trentino. Ma non voglio

dilungarmi.

Signor Presidente! Lei parla dell'ancoraggio del Pacchetto. Non è vero ciò che Lei afferma ed io darò lettura della quietanza liberatoria che l'Austria ha rilasciato davanti all'ONU. Non è molto lunga; ma forse è meglio che io non la legga ora. In quel documento l'Austria fa propria la posizione dell'Italia - una posizione che era stata combattuta dal 1969 - e dichiara per ben tre volte che il Pacchetto è una questione interna allo Stato italiano. Questo è quanto ammette l'Austria di fronte alle Nazioni Unite. E afferma che ogni controversia, ogni vertenza in merito all'interpretazione dell'Accordo di Parigi è ormai composta e che anche la facoltà di indirizzo e coordinamento e tutto ciò, che con tale potere ci è stato tolto, rientra nell'Accordo di Parigi. E poi l'Austria dichiara addirittura che se in futuro la Südtiroler Volkspartei dovesse avanzare una richiesta tendente a modificare lo Statuto di autonomia o chiedere qualcosa, come per esempio il diritto all'autodeterminazione, allora niente di tutto ciò può essere modificato, se non sono d'intesa con tutti e tre i gruppi etnici. Questo è quanto stabilisce la quietanza liberatoria presentata davanti alle Nazioni Unite.

Lei poi dice a pagina 5 che già nel primo Statuto si era avuta la realizzazione dell'Accordo di Parigi. Signor Presidente, Lei mi delude, in quanto questa è proprio la posizione del Governo italiano, rafforzata dalla lettera Ammon-Guggenberg a Perassi. Il primo Statuto di autonomia è la piena realizzazione dell'Accordo di Parigi, Lei lo ripete anche qui. Questa è stata la posizione di Degasperi, di Craxi quand'era Presidente del Consiglio dei Ministri, di Andreotti. All'Accordo di Parigi si è adempiuto con il primo Statuto di autonomia, questo è quanto si ribadisce anche nella quietanza liberatoria. Se quindi si volesse ripristinare la vecchia Regione, ciò non sarebbe una violazione dell'Accordo di Parigi e non ci si potrebbe nemmeno appellare alla Corte internazionale dell'Aia.

Signor Presidente, Lei affronta anche l'argomento della cooperazione transfrontaliera. L'Assessore Giacomuzzi ha detto in una Sua relazione - e su questo punto ha ragione - che quando entrerà in vigore il cosiddetto Mercato Unico Europeo, se l'Austria non dovesse farvi parte - e nondimeno anche se l'Austria fosse membro della Comunità europea -, allora l'Accordino e la Convenzione di Madrid saranno cosa superata.

E' giusto intraprendere iniziative tendenti al risparmio. Lei ha quindi ragione quando parla di "rivendicazione dell'esercizio pieno delle competenze, ad esempio scuola, assistenza, sanità". Lei sa benissimo che è stato calcolato che la Provincia di Trento dovrebbe sobbarcarsi un onere aggiuntivo di 800 miliardi - e a Bolzano sarebbero anche di più - se si assumesse il compito di pagare il personale insegnante e l'assistenza sociale, nonché le pensioni sociali e l'intera sanità. Eppure queste sarebbero materie di competenza provinciale. In una relazione del Ministero delle Finanze, predisposta dai sigg. Cerea e Giarda, è stato calcolato che qui in Alto Adige ed anche nel Trentino si effettuano 3 milioni di spese per persona in più rispetto a quanto viene introitato sul territorio.

Ancora una cosa: con le norme di attuazione del 16 marzo 1992, n. 266 il potere di indirizzo e coordinamento verrebbe sensibilmente limitato... In queste norme di attuazione all'art. 3, signor Presidente - ed io la pregherei di non dimenticare la verità - si conferma espressamente il potere di indirizzo e coordinamento. Poi vi sono previsti i 6 mesi di tempo per il ricorso. E sinora questi 6 mesi non sono stati rispettati, perché se ci fossero stati, allora lo Stato avrebbe dovuto impugnare dopo 6 mesi l'ordinamento dei Comuni della Regione. Ci sono voluti 2 anni per licenziare nella nostra Regione il testo sul nuovo ordinamento dei Comuni. Lo Stato dopo 6 mesi, quindi a fine 1990, avrebbe dovuto impugnare l'ordinamento dei Comuni della Regione, in quanto non corrispondente alle norme dello Stato. All'art. 2 di queste norme di attuazione si specifica poi espressamente che le leggi provinciali o regionali invalidate da sentenze della Corte costituzionale vengono sostituite dalle disposizioni statali alla luce dell'art. 105 dello Statuto di autonomia. E si conferma anche il potere di indirizzo e coordinamento. Le norme di attuazione, signor Presidente, non possono modificare la Costituzione italiana, né possono creare delle norme di diritto internazionale, in quanto la Corte costituzionale italiana ha più volte affermato che l'Accordo di Parigi è entrato in vigore con semplice legge statale e non può dunque modificare lo Statuto

di autonomia e tutto ciò che ne deriva.)

(Interruzione)

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)
(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

PRESIDENTE: Cons. Benedikter, Lei ha ancora 20 minuti per poter parlare. Se Lei vuole continuare...

BENEDIKT: Ich muß nicht 20 Minuten reden, aber ich möchte schon noch etwas sagen.

Also die Durchführungsbestimmungen können weder Verfassungsbestimmungen aufheben, ebensowenig Urteile des Verfassungsgerichtshofes, wobei die Streitbeilegungserklärung vor den Vereinten Nationen erklärt, daß jegliche Differenz, die mit dem Pariser Vertrag zusammenhängt, nicht mit dem Paket (denn das Paket ist eine rein italienische interne Angelegenheit) gelöst werden kann. Die Streitbeilegungserklärung beruft sich drei Mal auf die Erklärung vom Ministerpräsidenten Mariano Rumor, vom 3. Dezember 1969, wo er im Vorlagebericht zum neuen Autonomiestatut sagt: Wir haben keinen neuen Vertrag mit Österreich abgeschlossen. Das sind rein interne Zugeständnisse, die jederzeit abgeändert werden könnten, ohne den Pariser Vertrag damit zu berühren. Denn für den Pariser Vertrag gilt dasselbe, was durch das alte Autonomiestatut erfüllt worden ist, siehe Brief Amonn-Guggenberg vom Jänner 1948 an Perassi und wo Italien immer gesagt hat, das ist der Standpunkt und Österreich bestätigt mit der Streitbeilegungserklärung diesen Standpunkt. Ich fordere Sie auf, aber ich fordere auch den Siegfried Brugger auf, mir das Gegenteil zu beweisen. Jedermann ist imstande das zu verstehen, man braucht nicht hoher Diplomat zu sein, um diese Streitbeilegungserklärung zu verstehen.

Ich beziehe mich immer auf Ihre Aussagen in diesen Erklärungen, die Sie vorgestern abgegeben haben und möchte auch feststellen, daß auch wenn der sogenannte Binnenmarkt am 1. Jänner 1993 in Kraft tritt, wie er angekündigt worden ist und wenn alles pünktlich in Kraft tritt, was da vorgesehen ist, Freiheit des Personenverkehrs, des Güterverkehrs, des Kapitalverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs, wie es ja seit 1957 vorgesehen war, sich politisch gar nichts ändert. Ich habe ja in meiner ersten Rede anlässlich des Haushaltes nicht das nachgewiesen, was die deutschen Bundesländer sagen, denn die sagen dasselbe, sondern das, was die Mailänder Universitätsprofessoren zu den Maastricht-Verträgen sagen: daß das Europa der Regionen vorläufig begraben ist. Wir wissen nicht, was im 21. Jahrhundert passieren wird, aber jedenfalls bis zum Jahr 2000 ist das Europa der Regionen - bzw. was man darunter vernünftigerweise verstehen kann - begraben.

Herr Präsident, Sie sagen noch: "Ho enucleato le linee importanti della legislatura" und dann u.a. "la valorizzazione della partecipazione popolare alla vita dell'autonomia". Herr Präsident, Sie wissen doch, wir haben einen Beschußantrag in dieser Legislaturperiode eingebracht, um die sogenannte Volksbefragung lange vor Inkrafttreten des Gemeindeautonomiegesetzes bindend vorzusehen wenn 20 Prozent der Bürger darum ansuchen. Und daß dann, wenn die Befragung positiv verläuft, also wenn 51 Prozent der abgegebenen Stimmen dafür sind, daß dann diese Entscheidung auch für den Gemeinderat verpflichtend ist und ihr habt es abgelehnt. Auch in der Gemeindeordnung habt ihr abgelehnt, daß diese Volksbefragung zur Pflicht gemacht werde.

Dann haben Sie Recht, Herr Präsident, wenn Sie auf Seite 6 sagen: "Non va dimenticato che l'attuazione della 142 nella nostra Regione è gravemente lacunosa per il mancato recepimento da parte delle due Province autonome della parte attinente alla Comunità montana." Ich habe es im Landtag beantragt, bin aber nicht durchgedrungen. Aber mit Ihrer Erklärung, daß die Region die Provinzautonomie unterstützt, stimmt die Tatsache nicht überein, daß die Region Zuständigkeiten der Provinzen sich angeeignet hat, weil sie das Geld anbringen wollte. Sie wissen ja, in der Gemeindefinanz, bei der Gemeindepolizei... denn das hätte sich jedenfalls bis zur letzten Legislatur in Südtirol niemand träumen

lassen. Das hat sich nur unter dem Landesausschußpräsidenten Durnwalder ereignet. Und die Region, wo doch das Land doch die Zuständigkeit für Ortspolizei hat, hat hier erfunden, daß es nach dem staatlichen Rahmengesetz ein regionales Rahmengesetz braucht. Erst dann darf die Provinz ihr Gesetz machen, also Gemeindefinanz, Ortspolizei und bei der sogenannten sozialen Fürsorge. Denn Sie wissen genau, da ist der Art. 22 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 616 vom Juli 1977, ausgedehnt auch auf die Provinzen und Regionen, wo ganz klar drinnen steht, daß die Provinzen zuständig sind: "Le funzioni amministrative relative alla materia beneficenza pubblica concerne tutte le attività che attengono alla predisposizione ed erogazione di servizi gratuiti o a pagamento, prestazioni economiche sia in denaro che in natura, anche quando si tratta di forme di assistenza a categorie determinate, escluse soltanto le funzioni relative alle prestazioni economiche di natura previdenziale". Und die Hausfrauenrente fällt ganz klar darunter und ich sage es nur kurz: die Region Emilien ist eine Normalregion, hat kein Sonderstatut, und hat diesbezüglich - ich berufe mich auf das REGIONALGESETZ vom 12. Jänner 1985, Nr. 2, ein Gesetz gemacht, das folgendes vorsieht: "gli interventi di assistenza sociale per la famiglia, la maternità, l'infanzia e l'età evolutiva sono in particolare volti ad assicurare aiuti alla famiglia che versi in difficoltà relazionali o materiali... Al fine di assicurare le condizioni materiali, familiari, affettive, relazionali e sociali per un armonico sviluppo psicofisico del bambino e dell'adolescente ed assicurare essenziali condizioni materiali di vita per la famiglia..." Das hat die Region Emilien - und dasselbe gilt für alle Regionen und auch für die Provinzen - mit dieser Zuständigkeit gemacht und nicht mit der Zuständigkeit für Sozialversicherung.

Auf Seite 12, wo Sie von Friedensrichtern reden: Herr Präsident, wir - ich sage wir, weil ich mich auch als Bestandteil des Regionalrates erachte, der irgendwie verpflichtet wäre, soweit die Region zuständig ist, die Regionalautonomie zu verteidigen und nicht froh ist, wenn Befugnisse der Region vom Staat weggenommen werden - wir haben in aller Form die Abschaffung der Art. 94, 95 und 96 des Autonomiestatutes zur Kenntnis genommen. Die Abschaffung ohne Verfassungsgesetz, mit einfachem Staatsgesetz, was eben die Friedensrichter betrifft. Wir, d.h. ich habe dagegen gestimmt, aber wir haben die Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof des einfachen Staatsgesetzes, womit der in diesen Artikeln vorgesehene Schlichtungsrichter, giudice conciliatore, abgeschafft worden ist und durch die neue Figur des Friedensrichters ersetzt worden ist, vorgenommen und dann die Anfechtung zurückgezogen und zur Kenntnis genommen, daß in den Durchführungsbestimmungen diesbezüglich das Staatsgesetz übernommen worden ist, sogar verschlechternd, als ob die Durchführungsbestimmungen das Autonomiestatut ersetzen könnten. Wir haben zugegeben - deswegen ändert sich verfassungsrechtlich nichts - und zur Kenntnis genommen, daß im Wege von Durchführungsbestimmungen anscheinend zu recht das Autonomiestatut im Wege von Durchführungsbestimmungen ersetzt werden kann. Somit sind klare Befugnisse der Region und der Provinzen bezüglich der Schlichtungsrichter abgeschafft worden und durch Befugnisse für die Friedensrichter ersetzt worden, die aber anstelle der Region das Justizministerium an sich gezogen hat. Das muß man sagen.

Was die Wahlreform betrifft, bleibe ich der Ansicht: Hier steht im Autonomiestatut von 1948: Sistema proporzionale und zwar für beide Provinzen gleich, Herr Präsident. Es mag stimmen, wenn Sie sagen, in Südtirol ist das immanent, weil es hier drei Sprachgruppen gibt. Im Trentino behauptet Ihr, gibt es ja auch die ladinische Sprachgruppe und ganz klein auch eine deutsche. Nein, das sistema proporzionale gilt für die Region und mit diesem sistema proporzionale ist das sogenannte Bezirkswahlsystem, wenn man es so bezeichnen soll, einfach unvereinbar. Denn wenn es mit dem Trentino vereinbar wäre, dann müßte es auch in Südtirol gelten können und wir wissen genau, daß das Wahlsystem ja den Bestand der Sprachgruppen getreu wiedergeben soll. Das wäre mit dem Bezirkswahlsystem unmöglich. Aber wenn es auf diese Art und Weise deswegen dem Grundsatz des Verhältniswahlrechtes widerspricht, dann ist es auch im Trentino nicht zulässig, auch wenn dort nicht zwei Drittel Deutsche oder zwei Drittel Italiener und ein Drittel andere sind. Ich verstehe Euch nicht, ich verstehe diese Mentalität nicht. Das Autonomiestatut lautet, das sistema proporzionale gilt für die Region insgesamt und kann nicht anders ausgelegt werden, dann muß das Autonomiestatut geändert werden, damit für das Trentino dieser

Grundsatz nicht mehr gilt.

In diesem Zusammenhang, haben Sie gesagt, Herr Präsident, die Übertragung von Befugnissen auf die Gemeinden ist im Gemeindeordnungsgesetz erleichtert worden, indem die Provinzen befugt worden sind, diese Übertragung durchzuführen. Nur die Übertragung nicht die Delegierung. Wir haben den Art. 2 zweiter Absatz genehmigt, wo es heißt, der Gemeinde obliegen sämtliche Verwaltungsfunktionen, welche die Bevölkerung und das Gebiet der Gemeinde betreffen, besonders im Bereich der Sozialdienste, der Gebietsplanung und Nutzung sowie der wirtschaftlichen Entwicklung und zwar soweit dies im Artikel 15 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 19. November 1987 Nr. 526 vorgesehen ist. Also es ist nicht vorgesehen, und man beruft sich eben auf den Art. 15: es braucht ein REGIONALGESETZ, weil die Region für die Gemeindeordnung zuständig ist und das REGIONALGESETZ muß dann für beide Provinzen gleich lauten und die Provinzen müssen einverstanden sein. So war die Beweisführung in der Kommission, um wenigstens zu erreichen, daß übertragen werden kann, aber nur auf diese Art und Weise.

Zuletzt, Herr Präsident, auf Seite 30 sagen Sie: "Come si può continuare a parlare di Europa e pensare di trovarvi posto presentandosi con "masse critiche" inferiori al mezzo milione di abitanti?" Herr Präsident, Sie wissen genau, da gibt es einen Staat, der Gründungsmitglied der EG ist, der Mitglied der Vereinten Nationen ist, also Mitglied der 12er-Gemeinschaft, der heißt Luxemburg. Südtirol hat 7.400 qkm und Luxemburg hat 2.586 qkm. Südtirol hat immerhin 450.000 Einwohner, Luxemburg hat 400.000 Einwohner. Wir sind also mehr als doppelt so groß als Luxemburg, sowohl der Größe als auch der Einwohnerzahl nach. Somit könnten wir gleich behandelt werden wir Luxemburg. Und wenn Südtirol mit Nordtirol vereinigt würde und als eigener Staat auftreten könnte, dann hätten wir - Nordtirol hat nämlich 12.647 qkm und 650.000 Einwohner - 20.047 qkm, 1.100.000 Einwohner. Das wäre ein Staat, der sich sehen lassen könnte in der Reihe der Mitglieder der Vereinten Nationen und zu den mittelgroßen Staaten (und nicht zu den kleinen, zu dem auch Liechtenstein gehört) klassifiziert werden könnte. Wir wissen, Liechtenstein ist Mitglied der Vereinten Nationen...

(Non devo necessariamente parlare per 20 minuti, ma vorrei aggiungere ancora due parole.

Le norme di attuazione non possono sopprimere norme costituzionali e nemmeno sentenze della Corte costituzionale. Nella quietanza liberatoria davanti alle Nazioni Unite si dichiara che ogni controversia legata all'Accordo di Parigi non può essere risolta con il Pacchetto (in quanto il Pacchetto è una questione interna allo Stato italiano). Nella quietanza liberatoria ci si richiama per ben tre volte alle dichiarazioni del Presidente del Consiglio dei Ministri, Mariano Rumor, del 3 dicembre 1969, dove nella relazione introduttiva si diceva: Non abbiamo concluso nessun nuovo accordo con l'Austria: si tratta di concessioni interne che possono essere modificate in ogni momento, senza per questo intaccare la sostanza dell'Accordo di Parigi. E per l'Accordo di Parigi vale lo stesso che per lo Statuto di autonomia, vedi lettera Ammon-Guggenberg del 1948 a Perassi, in cui si difende la posizione dell'Italia. E l'Austria con la quietanza liberatoria convalida questa posizione. Io La invito, ma invito anche il cons. Brugger, a dimostrarmi il contrario. Ognuno è in grado di comprendere quanto dice il testo della quietanza liberatoria, non occorre essere dei diplomatici.

Facendo sempre riferimento alle Sue dichiarazioni che ci ha consegnato due giorni fa, vorrei dire che se il Mercato Unico dovesse entrare in vigore il 1 gennaio 1993 e se tutto fosse applicato come previsto sin dal 1957 (la libera circolazione di persone, beni, capitali e forza lavoro), politicamente le cose non cambierebbero. Nel mio primo intervento al bilancio non ho riportato la posizione dei Bundesländer, che dicono sostanzialmente la stessa cosa, ma ciò che affermano i professori universitari di Milano in merito alla Convenzione di Madrid: ovvero che l'Europa delle Regioni per ora è sepolta. Non sappiamo ciò che succederà nel 21esimo secolo, ma almeno fino all'anno 2000 l'Europa delle Regioni - e tutto ciò che con questo concetto si intende - è sepolta.

Signor Presidente, Lei dice poi: "Ho enucleato le linee importanti della legislatura" tra cui "la valorizzazione della partecipazione popolare alla vita dell'autonomia". Signor Presidente, Lei sa che in questa legislatura noi abbiamo presentato una mozione per rendere vincolante l'istituto referendario, qualora almeno il 20% della popolazione lo richieda. E questo molto prima della nuova legge sull'ordinamento dei Comuni. Se il referendum avesse poi dato esito positivo, quindi se il 51 % della popolazione si fosse dichiarata d'accordo, allora il Consiglio comunale avrebbe dovuto attenersi a tale decisione. Voi l'avete respinta. Anche nel nuovo ordinamento dei Comuni voi avete respinto il referendum vincolante.

Lei poi ha ragione, signor Presidente, quando dice a pag. 6: "Non va dimenticato che l'attuazione della 142 nella nostra Regione è gravemente lacunosa per il mancato recepimento da parte delle due Province autonome della parte attinente alla Comunità montana." L'ho chiesto anche in Consiglio provinciale, ma non mi hanno dato retta. La Sua dichiarazione, secondo la quale la Regione appoggia l'autonomia provinciale, contrasta con il fatto che la Regione si è appropriata di competenze provinciali, perché aveva bisogno di impiegare le sue risorse finanziarie. Lei sa bene in quali materie: finanza comunale, polizia comunale... Questo fino all'ultima legislatura nessuno lo avrebbe mai ritenuto possibile in Alto Adige. Questo ha potuto verificarsi solo sotto la Presidenza di Durnwalder. Sebbene la Provincia abbia competenza in materia di polizia municipale, la Regione ha inventato la scusa che dopo la legge-quadro nazionale ci vuole una legge regionale. Solo allora la Provincia avrebbe potuto fare una sua legge sulle finanze comunali, sulla polizia municipale e sulla cosiddetta assistenza. Lei sa benissimo che all'art. 22 del DPR n. 616 del luglio 1977, esteso alle Province e Regioni, si sancisce che: "Le funzioni amministrative relative alla materia beneficenza pubblica concernono tutte le attività che attengono alla predisposizione ed erogazione di servizi gratuiti o a pagamento, prestazioni economiche sia in denaro che in natura, anche quando si tratta di forme di assistenza a categorie determinate, escluse soltanto le funzioni relative alle prestazioni economiche di natura previdenziale". E la pensione alle casalinghe rientra chiaramente in questa fattispecie. Per farla breve: la Regione Emilia è una Regione a Statuto ordinario, quindi non ha uno Statuto speciale, ed ha approvato una legge regionale il 12 gennaio 1985, n. 2 che dice: "gli interventi di assistenza sociale per la famiglia, la maternità, l'infanzia e l'età evolutiva sono in particolare volti ad assicurare aiuti alla famiglia che versi in difficoltà relazionali o materiali... Al fine di assicurare le condizioni materiali, familiari, affettive, relazionali e sociali per un armonico sviluppo psicofisico del bambino e dell'adolescente ed assicurare essenziali condizioni materiali di vita per la famiglia...". La Regione Emilia - e questo vale per tutte le Regioni e Province - ha fatto questo, ma non con la competenza in materia di assicurazioni sociali.

A pag. 12 Lei parla dei giudici di pace: Signor Presidente, noi - e dico noi, perché anch'io mi sento parte del Consiglio regionale che dovrebbe difendere le attribuzioni della Regione e non dovrebbe essere contento che lo Stato tolga poteri alla Regione - abbiamo formalmente preso atto dell'abrogazione degli artt. 94, 95 e 96 dello Statuto di autonomia. L'abrogazione di questi articoli sui giudici di pace è avvenuta senza una legge costituzionale, ma con legge ordinaria. Io allora votai contro, e noi poi abbiamo ricorso alla Corte costituzionale contro questa legge statale che aboliva i giudici conciliatori, introducendo la figura del giudice di pace. Ma poi il ricorso fu ritirato e si prese così atto che nelle norme di attuazione era stata recepita la legge nazionale in modo peggiorativo. Come se le norme di attuazione potessero sostituirsi allo Statuto di autonomia! Abbiamo ammesso - ma questo non cambia le cose dal punto di vista costituzionale - che attraverso le norme di attuazione si può modificare lo stesso Statuto di autonomia. Sono così stati aboliti chiari poteri della Regione e delle Province in materia di giudici conciliatori e sono state introdotte nuove attribuzioni per il giudice di pace che farà ora capo al Ministero di Grazia e Giustizia. Questo va detto.

Per quanto concerne la riforma elettorale, io resto di questo avviso: nello Statuto del 1948 si parla di sistema proporzionale, signor Presidente, uguale per tutte e due le Province. Può essere vero che è più pertinente per l'Alto Adige, perché ci sono tre gruppi linguistici. Ma voi avete sempre detto

che c'è un gruppo linguistico ladino ed uno, seppur piccolo, tedesco anche nel Trentino. No, il sistema proporzionale è a mio avviso incompatibile con il sistema dei distretti elettorali. Perché se fosse compatibile, dovrebbe poter valere in ambedue le Province, poiché il sistema elettorale deve riflettere la consistenza dei gruppi etnici. E questo con il sistema dei distretti elettorali non sarebbe possibile. Ma se questo sistema non è compatibile con il principio del sistema proporzionale, allora non è nemmeno ammissibile in Trentino, perché anche lì abbiamo delle minoranze, anche se non due terzi di tedeschi ed un terzo di italiani. Io non vi capisco, non capisco la vostra mentalità. Lo Statuto di autonomia dice che il sistema proporzionale vale in tutta la Regione. Non può essere interpretato altrimenti. Semmai dovremmo modificare lo Statuto di autonomia, in modo che per il Trentino non valga più questo principio.

In questo contesto, Lei ha detto, signor Presidente, che il trasferimento di competenze ai Comuni è stato facilitato attraverso il nuovo ordinamento dei Comuni, in quanto le Province sono state autorizzate ad attuare questo trasferimento. Ma questo vale solo per il trasferimento di competenze e non per la delega. Abbiamo approvato l'art. 2 secondo comma che dice che spettano al comune tutte le funzioni amministrative che riguardino la popolazione e il territorio comunale precipuamente nei settori organici dei servizi sociali, dell'assetto ed utilizzazione del territorio, dello sviluppo economico, secondo quanto previsto dall'art. 15 del DPR 19 novembre 1987, n. 526. Quindi ciò non è previsto ed allora ci si richiama all'art. 15: è necessaria una legge regionale perché la Regione sia competente e tale legge regionale dev'essere poi uguale per le due Province e le due Province devono essere d'accordo. Questo è quanto ha deciso la Commissione, perché si potesse procedere a questo trasferimento; ma solo con queste modalità.

Infine Lei dice, signor Presidente, a pag. 30: "Come si può continuare a parlare di Europa e pensare di trovarvi posto presentandosi con "masse critiche" inferiori al mezzo milione di abitanti?" Signor Presidente, Lei sa benissimo che esiste uno Stato che è membro fondatore della Comunità europea e delle Nazioni Unite, e quindi membro della Comunità dei 12, che si chiama Lussemburgo. L'Alto Adige ha 7.400 km² e il Lussemburgo ha 2.586 km². L'Alto Adige ha 450.000 abitanti, il Lussemburgo ne ha 400.000. Quindi noi siamo due volte il Lussemburgo, sia per quanto riguarda l'estensione che il numero degli abitanti. Pertanto potremmo essere considerati alla stregua del Lussemburgo. E se l'Alto Adige e il Nordtirolo si unificassero in un unico Stato, allora avremmo 20.047 km² e 1.100.000 abitanti (il Tirolo del Nord ha infatti 12.647 km² e 650.000 abitanti). Sarebbe uno Stato di non poco conto che potrebbe chiedere di far parte delle Nazioni Unite ed essere annoverato fra gli Stati di media grandezza, ai quali appartiene anche il Liechtenstein. Noi sappiamo che il Liechtenstein è membro delle Nazioni Unite...)

(Interruzione)

PRESIDENTE: Adesso Le informo che ha ancora 1 minuto, consigliere Benedikter.

(Interruzione)

BENEDIKT: Ja, danke! Also Liechtenstein ist Mitglied der Vereinten Nationen, hat 160 qkm und hat 30.000 Einwohner. Aber ich möchte nicht Südtirol mit Liechtenstein vergleichen. Südtirol kann weder mit Liechtenstein noch mit San Marino verglichen werden. Aber daß es mit seinen 7.400 qkm und seiner 450.000 Einwohnern größer als Luxemburg ist, das darf wohl festgestellt werden. Es könnte eventuell mit Zypern verglichen werden. Zypern hat 9.250 qkm und 700.000 Einwohnern, ist Mitglied der Vereinten Nationen und Sie wissen, 1974 sind die Türken eingedrungen. Da waren in Zypern 77% Griechen und 18% Türken und noch 5% andere. Dann sind die Türken eingedrungen und haben etwas wie 35% besetzt und haben 100.000 Türken importiert. Die Vereinten Nationen drängen darauf, daß Zypern ein Staat als Mitglied der Vereinten Nationen bleibt und daß sich die Türkei zurückzieht.

Es sind also nicht "masse critiche inferiori al mezzo milione di abitanti", dann müßte nicht nur Luxemburg, sondern viele andere Mitglieder der Vereinten Nationen gestrichen werden und Luxemburg auch als Mitglied der 12er-Gemeinschaft.

(*Sì grazie! Il Liechtenstein è dunque membro delle Nazioni Unite, ha 160 km² e 30.000 abitanti. Ma non vorrei paragonare il Sudtirolo al Liechtenstein. Il Sudtirolo non può essere paragonato né al Liechtenstein, né alla Repubblica di San Marino. Ma con i suoi 740.000 km² e 450.000 abitanti è più grande del Lussemburgo, e questo va detto. Potrebbe eventualmente essere paragonato a Cipro. Cipro ha una superficie di 9.250 km² e 700.000 abitanti ed è membro delle Nazioni Unite. E' noto che nel 1974 è stata invasa dai turchi. Prima a Cipro c'erano 77% di greci, 18% di turchi e 5% di altre nazionalità. Con l'invasione i turchi occuparono il 35% del territorio, importando 100.000 turchi. Le Nazioni Unite insistono che Cipro rimanga uno Stato, membro delle Nazioni Unite e che la Turchia si ritiri.*

Non si può dunque parlare di "masse critiche inferiori al mezzo milione di abitanti", perché altrimenti dovremmo cancellare il Lussemburgo e molte altre nazioni facenti parte delle Nazioni Unite dalla carta geografica, nonché il Lussemburgo, membro della Comunità dei 12.)

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'art. 1?

La parola al Presidente della Giunta.

ANDREOLLI: Brevemente per rispondere al collega Benedikter, il quale con grande impegno ha iniziato la discussione generale e non aveva avuto modo di leggere con attenzione le mie dichiarazioni politiche.

Ancoraggio internazionale: non intendo discettare con un tecnico del diritto a par suo. Nella mia relazione mi sono solo limitato a dire che l'art. 1 del DPR 266 dice cose importanti e nuove, perché a quanto mi risulta è la prima volta che in una norma di legge, che credo più forte delle dichiarazioni, sia pure importanti, che qualsiasi Ministro degli esteri o Presidente del Consiglio ha rilasciato, rilasci o rilascerà nel tempo, perché quelle sono dichiarazioni politiche, però una norma di legge è scritta sulla Gazzetta Ufficiale. Quell'art. 1 parla di un collegamento fra lo Statuto e l'accordo di Parigi ed è la prima volta che questo viene scritto. Non sarà nulla di straordinario, ma lei mi ha detto che la Corte costituzionale giustamente non può modificare le leggi, però questa è una legge ed è la prima volta che viene scritto, può darsi che mi sbagli, è la mia valutazione.

Maastricht: concordo con lei che con Maastricht non si è fatto un gran passo avanti sul discorso dell'Europa delle Regioni, è solo un timido inizio, però quando alla vigilia sembrava che non si arrivasse nemmeno a scrivere una riga, almeno qualche cosa c'è scritto e la sua collega Klotz, quando parlava di utopia ci ha detto, e giustamente lo condivido, che anche l'utopia fa parte di un messaggio politico dei partiti.

Legge elettorale: voglio solo dire che il modello ipotizzato appartiene sempre, nei modelli teorici, al sistema proporzionale, anche quello dei distretti. Il metodo D'Hont è un classico metodo proporzionale nella suddivisione, quindi l'ipotesi diversificata non va a ledere il principio sacro santo dello Statuto che stabilisce che deve essere ripartito con mezzo proporzionale, lei non è d'accordo, però anche il discorso dei collegi e dei distretti è un metodo proporzionale...

(Interruzione)

ANDREOLLI: Nemmeno per sogno! Io le dico che è così, dal mio punto di vista, per carità.

Giudici di pace: è una vecchia questione che lei ha sollevato, ci siamo impegnati qui a dichiarare che una volta messo a punto questo discorso della legge nazionale è certo che siamo impegnati in prima persona a chiedere una modifica dello Statuto perché venga recepito, lei però da fine giurista non mi può negare che la legge nazionale ha cancellato l'istituto del giudice conciliatore, che non esiste più

nell'ordinamento italiano ed era impensabile ed impossibile che prima si modificasse lo Statuto per introdurre l'istituto del giudice di pace e poi fare la legge ordinaria che istituisce il giudice di pace, è la contraddizione che non consente!...

(*Interruzione*)

ANDREOLLI: Non ha modificato lo Statuto, sulla carta esiste ancora lo Statuto, ma di fatto è vano perché inoperante. No, non l'ha formalmente cancellato, sulla carta lo Statuto dice ancora "giudice conciliatore", solo che l'ordinamento italiano lo ha cancellato dall'ordinamento generale, teoricamente potremmo chiedere che in questa Regione continui a vivere il giudice conciliatore anziché il giudice di pace in base a questa interpretazione, ma lei capisce che non avendo potere esclusivo e competenza in materia, questa norma deve pur conciliarsi con il resto. Ha ragione sotto il profilo formale che c'è uno strappo, ma era l'unica strada possibile per andare avanti.

616: concordo con lei che qui prima avevamo la delega ed ora abbiamo la possibilità di trasferire, noi leggiamo che quell'art. 2 comma secondo del disegno di legge come una possibilità giuridica per le Province se lo vogliono di procedere in quella direzione, senza bisogno di una legge regionale per trasferire le competenze, vediamo se lo faranno, è da anni che lo auspicchiamo.

Sul resto, Lussemburgo Lichtenstein possiamo discettare, qui siamo veramente in politica internazionale, il mio assunto politico era quello di dire che se ci presentiamo all'appuntamento europeo con un ambito più forte e più ampio, quindi le due Province autonome assieme alla Regione, è tutto di vantaggio e non di svantaggio.

Per quanto riguarda la sua vecchia polemica, lei dice "voi state tracimando, invadendo con legge regionale le competenze provinciali", devo solo farle rilevare che questo discorso è stato affrontato qui più volte, si è convenuto da parte delle forze politiche a stragrande maggioranza che questa non è evasione, che è di utilità per le Province, c'è l'intesa con le Province, il Governo l'ha vistato, se lei ritiene che sia una violazione c'è una strada corretta da percorrere: chiedere alla Corte costituzionale l'abrogazione di quelle leggi, è una valutazione politica.

Già che ho la parola, mi scuso con il collega Rella a cui ieri non ho dato una risposta in tema di impegno assunto con l'accordo di coalizione e non mantenuto, che è quello di collaborare con l'amministrazione dello Stato al fine di un corretto uso del prelievo fiscale. Questo lo riconosco, abbiamo promesso e non abbiamo fatto nulla ed è difficile piantare insieme qualcosa nei prossimi mesi. Debbo riconoscerlo, qualche volta credo sia più utile non mascherare o dire le cose come stanno: è un impegno che credo le forze politiche dovranno assumere per la prossima legislatura, perché non vi è dubbio che non si può rivendicare l'autonomia impositiva e poi dimostrare che almeno quello che si poteva fare prima in questa direzione non è stato fatto, mi auguro che qualcuno più bravo di me lo faccia. Grazie.

PRESIDENTE: Nessuno intende intervenire, quindi pongo in votazione l'art. 1. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 14 voti contrari, 2 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'art. 1 è approvato.

Art. 2
Totale generale della spesa

1. E' approvato in lire 419.000.000.000 in termini di competenza ed il lire 671.889.000.000 in termini di cassa il totale generale della spesa della Regione per l'anno finanziario 1993.

Art. 2

Gesamtbetrag der Ausgaben

1. Der allgemeine Gesamtbetrag der Ausgaben der Region für das Finanzjahr 1993 in Höhe von 419.000.000.000 Lire, was die Kompetenz betrifft, und in Höhe von 671.889.000.000 Lire, was die Kassa betrifft, wird genehmigt.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'art. 2? Nessuno.

Pongo in votazione l'art. 2. C'è una richiesta di votare l'art. 2 per appello nominale.

BENUSSI: Chiodi-Winkler (*no*), Craffonara (*no*), Degaudenz (*non presente*), Duca (*sì*), Durnwalder (*non presente*), von Egen (*non presente*), Feichter (*non presente*), Ferretti (*non presente*), Franceschini (*non presente*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Giacomuzzi (*non presente*), Giordani (*sì*), Grandi (*sì*), Holzmann (*non presente*), Hosp (*non presente*), Jori (*non presente*), Kaserer (*ja*), Klotz (*non presente*), Kofler (*non presente*), Kußtatscher (*ja*), Leita (*sì*), Leveghi (*no*), Lorenzini (*sì*), Malossini (*non presente*), Marzari (*non presente*), Mayr (*non presente*), Meraner (*non presente*), Micheli (*sì*), Montali (*no*), Morandini (*sì*), Morelli (*sì*), Negherbon (*sì*), Nicolini (*non presente*), Oberhauser (*non presente*), Pahl (*non presente*), Pellegrini (*sì*), Peterlini (*ja*), Pinter (*no*), Rella (*no*), Ricci (*non presente*), Romano (*sì*), Saurer (*non presente*), Sfondrini (*non presente*), Tarolli (*sì*), Taverna (*no*), Tononi (*non presente*), Tretter (*astenuto*), Tribus (*nein*), Valentin (*non presente*), Viola (*no*), Zendron (*no*), Achmüller (*ja*), Alber (*ja*), Andreolli (*sì*), Andreotti (*no*), Bacca (*sì*), Bauer (*ja*), Bazzanella (*non presente*), Benedikter (*nein*), Benussi (*no*), Berger (*no*), Bertolini (*ja*), Betta (*no*), Boato (*no*), Bolognani (*sì*), Bolognini (*sì*), Bolzonello (*no*), Brugger (*non presente*), Casagranda (*no*).

(Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz)

(Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Die Abstimmung ist abgeschlossen.

Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	42
mit Ja haben gestimmt:	23
mit Nein:	18
Stimmenthaltungen:	1

Damit genehmigt der Regionalrat den Art. 2.

PRESIDENTE: Le operazioni di voto sono terminate.

Rendo noto l'esito della votazione:

Votanti:	42
voti favorevoli:	23
voti contrari:	18
astenuti:	1

Il Consiglio regionale approva l'articolo.

PRÄSIDENT: Wir kommen zum Art. 3. Ich bitte die Abgeordneten schon im Saal zu bleiben und auch bitte am Nachmittag dazubleiben. Wir müssen auch noch den Haushalt des Regionalrates genehmigen.

PRESIDENTE: Passiamo all'articolo 3. Vorrei pregare i sigg. consiglieri di rimanere in aula e di essere presenti anche il pomeriggio. Dobbiamo ancora approvare il bilancio del Consiglio regionale.

Art. 3
Voranschlag der Ausgaben

1. Die Bereitstellung und die Zahlung der Ausgaben der Region für die Finanzgebarung 1993 werden entsprechend dem beigeschlossenen Voranschlag der Ausgaben bewilligt.

Art. 3
Stato di previsione della spesa

1. E' autorizzato l'impegno e il pagamento delle spese della Regione per l'esercizio finanziario 1993 in conformità dell'annesso stato di previsione della spesa.

PRÄSIDENT: Ich darf einen Änderungsantrag zum Art. 3 verlesen, der von den Abg. Zendron, Tribus und Boato eingebbracht worden ist.

"Kapitel 90, Kode 1 1 41 1 01 01 minus 1 Milliarde 200 Millionen in Verminderung
Kapitel 670, Kode 1 1 190 1 12 01 plus 1 Milliarde 200 Millionen Lire in Erhöhung."
Das Wort hat die Abg. Zendron zur Erläuterung.

PRESIDENTE: Vorrei dare lettura di un emendamento all'articolo 3, presentato dai conss. Zendron, Tribus e Boato.

"capitolo 90, codice 1 1 41 1 01 01 meno 1 miliardo e 200 milioni in diminuzione.
capitolo 670, codice 1 1 190 1 12 01 più 1 miliardo e 200 milioni in aumento."
La parola alla sig.ra Zendron, per l'illustrazione.

ZENDRON: Cercherò di spiegare brevemente questo emendamento. Chiediamo che venga tolto un miliardo e 200 milioni di finanziamento al capitolo 90, che è il finanziamento che stanzia questo contributo per un'informazione su una TV privata. E' un'informazione che è stata criticata da molti in quest'aula, lo abbiamo sentito nel dibattito di ieri e dell'altro ieri ed oltre tutto bisogna considerare che è vero che abbiamo spesso ragione di lamentarci dell'informazione sui giornali e sulle TV libere, però è altrettanto vero che non possiamo cercare di avere ragione delle eventuali mancanze dell'informazione pagando qualcuno e dandogli la linea di quello che si deve vedere eccetera, oltre tutto dando uno spazio esagerato al governo e uno spazio assolutamente ridotto a quella che è l'attività parlamentare e politica generale, d'altro canto al punto n. 18 dell'ordine del giorno c'è il disegno di legge "Iniziative in favore di popolazioni di Paesi extra-comunitari colpiti da eventi calamitosi", che mi sembra sia una questione di grandissima e forte attualità e proponiamo che questa cifra venga tolta da un capitolo di cui non condividiamo gli obiettivi e venga destinata invece alle popolazioni in difficoltà di Paesi extra-comunitari, che sappiamo essere tanti, ci sembra che sarebbe una destinazione molto più utile. Chiediamo di metterlo sul capitolo 670, che è il capitolo destinato a finanziare le leggi non ancora approvate, perché questa legge, pur essendo da un po' all'ordine del giorno, non è stata ancora approvata.

PRÄSIDENT: Danke für die Erläuterung. Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann gebe ich dem Ausschuß das Wort, wenn er es wünscht.

Bitte, Präsident Andreolli zur Replik.

PRESIDENTE: Grazie per l'illustrazione. Chi desidera intervenire? Nessuno. Allora do la parola alla Giunta, qualora desideri intervenire.

Prego, Presidente Andreolli, a Lei la parola per la replica.

ANDREOLLI: Non siamo d'accordo, anche perché non è vero che riguarda solo le TV, riguarda anche il bollettino ufficiale della Giunta. Ho già dichiarato ieri qual è la linea che intendiamo adottare come Giunta regionale dell'uso dell'immagine sulla televisione, per l'anno prossimo che è l'anno elettorale. Voglio anche ricordare che quando il Consiglio regionale ci ha sollecitato per immagini di questo tipo non ci siamo mai sottratti, vogliamo essere rispettosi della volontà dell'Ufficio di Presidenza del Consiglio e dei Capigruppo, i quali se non ci chiedono non possono pretendere.

La nostra rivista "Regione" è aperta anche al discorso del Consiglio, il dibattito in aula che si è visto in occasione del bilancio registra il discorso della maggioranza come della minoranza di tutti i gruppi, quindi uno spazio dove è possibile in modo molto equanime lasciare spazio a tutti, basta che ci venga richiesto, non ci sono limiti.

Quanto al merito della legge, che personalmente mi preme molto, il capitolo del fondo a disposizione per le leggi consente questo, il problema è della volontà politica di quest'aula di voler raggiungere un'intesa; sono convinto che quando saremo qui a quel punto non chiederò più il rinvio di quel disegno di legge, vediamo se c'è una maggioranza che lo vota, perché è inconcepibile che ci siano dei veti interni, io li respingerò e vediamo se c'è una maggioranza che la vota, io mi auguro che ci sia.

PRÄSIDENT: Danke, Herr Präsident. Wir kommen damit zur...

...Bitte, Frau Abg. Zendron.

PRESIDENTE: Grazie, Presidente. Ora passiamo a...

...Prego, cons. Zendron.

ZENDRON: Grazie, signor Presidente. Prendo la parola solo per dire che manteniamo l'emendamento ed invitiamo i colleghi a votarlo, anche quelli che non hanno parlato per risparmiare tempo, anche colleghi della maggioranza, di cui sicuramente qualcuno credo sia interessato. Voglio sottolineare che il Presidente ha dichiarato che questa legge è al punto n. 18 e non va avanti perché effettivamente non ha la maggioranza ed allora come rappresentante di un gruppo di opposizione dico che se la maggioranza non ce l'ha il governo, se non ce l'ha la Giunta, chi la deve avere? Mi sembra una ragione di più per chiedere a coloro che sono favorevoli a questa legge di accettare il nostro emendamento.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag der Abg. Zendron einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. 13 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 4 Enthaltungen, 13 Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt. Nachdem keine weiteren Anträge zu den Kapiteln vorliegen, stimmen wir jetzt über den gesamten Art. 3 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Damit ist der Art. 3 bei 16 Nein-Stimmen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione sull'emendamento della cons. Zendron. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. 13 voti favorevoli. Contrari? La maggioranza. Astenuti?

Con 13 voti favorevoli, 4 astensioni e la maggioranza di voti contrari l'emendamento è respinto.

Poiché non ci sono altri emendamenti all'articolo 3, passiamo ora alla votazione

dell'articolo nel suo complesso. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?
Con 16 voti contrari e la maggioranza di voti favorevoli l'articolo 3 è approvato.

Art. 4 Verschiedene Bestimmungen

1. Für das Finanzjahr 1993 werden die Beträge, die im Zusammenhang mit gesetzlichen Bestimmungen eingetragen werden, welche dem Haushaltsgesetz die Festlegung ihrer Höhe übertragen, in dem in der Beilage 1 angegebenen Ausmaß bewilligt.

Für dieselbe Gebarung bleiben die entsprechenden Zahlungen in den Kassaermächtigungen der betreffenden Ausgabenkapitel inbegriffen.

2. Für das Finanzjahr 1993 werden die Beträge, die den autonomen Provinzen Bozen und Trient kraft gesetzlicher Bestimmungen zugewiesen werden, welche die Übertragung der Ausübung der Verwaltungsbefugnisse auf die Provinzen vorsehen, in dem in der Beilage 2 angegebenen Ausmaß festgesetzt.

3. Für die im REGIONALGESETZ vom 16. August 1984, Nr. 3 vorgesehenen Zwecke wird zur Ausgabe in Höhe von 12.959.500 Lire als Mitgliedsbeitrag an die Höhere Anstalt für die Ausbildung des Personals der Regionen und der örtlichen Körperschaften (ISAPREL) für das Jahr 1993 ermächtigt.

4. Für die in den Regionalgesetzen vom 25. November 1982, Nr. 10 und vom 21. August 1986, Nr. 7 vorgesehenen Zwecke wird mit Ablauf der Gebarung 1993 zur Ausgabe in Höhe von 450 Millionen Lire ermächtigt, die im Kapitel 1650 des beigeschlossenen Voranschlages der Ausgaben eingetragen wird.

Der Betrag von 450 Millionen Lire wird zur Hälfte den in der Provinz Trient tätigen und zur Hälfte den in der Provinz Bozen tätigen Vertretungsvereinigungen der Gemeinden (ANCI und UNCEM) zugeteilt.

5. Für die im REGIONALGESETZ vom 24. Mai 1992, Nr. 4 vorgesehenen Zwecke wird der für die Gebarung 1992 im Kapitel 1942 des entsprechenden Voranschlages der Ausgaben bewilligte Betrag in Höhe von 50.000 Millionen Lire zur Hälfte der Autonomen Provinz Bozen und zur Hälfte der Autonomen Provinz Trient zugewiesen.

6. Die am 31. Dezember 1992 aus den Kapiteln 475 und 485 des Voranschlages der Ausgaben für die Gebarung 1992 sich ergebenden Rückstände, welche infolge der Einführung der Kompetenzkapitel 2102 und 2104 für den gleichen Gegenstand aus dem Haushalt 1993 abgeschafft wurden, gehen auf diese letzteren über. Die auf die Kapitel 475 und 485 bereits ausgestellten Zahlungsaufträge gehen zu Lasten der entsprechenden neu eingeführten Kapitel.

7. Die im Voranschlag der Ausgaben vorgesehenen Mehrausgaben von 26.650 Millionen Lire gegenüber den Einnahmen wird im Sinne des Artikels 20 Absatz 4 und 5 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 betreffend Bestimmungen über den Haushalt und das allgemeine Rechnungswesen der Region mit einem entsprechenden Betrag des im Kapitel 670 des Voranschlages der Ausgaben für die Finanzgebarung 1992 eingetragenen Fonds auf Grund der im Artikel 20 des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7 enthaltenen Ermächtigung gedeckt.

Art. 4 Disposizioni diverse

1. Per l'anno finanziario 1993 le somme che si iscrivono in dipendenza di speciali disposizioni legislative, che demandano alla legge di bilancio di fissarne l'importo, sono autorizzate nell'ammontare indicato nell'annesso allegato n. 1.

Per il medesimo esercizio i pagamenti corrispondenti sono determinati nelle autorizzazioni di cassa dei pertinenti capitoli di spesa.

2. Per l'anno finanziario 1993 le somme che si assegnano alle Province Autonome di Trento e di Bolzano in forza di disposizioni legislative che prevedono la delega alle Province medesime dell'esercizio delle funzioni amministrative, sono fissate nell'importo indicato nell'annesso allegato n. 2.

3. Per le finalità previste dalla legge regionale 16 agosto 1984, n. 3 è autorizzata la spesa di lire 12.959.500 quale quota di associazione all'ISAPREL per l'anno 1993.

4. Per le finalità previste delle leggi regionali 25 novembre 1982, n. 10 e 21 agosto 1986, n. 7 è autorizzata, nell'esercizio 1992, la spesa di lire 450 milioni che si iscrive al capitolo n. 1650 dell'annesso stato di previsione della spesa.

L'importo di lire 450 milioni è assegnato per metà alle associazioni rappresentative dei comuni (ANCI und UNCEM) operanti nella Provincia di Trento e per metà a quelle operanti nella provincia di Bolzano.

5. Per le finalità previste dalla legge regionale 24 maggio 1992, n. 4, la somma di lire 50.000 milioni autorizza per l'esercizio 1992 sul capitolo n. 1942 del corrispondente stato di previsione della spesa, è assegnata per metà alla Provincia autonoma di Bolzano e per metà alla Provincia autonoma di Trento.

6. I residui risultanti al 31 dicembre 1992 sui capitoli n. 475 e n. 485 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio 1992, eliminati dal bilancio 1993, in seguito all'istituzione dei capitoli di competenza n. 2102 e n. 2104 aventi lo stesso oggetto, si intendono trasferiti a questi capitoli. I titoli di pagamento già emessi sugli stessi capitoli n. 475 e n. 485 si intendono tratti a carico dei corrispondenti capitoli di nuova istituzione.

7. Al maggior onere di lire 26.650 milioni, previsto nello stato di previsione della spesa rispetto all'entrata, si fa fronte, a sensi dell'articolo 20, commi 4 e 5, della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10 recante norme in materia di bilancio e sulla contabilità generale della Regione, con una corrispondente aliquota del fondo iscritto al capitolo 670 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio 1992, in base alla autorizzazione contenuta nell'articolo 20 della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen sehe ich keine. Dann stimmen wir über den Art. 4 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 11 Gegenstimmen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Art. 4 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno. Allora passiamo alla votazione dell'articolo 4. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

Con 11 voti contrari e la maggioranza di voti favorevoli l'articolo 4 è approvato.

Art. 5 Rücklagen

1. Der im Artikel 17 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 vorgesehene Rücklagenbetrag für Pflicht- und Ordnungsausgaben wird für das Jahr 1993 in Höhe von 2.000.000.000 Lire festgelegt. Für die Wirkungen nach diesem Absatz werden als Pflicht- und Ordnungsabgaben jene Ausgaben betrachtet, die im beigelegten Verzeichnis Nr. 1 angegeben sind.

2. Der Rücklagenbetrag für unvorhergesehene Ausgaben nach Artikel 18 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 wird für das Jahr 1993 in Höhe von 1.500.000.000 Lire festgelegt. Die Ausgaben, für die Befugnis nach diesem Absatz ausgeübt werden kann, sind jene, die im beigelegten Verzeichnis Nr. 2 angegeben sind.

3. Der Betrag der Rücklage zur Deckung allfälliger Fehlbeträge des Kassahaushaltes

gemäß Artikel 19 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 wird für das Jahr 1993 in Höhe von 1.500.000.000 Lire festgelegt.

Art. 5
Fondi di riserva

1. L'importo del fondo di riserva per spese obbligatorie e d'ordine previsto dall'articolo 17 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, è stabilito per l'anno 1993 in lire 2.000.000.000. Per gli effetti di cui al presente comma, sono considerate spese obbligatorie e d'ordine quelle descritte nell'annesso elenco n. 1.

2. L'importo del fondo di riserva per spese impreviste di cui all'articolo 18 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10 è stabilito per l'anno 1993 in lire 1.500.000.000. Le spese per le quali può esercitarsi la facoltà di cui al presente comma, sono quelle descritte nell'annesso elenco n. 2.

3. L'importo del fondo di riserva per sopperire ad eventuali defezienze del bilancio di cassa di cui all'articolo 19 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, è stabilito per l'anno 1993 in lire 1.500.000.000.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen sehe ich keine. Dann stimmen wir über den Art. 5 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 16. Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Damit ist der Art. 5 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno. Allora passiamo alla votazione dell'articolo. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. Contrari? 16. Astenuti?

Con 16 voti contrari e la maggioranza di voti favorevoli l'articolo 5 è approvato.

Art. 6
Zusatzkapitel

1. Mit Dekreten des Präsidenten des Regionalausschusses werden nach Beschuß des Ausschusses eigene Zusatzkapitel für die Einnahmen und für die Ausgaben eingerichtet, die auf Rechnung Rückstände durchzuführen sind und für die im Haushalt nicht die entsprechenden Kapitel vorhanden sind. Mit denselben Dekreten wird die Kassaermächtigung für die in diesem Absatz vorgesehenen Kapitel festgesetzt.

2. Die in diesem Artikel genannten Dekrete werden dem Regionalrat bei der Vorlegung des Gesetzentwurfes über die Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung unterbreitet.

Art. 6
Capitoli aggiunti

1. Con decreti del Presidente della Giunta regionale, previa deliberazione della Giunta medesima, viene provveduto alla istituzione di appositi capitoli aggiunti per le entrate e per le spese da effettuare in conto residui e per le quali non esistono in bilancio i capitoli corrispondenti. Con i medesimi decreti è determinata l'autorizzazione di cassa per i capitoli di cui al presente comma.

2. Dei decreti di cui al presente articolo sarà dato conto al Consiglio regionale in occasione della presentazione del disegno di legge di approvazione del rendiconto generale.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die

Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 17. Wer enthält sich der Stimme? Keine.
Der Art. 6 ist genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno. Allora passiamo alla votazione dell'articolo. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. Contrari? 17. Astenuti?

Con 17 voti contrari e la maggioranza di voti a favore l'articolo 6 è approvato.

Art. 7
Allgemeine zusammenfassende Übersichten

1. Die beigelegten allgemeinen zusammenfassenden Übersichten über den Haushalt der Region für die Finanzgebarung 1993 werden, was die Kompetenz und die Kassa betrifft, genehmigt.

Art. 7
Quadri generali riassuntivi

1. Sono approvati in termini di competenza rispettivamente di cassa, gli allegati quadri generali riassuntivi del bilancio della Regione per l'esercizio finanziario 1993.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 12. Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Bei 12 Gegenstimmen ist der Art. 7 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno. Allora passiamo alla votazione dell'articolo. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. Contrari? 12. Astenuti?

Con 12 voti contrari e la maggioranza di voti a favore l'articolo 7 è approvato.

Art. 8
Mehrjähriger Haushalt

1. Im Sinne des Artikels 2 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 wird der mehrjährige Haushalt der Region für die Dreijahresperiode 1993-1995 in dem diesem Gesetz beigelegten Wortlaut genehmigt.

Art. 8
Bilancio pluriennale

1. A norma dell'articolo 2 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, è approvato il bilancio pluriennale della Regione per il triennio 1993-1995 nel testo allegato alla presente legge.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 16. Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Der Art. 8 ist damit genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno. Allora passiamo alla votazione dell'articolo. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. Contrari? 16. Astenuti?

Con 16 voti contrari e la maggioranza di voti favorevoli l'articolo 8 è approvato.

Art. 9
Inkrafttreten

1. Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Region in Kraft und ist ab 1. Jänner 1993 wirksam.

Art. 9

1. La presente legge entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione ed avrà effetto dal 1º gennaio 1993.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 15. Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Damit ist der Art. 9 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno. Allora passiamo alla votazione dell'articolo. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. Contrari? 15. Astenuti?

Con 15 voti contrari e la maggioranza di voti favorevoli l'articolo 9 è approvato.

PRÄSIDENT: Damit kommen wir zu den Erklärungen der Stimmabgabe.

Das Wort hat der Abg. Andreotti.

PRESIDENTE: Passiamo ora alle dichiarazioni di voto.

Ha chiesto la parola il cons. Andreotti.

ANDREOTTI: Grazie, signor Presidente. In passato il gruppo del P.A.T.T. aveva sempre espresso un voto di astensione sul bilancio, cosa che non potremmo fare questa volta, perché pur avendo lasciato in sospeso il giudizio durante la discussione generale, ci siamo convinti a dare un voto contrario, perché nella sua replica il Presidente, anziché dimostrare di perseguire su quella strada del pentimento che sembrava emergere in alcune dichiarazioni della sua relazione programmatica, lei è un pentito, signor Presidente, e pensavamo che fosse un pentito quando aveva solennemente affermato il principio del tradimento del primo Statuto di autonomia, poi non è riuscito, non ha voluto, soprattutto non ha avuto il coraggio di portare alle estreme conseguenze questa dichiarazione di pentimento quanto ha ritenuto di cavarsela egregiamente e brillantemente attribuendo la colpa di quel tradimento da lei finalmente riconosciuto alla popolazione regionale di lingua italiana. Ma quando mai un popolo ha tradito qualche cosa, il popolo non tradisce mai nulla, signor Presidente, sono i suoi governanti eventualmente che tradiscono il mandato che hanno avuto dal popolo, e dico di più, la Corte costituzionale, oltre ai reggitori dell'autonomia regionale nei primi anni del dopo '48 e degli anni '50 hanno tradito lo Statuto di autonomia, lo ha tradito la Corte costituzionale insieme alla D.C. trentina quando nell'interpretare e nel sentenziare sul famoso art. 14 dello Statuto, la Corte costituzionale è arrivata persino nella sua fantasiosa interpretazione dello Statuto di autonomia a dire che quel "di norma" contenuto nell'art. 14 "La Regione esercita le sue competenze delegandole di norma alle Province di Trento e di Bolzano", quel "di norma" per la Corte costituzionale di fatto voleva dire "eccezionalmente" e non cosuetudinariamente o normalmente. Quindi secondo me le dichiarazioni in replica, signor Presidente, offendono addirittura le sua intelligenza al punto che dubitiamo persino che quelle dichiarazioni siano sue, magari sono di qualche storico un pochino presuntuoso o saccente, forse anche un po' pressappochista, che o non ha studiato a fondo la nostra storia, nonostante le laute prebende che ricava dalla nostra autonomia, oppure questo è uno storico serio e quindi nella sua onestà intellettuale

ha dovuto ammettere e farle ammettere che un tradimento ci fu, e poi ha abbracciato una tesi giustificazionista che finisce per essere un falso storico, anche se questa parola "storico" non piace tanto al collega Montali. Si è anche parlato, lo riconosco, della maggioranza delle forze politiche di lingua italiana, ma anche la maggioranza delle forze politiche di lingua italiana non è la popolazione di lingua italiana della Regione, perché fra questa maggioranza di forze politiche di lingua italiana non poteva e non può assolutamente essere annoverato il P.P.T.T. storico, il P.A.T.T., non possono essere annoverate le forze politiche che si ritengono legittime eredi della battaglia dell'ASAR per un'autonomia integrale da Borghetto al Brennero. I rappresentanti del popolo lo devono anche saper guidare e devono saper applicare le regole, e se tradiscono, come lei ha detto che i rappresentanti del popolo hanno tradito, non possono poi dare la colpa alla popolazione di aver tradito le regole, perché i popoli non tradiscono, semmai fanno la rivoluzione, ma non mi pare che ci siano state rivoluzioni popolari nel Trentino e nel Sudtirolo, quindi avvertiamo - lo dobbiamo sottolineare ancora con forza e non possiamo assolutamente accettarlo come autonomisti trentini - questo tentativo di collettivizzare una colpa ed un tradimento che non è e non può essere stato collettivo, ma che ha ben determinati, ben individuabili e bene individuati responsabili, soprattutto non può essere così quando gran parte della popolazione trentina si era battuta per l'autonomia e ci dispiace che anche i resoconti della stampa e dei giornalisti sulla sua relazione e sul dibattito seguente abbiano totalmente ignorato questo suo passaggio, che è poi addirittura l'apertura della sua relazione, sul tradimento storico della nostra autonomia e del primo Statuto di autonomia, e si siano limitati in qualche maniera, ignorando - ripeto - totalmente il dibattito che c'è stato all'interno di quest'aula e si siano limitati a riportare non tanto le sue dichiarazioni, signor Presidente, ma semplicemente quella parte delle sue dichiarazioni che parlano e definiscono la Regione come una semplice scatola vuota. Ed anche qui ci sarebbe da parlare a lungo su questa affermazione di "Regione-scatola vuota", perché noi se condividiamo con lei il fatto che la Regione non sia, non debba e non possa essere una scatola vuota, non condividiamo invece la sua idea di come questa scatola vada riempita o di come questa scatola sia riempita, la Regione per noi serve solo come scatola all'interno della quale ci devono stare le due Province autonome e quindi la funzione di Regione semmai deve essere soltanto quella di tenere insieme, di collegare, di raccordare la politica autonomista delle due Province autonome di Trento e di Bolzano, perché la Regione deve prendere atto di una sola cosa da parte nostra e soprattutto da parte trentina, che se un domani si può giustificare e potrà esserci una Regione autonoma del Sudtirolo, una Regione autonoma del Trentino non ci potrà mai essere, il Trentino non sarà mai una Regione, dobbiamo essere coscienti di questo, mentre potrebbe esserci la Regione Sudtirolo ed allora le conseguenze saranno che di fronte ad una Regione Sudtirolo che potrà esserci e che avrà tutte le giustificazioni storiche di questo suo essere, la Regione Trentino finirà per non esistere, il Trentino finirà con lo scivolare nel Veneto o nel Lombardo-Veneto o per essere smembrato o per essere aggregato addirittura al Friuli-Venezia Giulia, come propone la Fondazione Agnelli, non come propone Bossi con la sua Italia delle tre Repubbliche, allora se vogliamo veramente salvare anche l'autonomia del Trentino insieme a quella dell'Alto Adige bisogna cambiare questo sistema e questa filosofia di intendere il ruolo della Regione.

Il ruolo della Regione deve essere quello di porsi al servizio delle autonomie delle due Province, non quello di essere sopra l'autonomia delle due Province, dobbiamo rovesciare questi concetti, signor Presidente, ecco perché non possiamo accettare e non possiamo votare non tanto questo bilancio nelle sue cifre, ma non possiamo votare ed accettare l'impostazione ed il taglio politico che lei ha voluto dare alla sua relazione programmatica ed al bilancio e non possiamo accettare soprattutto la replica e le conclusioni che lei ne ha tratto, per cui il nostro voto sarà decisamente contrario. Grazie.

PRÄSIDENT: Bevor ich dem Abg. Rella das Wort erteile, möchte ich etwas mitteilen. Erstens brauchen wir am Nachmittag die Beschußfähigkeit. Ihr wißt, daß der Haushalt der Region mit absoluter Mehrheit jeder Provinz genehmigt werden muß oder sollte. Ich bitte die Fraktionsvorsitzenden oder deren Stellvertreter der Parteien, vor allem der großen, dafür zu sorgen, daß am Nachmittag die Abgeordneten

hier sind.

Zweitens müssen wir auch den Haushalt des Regionalrates machen. Ich sage Euch ganz klar, daß wenn wir da die Beschußfähigkeit nicht haben, dann können wir die Gehälter nicht bezahlen, aber wir können auch die Gehälter für die Abgeordneten nicht bezahlen. Somit dies als Warnung dazu. Ich hoffe, daß wir dann vielleicht am späten Nachmittag abschließen können.

Zweite Mitteilung: Um 14.30 Uhr möchte ich das Fraktionsführerkollegium mit dem Präsidium zusammenrufen, um endlich diese offene Frage um das Reglement zu bereinigen. Wir arbeiten also jetzt bis 13.00 Uhr, um 14.30 Uhr haben wir Fraktionssprechersitzung mit dem Präsidium und dann um 15.00 Uhr wie geplant ist Regionalrat bis zum Abschluß. Wenn die Beschußunfähigkeit fehlt, muß ich den Regionalrat am Heiligen Abend einberufen, weil vorher ist Landtag in Bozen und in Trient und somit bleibt nur mehr der Heilige Abend.

Mit diesem Appell gebe ich das Wort weiter an den Abg. Rella.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola al cons. Rella, desidero fare una comunicazione. Voi sapete che il bilancio della Regione dev'essere approvato con la maggioranza assoluta di ognuna delle due Province. Invito pertanto i capigruppo o i rappresentanti dei partiti, soprattutto quelli della maggioranza, a provvedere affinché nel pomeriggio sia garantita la presenza dei consiglieri in aula.

In secondo luogo dobbiamo anche approvare il bilancio del Consiglio regionale. Vorrei dire a chiare lettere che se non ci dovesse essere il numero legale, non saremmo in grado di pagare gli stipendi al personale e nemmeno le indennità consiliari. Lo dico come avvertimento. Spero che nel tardo pomeriggio riusciremo a concludere i lavori.

Seconda comunicazione: alle 14.30 convocherò il collegio dei capigruppo insieme alla presidenza, per chiarire le questioni ancora aperte inerenti al Regolamento. Lavoreremo dunque sino alle ore 13.00; poi alle 14.30 si riuniranno i capigruppo con la Presidenza e alle 15.00 proseguiremo, come programmato, con i lavori del Consiglio regionale. Se mancherà il numero legale, dovrò convocare il Consiglio regionale la vigilia di Natale, in quanto prima ci sono le sedute del consiglio provinciale di Trento e di Bolzano. L'unico giorno libero sarebbe la vigilia di Natale.

Con questo appello do ora la parola al cons. Rella.

RELLA: Grazie, signor Presidente. Lei così avrà tempo di sentire eventuali proposte dei colleghi, che stanno lanciando delle modifiche al programma dei lavori, vedrà lei.

Non intendo ripetere quanto già detto in osservazione generale sul bilancio, perché non mi pare di trarre dalle repliche e dal dibattito una visione diversa delle cose.

Ho chiesto di svolgere la dichiarazione di voto, signor Presidente, per sottolineare un solo aspetto, prendo atto della sua dichiarazione di riconoscimento di taluni difetti comportamentali e le faccio presente che il dovere di partecipazione all'accertamento fiscale non deriva dall'ultima norma di attuazione, ma dal secondo Statuto di autonomia, quindi questa funzione è inattuata dal 1972 e questo è il vizio dell'irresponsabilità delle autonomie speciali che esercitano il potere di spesa e non hanno il dovere di esazione e quindi diventa secondo me - mi permetta - censurabile la sua dichiarazione di rinvio alla prossima legislatura e chi ci sarà provvederà, lei capisce che questa è una dichiarazione di resa di non lieve portata.

Intendevo fare un'altra osservazione e sarò brevissimo: è stato respinto l'emendamento presentato al capitolo 90 per ridurre le spese di immagine e quella convenzione con una rete televisiva per la trasmissione in inglese dei servizi della BBC...

(*Interruzione*)

RELLA: Signor Presidente, è stata fatta una proposta di riduzione delle disponibilità di spesa per questi

settori, la maggioranza, per la verità non compatta, la maggioranza D.C. e S.V.P., anch'essa non compatta, ha opposto muro. Vede, non credo che sia auspicabile che succeda a Trento o a Bolzano e dunque in Regione che solo la magistratura può mettere rimedio ad impostazioni censurate in modo severo; lei mi dirà che forse queste parole non dovrebbero essere in bocca di un consigliere, io auspico - ripeto - che si trovi la strada per correggere le degenerazioni dell'amministrazione pubblica senza bisogno della magistratura, restituendo una funzione incisiva al Consiglio regionale e alle sue proposte, se però opponete muro diventa fatale, l'abbiamo detto anche a Trento, è grave che si debba sperare nell'intervento della magistratura per correggere le storture e che qualunque cosa dicano le minoranze in Consiglio non si raggiunge un risultato, non c'è rimedio. Ve lo cercate.

Quindi la considerazione, credo detta con tono prudente e contenuto, è molto preoccupata ed altrettanto severa, signor Presidente.

Voteremo contro il bilancio della Regione per tutte le ragioni che abbiamo sostenuto in discussione generale, che non intendo ripetere per brevità.

PRÄSIDENT: Das Wort hat jetzt der Abg. Leveghi. Ich wollte nur etwas zur Bemerkung sagen, daß wir weiterarbeiten sollten. Es sind ja nicht einmal die Mehrheiten da und die Abgeordneten, die jetzt nicht hier sind, wüssten nicht, daß wir nicht weiterarbeiten. Also geht das nicht.

Bitte, Abg. Leveghi.

PRESIDENTE: La parola ora al cons. Leveghi. Ancora un'osservazione sul fatto che dovremmo proseguire i lavori. La maggioranza ora non è presente e i consiglieri che non sono presenti, non saprebbero che non proseguiamo. Quindi non si può fare.

Prego, cons. Leveghi.

LEVEGHI: Grazie. Desidero fare una breve dichiarazione, signor Presidente, non essendo intervenuto in discussione generale, per motivare il voto negativo al bilancio da lei presentato.

Lo scorso anno, nella sua relazione, lei ha posto all'aula il dubbio se la Regione andava mantenuta o meno, devo dire che poi si è precipitato a recuperare una risposta positiva, soprattutto a fronte dell'intervento del capogruppo del S.V.P. che le confermava a piene mani la volontà di disfarsi della Regione.

Quest'anno non ripercorre la stessa strada, nel predisporre la relazione al bilancio fa una serie di riflessioni di carattere storico su come è maturata questa autonomia e tutto sommato dice: "guardate, qui con il contributo consapevole o meno delle due Province, abbiamo tradito lo spirito autonomistico" e quasi quasi sognerebbe un ritorno allo Statuto precedente al 1972 e nel suo intervento si dilunga sui tre livelli di intervento e di azione sui quali potrebbe svolgersi l'azione politica per un rilancio del ruolo regionale.

Comprendo, Presidente, che lei ha fatto un'esercitazione accademica, essendo - come sono convinto - ostaggio di una situazione politica che non ha alternativa e quindi trovandosi in qualche modo ingessato rispetto alle poche competenze, ma che ci sono, della Regione, e quindi trovando ingessata l'azione politica della Regione rispetto a quelle competenze, le ricordo quella ordinamentale, perché abbiamo visto il tempo che ci abbiamo messo per la riforma dei Comuni e non sappiamo quanto ce ne vorrà per modificare ora la riforma per l'elezione diretta del sindaco, sulla riforma elettorale, lei che non è un velleitario, ma un disincantato amministratore di questa Regione, sa perfettamente che quella riforma elettorale non vedrà la luce in quest'aula, stante i condizionamenti politici all'interno della maggioranza che lei presiede e quindi di fronte a questa considerazione lei ha pensato: "mi ingessano politicamente, ma non mi possono imporre il silenzio, quindi faccio le mie riflessioni ad alta voce".

Va benissimo, signor Presidente, però non riusciamo a spostare nulla, cioè rispetto alle competenze che ha la Regione ed alla non volontà del S.V.P. in particolare di fare attuare completamente

queste competenze, lei si trova nell'impossibilità di scegliere diversamente e quindi ci pone queste valutazioni, che risultano puramente accademiche, sognando l'Euregio alpina, ma in realtà è come dire: "cerchiamo di fare politica estera, visto che siamo incapaci di asfaltare le strade di casa", però la politica estera non è competenza nostra, mentre asfaltare le strade di casa forse sì.

Quindi questi sono i motivi per cui noi a questo bilancio confermiamo il voto negativo che abbiamo dato anche gli altri anni, e devo dire anche che esprimo il voto negativo dei colleghi Betta e Caffonara; a me, signor Presidente, non mi rimane che augurarle buon Natale, perché mi pare che dagli altri punti di vista qui non caverà un ragno dal buco.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abg. Tribus.

PRESIDENTE: La parola al cons. Tribus.

TRIBUS: Sarò brevissimo. Herr Präsident, oltre al buon Natale possiamo anche comunicare che votiamo contro...

(Interruzione)

TRIBUS: ...C'è una parte buona ed una meno buona.

La discussione è molto interessante per certi versi, però ha infine confermato la nostra analisi iniziale, piaccia o non piaccia, nessuno l'ha letta perché non era scritta da nessuna parte, però trovo conferma oggi dal giornale che dice: "S.V.P. contro Andreolli, no alla valutazione della Regione, la storia andrebbe indietro" per cui tutto questo grande discutere molto interessante che mi sembrava riuscisse a raccogliere anche qualche punto unificante per il futuro della Regione e delle due Province, poi c'è come sempre quando si arriva al finale la doccia fredda, un cortese, ma deciso, "no, grazie" da una parte importante, cioè, per ritornare alla casa reale, lei è il Principe Carlo, però Diana scappa perché fa la bizzosa. Questa è la realtà e questo mi dispiace per lei, ma credo che tutti i segnali che sono arrivati da quest'aula e anche il dibattito che si farà in futuro dopo l'approvazione di questa mozione, credo che riescano a portare elementi sufficientemente validi per confermare il nostro ruolo, non solo qui, ma anche verso il resto della Repubblica. Non si scoraggi troppo se Diana fa la bizzosa, ma se abbiamo sufficienti ragioni per riempire la scatola, il suo Natale non sarà così triste.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Tribus.

Der nächste Redner ist der Abg. Benedikter. Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Tribus.

Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Benedikter. Prego, ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Ich möchte die 10 Minuten beanspruchen, aber um 13.00 Uhr Schluß machen.

(*Vorrei utilizzare i 10 minuti a mia disposizione, ma terminare alle ore 13.00*)

PRÄSIDENT: Dann machen wir jetzt Schluß und beginnen wieder um 14.30 Uhr. Ich bitte die Fraktionsvorsitzenden und die Mitglieder des Präsidiums um 14.30 Uhr hier im Repräsentationssaal zusammenzukommen, um diese Reglementgeschichte zu bereinigen. ...Abg. Sfondrini, der Abg. Duca hat hier geschrieben, daß er Sie dafür delegiert und somit bitte ich Sie auch zu kommen.

Ich wünsche allen einen guten Appetit und bitte nochmals um die Präsenz der Mehrheitsparteien am Nachmittag.

Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: Allora ora terminiamo e proseguiamo alle ore 14.30. Invito i capigruppo e i membri della Presidenza alla seduta che si terrà alle 14.30 nella sala di rappresentanza per esaminare le questioni relative al Regolamento. ...Cons. Sfondrini, il cons. Duca in una nota scritta La delega a sostituirlo e quindi La pregherei di venire.

Auguro a tutti buon appetito e chiedo nuovamente la presenza di tutti i partiti di maggioranza nel pomeriggio.

La seduta è tolta.

(ore 12.57)

(ore 15.24)

Vorsitz des Präsidenten Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Si proceda all'appello nominale.

BENUSSI: (Segretario):(fa l'appello nominale)
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Wir setzen die Stimmabgabeklärungen fort und zwar hat der Abg. Benedikter das Wort.

PRESIDENTE: Proseguiamo con le dichiarazioni di voto. La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich erkläre, daß wir gegen diesen Haushalt stimmen...

(Io dichiaro che voterò contro questo bilancio...)

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: Ich bitte um ein bißchen Aufmerksamkeit und wer sprechen möchte, möge bitte hinausgehen, weil sonst hört man hier nichts.

PRESIDENTE: Per favore, un attimo di attenzione. Chi vuole parlare, vada fuori, altrimenti non si riesce a sentire niente.

(Unterbrechung - interruzione)

BENEDIKTER: Also ich erkläre, daß wir gegen diesen Haushalt stimmen und zwar nicht so sehr wegen des Inhaltes als solches, sondern aus den politischen Gründen, die man aus dem Begleitbericht zum Haushaltvoranschlag entnehmen kann und ganz besonders aus den Erklärungen des Präsidenten, die er

vorgestern abgegeben hat. Er hat erinnert, daß seinerzeit Odorizzi Schuld war, wenn es zum "Los von Trient" gekommen ist. Das stimmt. Ich habe mich ja für die Durchführung des damaligen Autonomiestatutes im Sinne der Delegierungen an die Provinzen eingesetzt und Odorizzi hat sich widersetzt. Aber hier wird Odorizzi fortgesetzt, indem sich die Region Zuständigkeiten u.a. mit Zustimmung der Südtiroler Volkspartei, der Mehrheit des Landtages von Südtirol, also Zuständigkeiten der Provinzen aneignet, siehe Gemeindefinanz, siehe Ortspolizei und soziale Fürsorge. Damit wird die Odorizzi-Politik fortgesetzt.

Dann steht drinnen, daß das alte Autonomiestatut den Pariser Vertrag erfüllt. Das ist ja immer der Standpunkt Italiens gewesen, der dem sogenannten Galassi-Brief entspricht, also dem Brief, den Ammon, Guggenberg und Raffeiner Ende 1948 unterschrieben haben, daß das alte Autonomiestatut den Pariser Vertrag zur Gänze erfüllt. Einen Standpunkt, den Italien immer eingenommen hat und daß das, was nachher mit dem sogenannten Paket dazugekommen ist eine interne italienische Angelegenheit ist. Standpunkt, den Österreich immer bekämpft hat und den Österreich aber in der Streitbeilegungserklärung dreimal bekräftigt hat, daß das Paket mit dem Pariser Vertrag nichts zu tun hat, daß damit der Pariser Vertrag durch das alte Autonomiestatut erfüllt ist und daß alle Differenzen hinsichtlich der Auslegung des Pariser Vertrages restlos bereinigt seien. Der Präsident sagt hier also, die Erfüllung des Pariser Vertrages war schon im alten Autonomiestatut enthalten und folgt damit dem Standpunkt Odorizzis.

Dann ist noch eine schwerwiegende Aussage enthalten, wo er sagt: "La strada dell'UNO oggi si impone a riflessione totale su due livelli: uno riguarda l'Italia, l'altro l'Europa, uno riguarda la strada dell'autonomismo separatista, il secessionismo mascherato da federalismo...." Aber, Herr Präsident, ich glaube, wenn Sie allein und ehrlich Ihre Meinung sagen könnten, würden Sie das nicht sagen; aber da spielt die Politik doch eine entscheidende Rolle, weil man nämlich sagt: Wer den Bundesstaat will, der ist ein Separatist, ein "separatismo mascherato da federalismo". Der Regionalrat hat hier einen Beschlusšantrag der DC und SVP für den Bundesstaat Italien genehmigt und jetzt erklärt Präsident Andreolli den "federalismo" zum "secessionismo". Soweit sind wir gekommen. Wir wissen ja, in Rom hat die Zweikammer-Kommission gegen den Bundesstaat Italien gestimmt, wobei die Südtiroler Volkspartei nicht dagegen war. Riz hat nicht dagegen gestimmt, daß es keinen Bundesstaat geben darf und dagegen haben die Aostaner und andere gestimmt. Aber ein Riz hat nicht dagegen gestimmt, trotz dem wir hier diesen wunderbaren Beschlusšantrag, den ihr genehmigt hat, Bundesstaat Italien. Also es darf keinen Bundesstaat geben, geschweige denn die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes.

Noch neuerdings die Rechtfertigung: Ja, es stimmt, die Art. 94 und 96 des Autonomiestatutes sind abgeschafft, was die Friedensrichter betrifft, aber wir sind mit der Neuregelung was den Schlichtungsrichter betrifft, einverstanden. Wir sind mit der Einführung des Friedensrichters durch Staatsgesetz bzw. durch Durchführungsbestimmungen einverstanden. Ja und die Abschaffung zweier oder dreier Artikel des Autonomiestatutes ohne Verfassungsgesetz? Das ist nicht so schlimm, daß Artikel des Verfassungsgesetzes mit gewöhnlichem Staatsgesetz und Durchführungsbestimmungen abgeschafft werden können.

Schließlich und endlich die unmögliche Behauptung, daß durch einen Satz der Durchführungsbestimmungen die internationale Verankerung des Paketes gegeben sei. Glauben Sie das wirklich? Durch die Durchführungsbestimmungen, welche das Autonomiestatut in Zusammenhang mit dem Pariser Vertrag in Verbindung setzen, sei die Verankerung gegeben. Sie sagen es da, obwohl der italienische Verfassungsgerichtshof sich damit befaßt und das habe ich veranlaßt, wo man gesagt hat, da werden ja Rechte des Autonomiestatutes abgeschafft, siehe Art. 10 usw., die eigenständige Energieversorgung. Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Urteil gesagt, der Pariser Vertrag ist mit gewöhnlichem Staatsgesetz in Kraft gesetzt worden, also hat nicht verfassungsrechtliche Wirkung. Er ist ein gutes Auslegungsinstrument, aber er bewirkt keine Änderung der Verfassung, außer er wird morgen zum Verfassungsgesetz erhoben. Also damit kann die Koordinierungsbefugnis nicht abgeschafft werden und auch sonst, was immer mit Staatsgesetze am Autonomiestatut abgeschafft worden ist - und da gibt es

eine Reihe - und der Verfassungsgerichtshof hat sie im Sinne der Koordinierungsbefugnis bekräftigt. Sie selber haben gesagt, die Durchführungsbestimmungen sind gewöhnliche Staatsgesetze und der Verfassungsgerichtshof hat gesagt, die Gesetze womit Rechte der Autonomie abgeschafft worden sind, aufgrund der Koordinierungsbefugnis, schaffen auch Durchführungsbestimmungen ab. Das hat er in aller Form gesagt, weil Durchführungsbestimmungen sind ja abgeschafft worden. Das ist also eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, Volksbetrug.

Deswegen, Herr Präsident, wenn Sie selber ehrlich Ihre Meinung sagen könnten, hätten Sie das nicht gesagt, aber leider Gottes spielt da die hohe Politik trotzdem eine Rolle, so wie sie auch damals unter Odorizzi die Rolle gespielt hat. Danke!

(Vorrei dichiarare che voteremo contro questo bilancio, e non tanto per motivi di merito, quanto piuttosto per motivi politici, quali risultano dalla relazione accompagnatoria al bilancio di previsione ed in particolar modo dalle dichiarazioni dell'altro giorno del Presidente. Egli ha ricordato che a suo tempo fu colpa del Presidente Odorizzi, se si arrivò al "Los von Trient". E'vero. Io allora mi battei perché fosse attuato ciò che prevedeva lo Statuto di autonomia di allora in ordine alla delega alle Province. Il Presidente Odorizzi si oppose. Ma qui si riprende la politica di Odorizzi, in quanto la Regione con il consenso della Südtiroler Volkspartei e della maggioranza del Consiglio provinciale dell'Alto Adige, si appropria di competenze provinciali, come per esempio delle finanze locali, della polizia municipale e dell'assistenza sociale. In questo modo viene perpetuata la politica di Odorizzi.

Poi c'è scritto che il vecchio Statuto di autonomia adempie all'Accordo di Parigi. Ma questa è da sempre stata la posizione dell'Italia, che corrisponde alla cosiddetta lettera Galassi, ovvero quella lettera che Ammon, Guggenberg e Raffeiner firmarono alla fine del 1948 e nella quale si specificava che il vecchio Statuto di autonomia adempiva all'Accordo di Parigi. Una posizione che l'Italia ha da sempre sostenuto, aggiungendo che ciò che veniva dopo, il cosiddetto Pacchetto, era una questione interna allo Stato italiano. Una posizione che l'Austria ha sempre combattuto, anche se ora per ben tre volte nella quietanza liberatoria afferma che all'Accordo di Parigi si è adempiuto con il vecchio Statuto di autonomia e che tutte le controversie in merito all'interpretazione dello stesso Accordo ormai sono superate. Il Presidente qui dice appunto che l'adempimento dell'Accordo di Parigi è già avvenuto con il vecchio Statuto di autonomia e ripercorre in questo modo l'orientamento di Odorizzi.

Poi è stata fatta un'altra grave affermazione: "La strada dell'ONU oggi si impone a riflessione totale su due livelli: uno riguarda l'Italia, l'altro l'Europa, uno riguarda la strada dell'autonomismo separatista, il secessionismo mascherato da federalismo....". Ma signor Presidente, se Lei potesse dire sinceramente la verità, non parlerebbe così. Invece la politica Le impone di dire: chi vuole uno stato federale, è un separatista, persegue una linea di speranzismo mascherato da federalismo. Il Consiglio regionale tempo fa approvò in quest'aula una mozione della DC e della Südtiroler Volkspartei che chiedeva la trasformazione dello Stato italiano in uno stato federale e adesso il Presidente Andreolli dichiara che il federalismo non è altro che secessionismo. A questo punto siamo arrivati! Noi sappiamo che a Roma la Bicamerale ha votato contro lo stato federale, e la Südtiroler Volkspartei in quella sede non si è opposta. Il sen. Riz non votò contro una tale decisione, solo gli aostani ed altri lo fecero. Ma il sen. Riz non votò contro, malgrado questa nostra mozione che fu qui approvata a favore di uno stato federale. Non potrà dunque esserci stato federale, e tantomeno l'esercizio del diritto all'autodeterminazione.

E poi la giustificazione: è vero gli artt. 94 e 96 dello Statuto di autonomia sui giudici conciliatori sono stati abrogati, ma noi siamo d'accordo con la nuova regolamentazione sui giudici di pace. Siamo d'accordo con l'introduzione della figura del giudice di pace con legge statale, e più precisamente con norme di attuazione. Ma come è possibile l'abrogazione di due o tre articoli dello Statuto di autonomia con semplice legge ordinaria! Evidentemente non è poi tanto grave se articoli di una legge costituzionale possono essere abrogati con semplice legge ordinaria e con norme di attuazione.

Infine l'assurda dichiarazione che attraverso una frase contenuta nelle norme di

attuazione è garantito l'ancoraggio internazionale. Ma lo crede veramente? Attraverso le norme di attuazione che mettono lo Statuto di autonomia in collegamento con l'Accordo di Parigi, sarebbe costituito l'ancoraggio internazionale. Lei dice questo, sebbene la Corte costituzionale italiana abbia esaminato la questione, su mia richiesta, ed abbia affermato che vengono soppressi diritti dello Statuto di autonomia, vedi art. 10 e altri, per esempio sull'approvvigionamento autonomo di energia elettrica. La Corte costituzionale nella sua sentenza ha specificato che l'Accordo di Parigi è entrato in vigore con legge ordinaria, e quindi non ha rango costituzionale. Sarebbe solo un efficace strumento di interpretazione, ma non comporterebbe una modifica della Costituzione, a meno che non venga un giorno elevato a rango costituzionale. Con esso non si potrebbe dunque abolire il potere di indirizzo e coordinamento o ripristinare ciò che è stato tolto allo Statuto di autonomia attraverso leggi dello stato - ed esempi ce ne sono molti -. E la Corte costituzionale ha convalidato queste leggi alla luce del potere di indirizzo e coordinamento. Lei stesso ha detto che le norme di attuazione sono semplici leggi ordinarie dello stato. E la Corte costituzionale ha detto che le leggi, con le quali sono stati aboliti, attraverso il potere di indirizzo e coordinamento, diritti insiti nello Statuto di autonomia, aboliscono di fatto le norme di attuazione. Questo è quanto ha affermato formalmente la Corte costituzionale in merito all'abrogazione di norme di attuazione. E questo non è altro che un inganno.

Per questo, signor Presidente, se Lei potesse esprimere apertamente la Sua opinione, Lei non avrebbe fatto queste affermazioni, ma purtroppo in questo caso l'alta politica impone delle scelte che sono le stesse che furono sostenute durante la Presidenza Odorizzi.)

PRÄSIDENT: Das Wort hat jetzt zur Stimmabgabeerklärung der Abg. Kaserer.

PRESIDENTE: La parola ora al cons. Kaserer, per la dichiarazione di voto.

KASERER: Bevor ich mit meiner Stimmabgabe beginne, möchte ich dem Regionalrat für die Annahme der Tagesordnung danken, die ich eingebracht habe.

Ich habe in den gestrigen Darlegungen am Vormittag ganz klar einige Dinge zum Bericht des Präsidenten des Regionalausschusses gesagt und damit die Haltung der SVP zu dieser Region klar zum Ausdruck gebracht. An unserer Haltung und an unserer Skepsis gegenüber der Region hat sich kaum etwas geändert. Wir sind nach wie vor dafür, daß die Kompetenzen von der Region auf die Provinzen übertragen werden. Gleichzeitig sind wir ganz klar gegen eine Aushöhlung der Kompetenzen der Länder, der einzelnen Provinzen. Die Kompetenzen der Länder dürfen nicht beschnitten werden, weder durch die Region noch durch den Staat. Beide Länder, beide Provinzen haben ein gemeinsames Interesse, daß es dazu nicht kommt. Diesbezüglich sollten wir in Zukunft mehr an einem Strick ziehen, uns noch mehr gemeinsam gegen den staatlichen Zentralismus wenden, als es bisher vielleicht manchmal der Fall war oder zumindest hat man den Eindruck gehabt.

Wir werden deshalb - was den Staat und die Region betrifft - weiterhin wachsam bleiben und sein. Wenn der Kollege Benedikter mit der alten Geschichte anfängt, so glaube ich, nützt es heute wenig mehr, einen "Perassi-Brief" herauszuziehen. Das gehört der Geschichte an, und die Geschichte hat den Perassi-Brief bestraft, weil sich trotz Perassi-Brief die Kompetenzen der Länder unseres Landes geändert haben. Dieser Brief war lange Zeit tatsächlich ein Hemmschuh für Verhandlungen zu neuen Kompetenzen für das Land Südtirol. Geändert aber hat sich sehr viel.

Ein bißchen nicht geärgert, aber verwundert hat mich, daß der Präsident auf die politischen Äußerungen nicht eingegangen ist, auf die Widersprüche was Sie bezüglich Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis, internationaler Verankerung und Freundschaftsvertrag gesagt haben und ich nicht Ihre Meinung geteilt habe. Ich möchte zur Verankerung eines sagen, Herr Präsident: Wir müssen dazu beitragen, daß die Internationalität, von der wir immer überzeugt waren, denn der Pariser Vertrag ist genug Beweis dafür, daß die Südtirolfrage eine internationale Frage ist. Beispielsweise die Behandlung vor

der UNO und damit das Paket, das ist eine indirekte internationale Verankerung. Es wäre zu keinen weiteren Zugeständnissen seitens Italien gekommen, wenn es nicht die UNO gegeben hätte. Die Zustimmung des Österreichischen Nationalrates und die Zustimmung des italienischen Parlamentes sind weitere Beweise. Auch der erfolgte Austausch des Paketes zwischen Rom und Wien festigt, was alles in diesem Paket drinnen ist. Wir sind uns aber alle bewußt, daß dieses Paket in seiner Gesamtheit bis heute noch nicht voll erfüllt ist. Es ist manches noch auf dem Papier und nicht in die Tat umgesetzt worden. Das wollen wir auch gegenwärtig festhalten.

Ich bin der Meinung, daß wir alle darauf hinarbeiten sollten, daß wir mehr Unabhängigkeit von Rom erhalten und daß auch die Internationalität erhalten bleibt. Da hätte ich mir eigentlich von seiten des Präsidenten des Regionalausschusses etwas mehr erwartet. Denn - und jetzt können wir auch einmal die Sachen sagen, wie sie sind -, ohne den Pariser Vertrag, ohne Paket und jetzt sage ich noch mehr: ohne Südtirol hätte das Trentino diese Autonomie nicht. Betrachten wir auch alles unter diesem Aspekt.... Nein, Kollege Negherbon, das Degasperi-Gruber-Abkommen spricht ganz klar von autonomen Rechten für die deutschsprachige Bevölkerung des Landes. Dabei ist nicht auch das Trentino mit inbegriffen ist! Einige Teile ja, aber nicht das gesamte Trentino. Wenn wir alles unter diesem Aspekt sehen, müßten eigentlich gerade die Trentiner noch mehr Interesse haben, daß alles noch mehr internationalisiert wird und auch entsprechend international noch mehr verankert wird. Ich habe immer wieder vermißt, daß auch von seiten der anderen Parteien unsere Forderung diesbezüglich unterstützt worden wäre. Nein, diesbezüglich war kaum etwas da und da nützen andere Lippenbekenntnisse gar nichts. Es kommt auf das darauf an, was man sagt, wenn es notwendig ist.

Je mehr wir uns alle mit der Autonomie, ganz gleich, ob wir damit Trient oder Bozen meinen, je mehr wir uns mit der Autonomie identifizieren, desto stärker werden wir sein und desto mehr werden wir uns von Rom unabhängig machen. Das muß ein Ziel von uns allen sein.

Zum Schluß: Wir werden für diesen Haushalt stimmen, obwohl einige unserer Kollegen zum einen oder anderen Punkt auch Bedenken haben, ob er in dieser Form gut ist. Ich habe gestern am Nachmittag verschiedene Probleme aufgeworfen. In der Replik des Präsidenten wurde leider nicht darauf eingegangen: z.B. Personal und Familienpaket. Ich habe über diese Dinge nichts gemerkt, daß ein Wort darüber verloren wurde. Das - glaube ich - ist nicht ein guter Stil! Obwohl ich gestern die Form des Berichtes, wie er gestaltet worden ist, wohltuend anders als früher empfunden habe, daß auch zu verschiedenen konkreten Sachen klar gesprochen worden ist, finde ich es nicht gut, wenn auf die einzelnen Debattenpunkte nicht eingegangen wurde.

Trotzdem werden wir für diesen Haushalt stimmen.

(Prima di intervenire in dichiarazione di voto, desidero ringraziare il Consiglio regionale per l'approvazione dell'ordine del giorno da me presentato.

Nel mio intervento di ieri mattina ho preso posizione su alcune affermazioni del Presidente della Giunta regionale, illustrando a tale proposito la posizione della Südtiroler Volkspartei. Nulla o quasi è cambiato nella nostra posizione o scetticismo nei confronti della Regione. Noi, ora come allora, siamo favorevoli che le competenze della Regione vengano trasferite alle Province. Contestualmente siamo chiaramente contrari allo svuotamento delle competenze provinciali. Le competenze provinciali non devono essere amputate da parte della Regione o dello Stato. Ambedue le Province hanno interesse che non si arrivi a questo. In futuro dovremo maggiormente - rispetto al passato - impegnarci in questo senso, lottando insieme contro il centralismo statale.

Saremo dunque sempre vigili ed attenti nei confronti dello Stato e della Regione. E credo che non serva a nulla che Benedikter ci porti qui le solite vecchie storie, come la lettera Perassi. È un fatto che ormai appartiene alla storia e la storia ha dato torto alla lettera Perassi, in quanto contrariamente a questa lettera le competenze delle nostre Province sono cambiate. Quella lettera effettivamente ha costituito per molto tempo un ostacolo alle trattative a favore di maggiori competenze alla Provincia di

Bolzano. Ma le cose sono cambiate.

Mi sono un po' stupito, ma non arrabbiato, nel vedere che il Presidente non ha approfondito le dichiarazioni politiche in merito alle contraddizioni relative al potere di indirizzo e coordinamento, all'ancoraggio internazionale e all'accordo di amicizia e alla mia posizione di disaccordo. In merito all'ancoraggio, vorrei aggiungere una cosa, signor Presidente: noi dobbiamo contribuire a far riconoscere l'internazionalità della nostra autonomia, in quanto l'Accordo di Parigi è una prova sufficiente che la questione sudtirolese è una questione di diritto internazionale. Facendo, per esempio, riferimento all'esame da parte dell'ONU e al Pacchetto, con il suo indiretto ancoraggio internazionale. Non si sarebbe arrivati ad ulteriori concessioni da parte dell'Italia, se non ci fosse stata l'ONU. L'approvazione da parte del Nationalrat austriaco e da parte del Parlamento italiano sono un ulteriore prova. Anche l'avvenuto scambio del Pacchetto tra Roma e Vienna convalida tutto ciò che il Pacchetto contiene. Noi tutti siamo però consapevoli che questo Pacchetto non è stato attuato completamente. Alcune cose sono rimaste sulla carta e non sono state tradotte in pratica. E questo lo vogliamo ribadire con l'occasione.

Sono dell'avviso che noi tutti dovremmo cercare di ottenere più indipendenza nei confronti di Roma e preservare l'internazionalità. In questo senso mi sarei aspettato dichiarazioni più esplicite da parte del Presidente della Giunta regionale. Ora possiamo infatti dire come stanno le cose: senza l'Accordo di Parigi e più precisamente, senza l'Alto Adige non ci sarebbe stata autonomia per il Trentino. Consideriamo anche questo aspetto... No, collega Negherbon, l'accordo Degasperi-Gruber parla chiaramente di diritti autonomi per le popolazioni di lingua tedesca. E non vi è compreso il Trentino! Alcune parti, sì; ma non tutto il Trentino. Se consideriamo la questione sotto questo profilo, proprio i trentini dovrebbero avere tutto l'interesse che la questione venga internazionalizzata e che ci sia un sicuro ancoraggio internazionale. Ho sempre lamentato il fatto che da parte degli altri partiti non venissero sostenute le nostre rivendicazioni in questo senso. No, non ci si è mai dichiarati apertamente a favore; dichiarazioni di altro tipo non servono. Alla fine quelle che contano sono le cose che si dicono al momento giusto.

Quanto più ci identificheremo con questa autonomia - che sia quella di Trento o Bolzano, non importa -, tanto più riusciremo a renderci indipendenti da Roma. Questo dev'essere il nostro obiettivo prioritario.

In conclusione: noi voteremo a favore di questo bilancio, sebbene alcuni nostri colleghi abbiano espresso quà o là qualche piccola perplessità sul merito e sulla forma. Ieri pomeriggio ho sollevato alcuni problemi. Nella replica del Presidente non mi sono state date risposte esaurienti: per esempio sul personale e sul Pacchetto Famiglia. Mi sembra che non sia stata detta una parola su questi argomenti. Questo non mi sembra essere un corretto stile politico. Sebbene io ieri abbia rilevato una migliore impostazione della relazione, rispetto agli anni precedenti, in quanto sono stati affrontati anche chiaramente certi problemi concreti, non trovo corretto che non sia stata data risposta ad alcuni punti della discussione.

Malgrado ciò, voterò a favore di questo bilancio.)

PRÄSIDENT: Als Nächster hat der Abg. Taverna das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Taverna. Prego, ne ha facoltà.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, il dibattito su questo bilancio 1993 ha messo in evidenza alcune questioni che non possono passare sotto silenzio e che in questa dichiarazione di voto assumono sinteticamente la posizione del M.S.I.-D.N..

Nel corso del dibattito abbiamo cercato di mettere in evidenza tutte le contraddizioni di natura politica che sono intrinseche a questa maggioranza e all'operato della Giunta, contraddizioni che, mi

sia consentito ripetere anche in questa occasione, fanno assumere al Presidente della Giunta un ruolo di Presidente dimezzato, sotto tutela e non a caso oggi "il Mattino" intitola in questo modo l'andamento del dibattito: "Il S.V.P. contro Andreolli" ed addirittura si fa cenno ad un duro comunicato emesso dalla direzione del partito; nel corso di questo comunicato il S.V.P. evidenzia come la relazione del Presidente sia stata fatta esclusivamente a titolo personale e le assicuro, signor Presidente della Giunta, che se mi trovasse al posto suo avrei tratto immediatamente le conclusioni politiche che un Presidente per il rispetto alla sua persona e per rispetto anche alla dignità che la forza politica che lo ha designato a ricoprire questo dignitoso incarico non può in alcun caso far passare sotto silenzio queste affermazioni; come è possibile che la relazione del Presidente della Giunta che accompagna il bilancio secondo quello che la direzione del S.V.P., uno dei partiti più consistenti, se non quello più consistente, abbia potuto permettersi il lusso di fare questa affermazione, ma come è possibile allora che un qualsiasi Presidente di un qualsiasi esecutivo possa pensare di parlare a titolo personale? Lo vedrebbe il Presidente Amato andare in Parlamento ed in occasione della discussione del bilancio della Finanziaria la relazione che accompagna i documenti contabili fosse considerata dalla D.C. come una relazione fatta a titolo personale, immediatamente dopo l'on. Amato, a mio parere, avrebbe tratto le debite conseguenze e si sarebbe dimesso. Signor Presidente, posso pensare che il meccanismo di carattere mentale che si può innescare nella sua mente sia questo: "che mi importa se il duro comunicato del S.V.P. mi ricaccia in gola come espressione del mio personale volere e della mia personale opinione la relazione che accompagna il bilancio, quando nella sede istituzionale il gruppo del S.V.P. va ad approvare il bilancio? Il mio risultato me lo sono conquistato, o di diritto o di rovescio, e quindi l'obiettivo l'ho raggiunto", ma siccome la politica, signor Presidente della Giunta, non è soltanto l'approvazione di un bilancio o di una legge, la politica è o ha qualcosa in più rispetto alla pur importante fase nella quale dalle enunciazioni di principio si passa alle realizzazioni, alla concretezza, allora troppo evidente mi pare a questo punto la contraddizione che è intrinseca e che attraversa la sua maggioranza e la sua Giunta.

Il collega Kaserer ha detto che il momento della rivendicazione o delle rivendicazioni non è in alcun modo superato, ha riaffermato ancora una volta che il Pacchetto non può considerarsi in termini statici, ma deve essere considerato in termini dinamici, ha detto ancora una volta e ribadito un'altra affermazione cara al S.V.P. che è quella dell'ancoraggio internazionale del Pacchetto e, guarda a caso, in questa situazione nella sua relazione ha parlato chiaramente dell'ancoraggio internazionale del Pacchetto, quasi che lei abbia da sé medesimo costituito e determinato l'autorità dalla quale promana la fonte giuridica per il riconoscimento formale che il Pacchetto debba essere ancorato in senso internazionale.

Allora, signor Presidente della Giunta, lei è il primo responsabile, se mi consente, non già del tentativo di poter o di dover comunque riempire una scatola che è stata definita da più parti vuota, lei è il primo responsabile del fatto che questa scatola sia stata nel frattempo svuotata, che dal forziere della Regione siano stati sottratti i tesori che esistevano e di conseguenza lei in prima persona si deve assumere tutta la responsabilità, che a questo proposito non è di poco conto.

Quando lei si è auto-flagellato nella sua relazione, signor Presidente, ed ha ritenuto di dover fare ammenda per una presunta trentinizzazione della Regione e su questo concetto, in occasione della discussione generale, mi sono ovviamente divertito a contestare la legittimità di questa sua affermazione: che significato ha parlare di trentinizzazione della Regione, se non abiurare coloro che l'hanno preceduta, signor Presidente della Giunta, ma guardi bene che coloro che l'hanno preceduta appartengono al suo stesso partito e coloro che l'hanno preceduta evidentemente, e non siamo di questo avviso, perché ho avuto occasione nel corso dell'intervento in discussione generale, ma l'ho fatto anche in altre circostanze, di dire come noi del M.S.I. abbiamo giudicato estremamente positiva la Presidenza dell'avv. Tullio Odorizzi, nei confronti del quale nutriamo una grandissima stima sul piano della cultura, della politica, del comportamento retto e dignitoso, della responsabilità che l'avv. Tullio Odorizzi sicuramente in anni più difficili ha saputo avocare alla sua persona e quindi non possiamo in questa sede che non sottolineare positivamente, lo abbiamo fatto nel 1958 senza pretendere nulla e senza avere nulla in

cambio, lo facciamo anche oggi senza pretendere nulla e senza nulla in cambio, conviti come siamo che noi del M.S.I. in questo contesto istituzionale vogliamo essere e rappresentare con dignità, coraggio e coerenza le tesi e le argomentazioni di un partito di opposizione, le tesi e le argomentazioni di una forza nazionale che si riconosce nei valori nazionali di unità della nazione italiana e dello Stato e quindi non possiamo anche in questa occasione non ribadire la nostra tenace posizione destinata a dare frutti, non è una posizione che può essere definita secca ed improduttiva, ma una posizione proiettata in un contesto generale e se vogliamo parlare di unificazione dell'Europa non possiamo non pensare che a questa possa e si debba giungere uniti come italiani e non sicuramente si possa andare disgiunti, disaggregati o, peggio ancora, secessionati.

Mi sia consentito, signor Presidente, concludere questo intervento avvertendola e sottolineando un aspetto molto importante: quando si semina vento si raccoglie tempesta. Che differenza fa tra una visione federalistica ed una visione che ha nel presupposto del federalismo l'obiettivo ultimo di questo presupposto che è la naturale conclusione di un processo che non può essere che un processo di secessione e quindi di distruzione dell'unità nazionale. L'ho detto e lo voglio ribadire anche in questa dichiarazione di voto, signor Presidente, le tesi di Mazzini hanno vinto nel 1848 ed è fuori dalla storia, è tornare indietro nella storia se vogliamo pensare che oggi le tesi sconfitte del Cattaneo possono risultare vincenti. Siamo con Mazzini, lo siamo sempre stati, non siamo con Cattaneo, quindi siamo per l'unità nazionale ed al tempo stesso mi sia consentito rappresentare in questa sede l'opposizione nazionale alla sua Giunta, l'opposizione nazionale alla sua persona, l'opposizione nazionale alla sua maggioranza, che ha nel proprio ambito quella contraddizione intrinseca di cui mi sono ampiamente occupato.

Signor Presidente, il nostro no è quindi deciso, convinto, che peraltro ha prospettive, perché siamo convinti che su queste posizioni non ci troveremo isolati, ma sempre più considerati dalla pubblica opinione, perché sono le posizioni del domani e non sicuramente quelle di retroguardia, di sfascio e di sfacelo che invece rappresentate.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Negherbon.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Negherbon. Prego, ne ha facoltà.

NEGHERBON: Molto brevemente, perché credo che quanto si poteva dire in ordine alla posizione del gruppo in merito al bilancio qui presentato sia già stato fatto in discussione generale. Mi pare di poter dire che gli interventi che si sono susseguiti hanno, sia pure da posizioni diverse, intanto evidenziato e riconosciuto come il momento che stiamo attraversando sia caratterizzato da una specialità storica particolare, e questo è stato riconosciuto da tutti e mi pare che le dichiarazioni che accompagnano il bilancio abbiano evidenziato questo, l'hanno evidenziato le dichiarazioni di replica che il Presidente ha puntualmente svolto a seguito del dibattito e degli interventi che sono stati fatti.

Quindi, signor Presidente, mi pare che io debba ribadire che la portata di questo momento è rappresentata innanzitutto dal momento di transizione dovuto alla conclusione della vertenza nazionale ed internazionale, le nuove scadenze europee che stanno per coinvolgere in particolar modo la nostra Regione per il suo ruolo, per la sua funzione svolta e che sta svolgendo sul nostro territorio ed in ultimo la crisi istituzionale che investe tutti gli istituti nazionali e che trova impegnato il Parlamento e le forze ivi rappresentate nella Bicamerale per trovare soluzioni positive per superare questo momento di crisi attraverso delle istituzioni rinnovate, ma soprattutto attraverso una rappresentanza politica e ad una modalità elettorale che arrivi a recuperare la credibilità del cittadino, superando quella frammentazione politica che ora sempre più si evidenzia.

Mi pare innanzi tutto di dover sottolineare come il bilancio e le dichiarazioni in particolare hanno valorizzato e valorizzano il ruolo equilibratore della Regione nei confronti delle due

Province; mi pare che debba essere sottolineato inoltre come vengono colte le ragioni fondamentali e gli aspetti principali che sono enucleati già dall'Accordo di Parigi ed inerenti la convivenza fra i gruppi linguistici, fra i gruppi di culture diverse e come sia volta ad evitare chiusure ed isolamenti che possono risultare pericolosi, per invece arrivare ad una proposta di equilibrio territoriale garantendo la convivenza fra i gruppi che qui convivono da secoli.

Credo allora che anche i problemi dell'Europa si affrontino in maniera più pertinente, concreta ed incisiva se viene valorizzata la diversità in sede locale, ma attraverso la valorizzazione di questa diversità si concorre positivamente con una convivenza, un equilibrio ed una partecipazione convinta ad affrontare queste nuove scadenze. Mi pare che una volta definito il ruolo in ordine a queste problematiche se la Giunta, come è stato detto, si impegna in questo ultimo scorso di legislatura a affrontare due problemi che riguardano la questione ordinamentale, innanzi tutto il rapporto con i Comuni, quindi la questione ordinamentale, il recepimento della 142 e la sua puntuale applicazione con lo sviluppo degli statuti, affinché i Comuni recuperino la loro funzione vitale all'interno della comunità, possano sviluppare le loro forme associative con le Comunità montane, possa essere garantito il ruolo della Provincia anche in funzione di un ulteriore decentramento delle competenze nei confronti dei Comuni e delle Comunità, affinché l'autonomia si possa sviluppare nel modo più pieno.

Per quanto riguarda la questione elettorale, sempre attinente alla rappresentatività politica, mi pare importante che venga assunto l'impegno per l'elezione diretta del sindaco quanto prima, perché credo che questo sia l'ulteriore tassello che garantisce una maggiore rappresentatività ed un maggiore raccordo con i cittadini.

Per quanto riguarda le elezioni del Consiglio regionale, mi pare che anche qui lo sforzo debba essere fatto affinché le intese fra le parti politiche possano essere raggiunte e si possa arrivare ad una più positiva rappresentatività, ove non fosse possibile raggiungere un'intesa totale e globale si possa almeno raggiungere quella intesa che porta al raggiungimento delle elezioni con un quorum di ammissione, cioè la famosa "soglia", che troviamo già nell'accordo di programma di questa Giunta. Credo che innanzi tutto le forze ed i partiti che sono presenti in Giunta su questo quanto meno dovrebbero essere allineati, cioè quell'accordo minimale.

Su questo credo che può essere assunto come un impegno specifico della Giunta per questa ultima parte di legislatura; per quanto riguarda la proposta di bilancio non mi resta che evidenziare il voto convintamente positivo che il gruppo della D.C. concede a questo bilancio. Grazie.

PRÄSIDENT: Das Wort hat jetzt der Abg. Meraner.

PRESIDENTE: Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Meraner. Prego, ne ha facoltà.

MERANER: Herr Präsident Andreolli! Wie Sie bereits in der Generaldebatte vernommen haben, lehnen wir die Region in ihrem Konzept als Degasperi'sche Region nach wie vor entschieden ab. Aber auch der Andreolli'sche Regionalismus kann uns in keiner Weise befriedigen, weil wir gemessen an den Taten und nicht an den Worten der Meinung sind, daß dieser Regionalismus weitestgehend eine Rückkehr in die Ära Degasperis bedeutet, mit dem zweifachen Unterschied, daß Sie, Herr Präsident Andreolli, Südtirol stärker einbeziehen wollen und daß Sie absurder Weise weitestgehend mit der Zustimmung der Südtiroler Volkspartei arbeiten.

Wir sehen die Zukunft der Region anders. Gewissermaßen auch in dem Sinne, wie Sie sie theoretisch dargestellt haben. Aber diese theoretische Darstellung Ihres Zukunftskonzeptes über die Region entspricht mitnichten der Politik, die Sie uns effektiv täglich vorsetzen. Wir meinen, daß in Zukunft die Region ein mitbestimmendes weitgehend eigenständiges Gebilde im vereinten Europa als Teil eines einzigen Europas mit regionaler Vielfalt sein sollte. Aber nicht im Sinne der Verträge Maastrichts, ein unterdrückter Teil eines anonym von Brüssel aus verwalteten Schmelzegels der Völker Europas, keine

überflüssige Struktur im bezug auf die beiden Provinzen Bozen und Trient, die möglicherweise die anachronistische Aufgabe hat, durch die Hintertür möglichst viel vom autonomiefeindlichen römischen Zentralismus hinüberzutragen. Sobald uns die Regionalregierung ein glaubhaftes Konzept vorlegen wird, aus dem hervorgeht, daß unsere Region als Grundstein für eine größere Region im vereinten Europa verstanden wird und ein entsprechendes Programm entwickelt, werden wir uns voll hinter diese Regionalregierung stellen. Beim heutigen Stand der Dinge, Herr Präsident Andreolli, bin ich allerdings der Meinung, daß wir diese Region in ihrem heutigen Konzept zunächst einfrieren und dem Steuerzahler dadurch täglich fast eine Milliarde Lire ersparen sollten. Derzeit ist die Region - ich wiederhole es - ein Luxus, den wir uns angesichts der Not, die wir in unserer allernächster Umgebung vorfinden, einfach nicht mehr leisten sollten.

Deshalb unabhängig von der Art, wie Sie die Gelder auf den diversesten Kapiteln im Haushalt eingeschrieben haben, und es ist nicht die schlechteste Art, das will ich Ihnen eingestehen, aber unabhängig davon, aus den Erwägungen, die ich eben vorher versucht habe, in aller Kürze darzulegen, wird meine Stimme ein klares Nein zu diesem Haushalt der Region sein.

(Signor Presidente Andreolli! Come ho già avuto modo di spiegare in discussione generale, noi disapproviamo in pieno la Sua concezione politica di Regione degasperiana. Ma nemmeno il regionalismo "andreolliano" ci convince, in quanto alla luce dei fatti e non delle parole, crediamo che questo tipo di regionalismo rappresenti un ritorno all'era di Degasperi, con l'unica differenza che Lei vuole maggiormente coinvolgere l'Alto Adige ed ottenere anche il consenso della Südtiroler Volkspartei.

A nostro avviso il futuro della Regione Trentino-Alto Adige dovrebbe essere ben diverso. In un certo senso anche come Lei lo ha prefigurato teoricamente. Ma questa rappresentazione teorica del futuro della Regione non corrisponde poi, nei fatti, alla politica che Lei attua giorno per giorno in questa Regione. Noi crediamo che in futuro la Regione dovrà essere un'istituzione con un'ampia autonomia e facoltà di co-decisione all'interno della futura Europa Unita, come parte di essa, ma con tutte le sue specificità. Ma non nel senso della Convenzione di Maastricht, ovvero un organismo soggiogato, parte di un crogiolo di popoli, amministrato da Bruxelles, una struttura superflua rispetto alle Province di Trento e di Bolzano, una compagine con il compito anacronistico di salvare il più possibile del centralismo statale avverso alla nostra autonomia. Non appena la Giunta regionale ci presenterà un programma credibile, da cui risulti che la nostra Regione viene concepita come pietra miliare di una più grande Regione nell'ambito dell'Europa Unita, noi sosterremo pienamente le scelte della Giunta regionale. Ma così come stanno oggi le cose, signor Presidente, ritengo che sarebbe meglio congelare questa Regione e far risparmiare quasi un miliardo al giorno al contribuente. Attualmente la Regione Trentino-Alto Adige - lo ripeto - è un lusso che non possiamo permetterci, anche in considerazione della difficile situazione in cui versa tutto il paese.

Quindi a prescindere da come Lei ha utilizzato le risorse nell'ambito di questo bilancio - non nel peggiore dei modi lo ammetto -, ma per le motivazioni che ho poc'anzi addotto, io esprimerò il mio chiaro voto contrario a questo bilancio.)

PRÄSIDENT: Das Wort hat jetzt niemand mehr, weil die Rednerliste erschöpft ist. Wir kommen damit zur Abstimmung nach Provinzen. Wir beginnen mit der Provinz Trient.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel und nachher um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Nessuno è più iscritto a parlare. Passiamo allora alla votazione separata per Province. Iniziamo con la Provincia di Trento.

Prego distribuire le schede e procedere all'appello nominale.

(appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Abstimmung ist abgeschlossen.

Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

PROVINZ TRIENT:

Abstimmende:	30
erforderlicher Mehrheit:	18
mit Ja haben gestimmt:	19
mit Nein:	10
Stimmennthalungen:	1

Damit ist der Teil des Haushaltes für die Provinz Trient genehmigt.

PROVINZ BOZEN:

Abstimmende:	26
erforderlicher Mehrheit:	18
mit Ja haben gestimmt:	15
mit Nein:	9
Stimmennthalungen:	2

Der Haushalt wird also zur endgültigen Genehmigung dem zuständigen Organ gemäß Autonomiestatut unterbreitet.

PRESIDENTE: Le operazioni di voto sono terminate.

Rendo noto l'esito della votazione:

PROVINCIA DI TRENTO:

Votanti:	30
maggioranza richiesta:	18
voti favorevoli:	19
voti contrari:	10
schede bianche:	1

Per la parte riguardante la Provincia di Trento il bilancio è approvato.

PROVINCIA DI BOLZANO:

Votanti:	26
maggioranza richiesta:	18
voti favorevoli:	15
voti contrari:	9
schede bianche:	2

Il bilancio viene pertanto sottoposto all'esame dell'organo regionale competente previsto dallo Statuto di autonomia.

PRÄSIDENT: Damit kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung: **Beschlußfassungsvorschlag Nr. 27: Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung des Regionalrats für das Finanzjahr 1991.**

PRESIDENTE: Passiamo dunque al prossimo punto all'ordine del giorno: Proposta di delibera n. 27:
Approvazione del Rendiconto generale del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1991.

B E R I C H T

Sehr geehrte Abgeordnete,

die Rechnungslegung für das Finanzjahr 1991 wurde vom Präsidium in der Sitzung vom 16. Juni 1992 überprüft. Nach der Genehmigung wurde sie gemäß Artikel 5 der Geschäftsordnung an den Regionalrat für die vorgeschene Beschußfassung weitergeleitet.

In der Vorlage werden in zeitlicher Abfolge die Maßnahmen aufgezeigt, die in finanzieller Hinsicht getroffen wurden. Auch werden jene Buchungsvorgänge wiedergegeben, die sich auf den Haushalt voranschlag des betreffenden Finanzjahres auswirkten.

Die ursprünglichen Voranschläge für das Jahr 1991, die mit Beschuß Nr. 15 vom 20. Dezember 1990 genehmigt worden sind, sahen den verfügbaren Betrag von 23.280.000.000. = Lire und die Verwendung des Überschusses von 759.500.000. = sowie des Kassaausgleichsbetrages von 725.500.000. = vor, sodaß der Betrag von 23.340.000.000. = Lire erreicht wurde.

Der Regionalrat hat mit Beschuß diese Voranschläge im Laufe des Finanzjahres mit einem beträchtlichen Eingriff in obligatorische Ausgabenkapitel geändert, was eine Erhöhung im Betrag von 5.177.000.000. = Lire mit sich brachte. Dadurch wurde der Voranschlag mit 28.457.000.000. = Lire in der Kompetenzgebarung und mit 28.598.170.000. = Lire in der Kassagebarung erhöht. Die Verwendung des Reservefonds, wie er in den Anlagen aufgezeigt wird, betraf nur obligatorische Ausgabenkapitel. Alle Ausgaben, die nicht mit Gesetzen oder Ordnungsbestimmungen vorgegeben sind, wurden vom Regionalrat genehmigt.

Während im besonderen die Einnahmen den Voranschlägen entsprechen, auch weil sie vorwiegend aus festen und vorher berechenbaren Posten zusammengesetzt sind, verzeichnen die Ausgaben beinahe bei allen Kapiteln Einsparungen.

Genannt werden sollen: die II. Kategorie und die allgemeine Kategorie für den Ankauf von Gütern und Ausgaben für Dienste sowie die Einsparung im Kapitel, das die Lieferung von Gütern betrifft. In diesem Kapitel wurde besonders darauf geachtet, jene überzogene Ausgabe zu vermeiden und die Ämter des Regionalrates nur mit den unbedingt erforderlichen Mitteln auszustatten. Hingewiesen soll auch auf die Beschränkung der Ausgaben für Beratungsaufträge und Dienstleistungen für den Regionalrat werden.

Im Änderungsvorschlag zur Haushaltsgesbarung, der am 17. September 1991 genehmigt worden ist, wurden 700.000.000. = Lire zur Deckung der Ausgaben für ein umfassendes Umbauprojekt der Räumlichkeiten in Bozen vorgesehen. Dieses Vorhaben wurde 1991 nicht verwirklicht und die Ausgabe wurde auch im Haushalt 1992 vorgesehen, damit dieser Plan durchgeführt werden kann.

Die Daten der Jahresabschlußrechnung dieser Rechnungslegung weisen am Ende des Jahres 1991 einen Finanzüberschuß in Höhe von 2.171.107.951. = Lire auf, der zum Teil im Betrag von 895.600.000. = Lire als Ausgleich für den Haushalt voranschlag 1992 verwendet wurde.

Der Kassabestand stimmt mit den Daten des Schatzamtdienstes in Höhe von 3.078.908.951. = Lire überein. Die Rückstände, vor allem die Ausgabenrückstände, verzeichneten eine beträchtliche Erhöhung, die auf die genannte hohe Bereitstellung für die Umbauarbeiten zurückzuführen ist.

Die allgemeine Vermögensrechnung weist einen Aktivbetrag von 79.460.563. = auf, was das Endergebnis der Erhöhung des Besitzstandes durch den Ankauf von Vermögensgütern einerseits und der negativen Komponenten, wie der Passivdifferenz in der Kompetenzgebarung und in der Rückständegebarung sowie die Verminderung des Wertes der beweglichen Güter ist.

Die beiliegenden Aufstellungen geben eine genaue Übersicht über die Finanzlage und die

Ergebnisse der Haushaltsgebarung 1991.

Im einzelnen werden die Einnahmen und die Ausgaben bei den verschiedenen Haushaltsskapiteln aufgezeigt. Ferner werden die Änderungen dargelegt, die am ursprünglichen Haushaltsvoranschlag mit Änderungsbeschlüssen oder mit Dekreten zur Entnahme aus dem Rücklagefonds vorgenommen wurden.

Die Rechnungslegung ist in zwei Teile gegliedert:

- der erste Teil betrifft die Jahresabschlußrechnung;
- der zweite Teil betrifft die allgemeine Vermögensrechnung.

Der Rechnungslegung wird beigefügt:

- a) die Dekrete zur Ermächtigung von Entnahmen aus dem Rücklagefonds;
- b) die Dekrete zur Bestimmung der Einnahmen- und Ausgabenzurückstände;
- c) die allgemeine Aufstellung der Haushaltsgebarung (Einnahmen und Ausgaben);
- d) die Übersicht über den Wertpapierbestand.

Mit diesen Erläuterungen erlaube ich mir, im Namen des Präsidiums die Rechnungslegung für die Finanzgebarung 1991 dem Regionalrat zur Genehmigung vorzulegen.

DER PRÄSIDENT

R E L A Z I O N E

Signori Consiglieri,

i risultati contabili dell'esercizio finanziario 1991 sono stati sottoposti all'esame dell'Ufficio di Presidenza nella seduta del 16 giugno 1992 e dopo la prescritta approvazione, ai sensi dell'articolo 5 del Regolamento interno, trasmessi all'Assemblea per gli adempimenti previsti.

Il documento contabile ricalca cronologicamente gli atti aventi contenuto economico e riflessi sul bilancio di previsione dell'esercizio in esame.

Le previsioni iniziali del 1991, approvate con delibera n. 15 del 20 dicembre 1990 consideravano la massa spendibile pari a 23.280.000.000 ed un intervento dell'avanzo di 759.500.000 e della cassa per 725.500.000 pareggiando sull'ammontare di 23.340.000.000.

Nel corso dell'esercizio, con propria deliberazione, il Consiglio regionale ha notevolmente mutato tale proposta per l'intervento massiccio su capitoli di spesa a carattere obbligatorio che hanno comportato una maggiore previsione per 5.177.000.000 assestando i dati preventivi su 28.457.000.000 nella gestione di competenza e 28.598.170.000 nella gestione di cassa. L'utilizzo del fondo di riserva, documentato negli allegati ha interessato solo capitoli di spesa obbligatori rimandando all'approvazione dell'Assemblea qualsiasi intervento per spese che non siano disciplinate da leggi e regolamenti.

Mentre l'entrata si è rilevata particolarmente conforme alle previsioni, anche perchè composta in modo preminente da voci certe e quantificabili, la spesa ha registrato delle economie in quasi tutti i capitoli.

Degne di menzione sono: la II° categoria e, all'interno di quella generica di beni e servizi, il risparmio sul capitolo legato a fornitura di beni, improntato ad evitare sprechi e a dotare gli uffici del Consiglio regionale dei mezzi strettamente necessari; da segnalare anche il contenimento delle spese che riguardano consulenze e servizi resi nell'interesse del Consiglio regionale.

All'interno della proposta di variazione al preventivo, approvata il 17 settembre 1991, veniva inserito un impegno di 700.000.000 a copertura di un progetto di ristrutturazione generale degli uffici di

Bolzano. Lo stesso impegno, non realizzato nel 1991, viene mantenuto nel bilancio 1992 per portare a termine tale progetto.

I dati strettamente consuntivi, presi in esame dalla proposta evidenziano l'avanzo finanziario, al termine del 1991, calcolato in 2.171.107.951 ed inserito parzialmente a pareggio del preventivo 1992 per 895.600.000.

La giacenza di cassa concorda con i dati di tesoreria in 3.078.908.951 mentre i residui, specie quelli passivi hanno segnato un notevole incremento, tenuto conto del maxi impegno, come menzionato, e relativo a lavori di ristrutturazione.

Il conto generale del patrimonio segna un attivo di 79.460.563 che rappresenta il dato finale di aumento dell'attivo per acquisti patrimoniali e di componenti negative quali il disavanzo della gestione di competenza e residui e la riduzione dei valori mobiliari.

Con i prospetti allegati, si dà un quadro esatto della situazione finanziaria e dei risultati delle operazioni di gestione effettuati nel corso del 1991.

Sono documentate analiticamente le entrate e le spese con riferimento ai singoli capitoli di bilancio e sono dimostrate le variazioni apportate alle previsioni iniziali con delibere di variazione al bilancio o con decreti di prelievo dal fondo di riserva.

Il documento contabile si divide in due parti:

- la prima riguarda il conto consuntivo del bilancio;
- la seconda il conto generale del patrimonio.

In allegato al rendiconto figurano:

- a) i decreti di prelievo dal fondo di riserva;
- b) i decreti di determinazione dei residui attivi e passivi;
- c) il quadro generale della gestione di bilancio (Entrata e Spesa);
- d) il prospetto riepilogativo dei valori mobiliari.

Con tali delucidazioni mi permetto di sottoporre alla Vostra approvazione, a nome dell'Ufficio di Presidenza, il rendiconto generale del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1991.

IL PRESIDENTE

RECHNUNGSLEGUNG 1991

Das Präsidium des Regionalrats hat in der Sitzung vom 16. Juni 1992;

Nach Einsichtnahme in die allgemeine Rechnungslegung für das Finanzjahr 1991;

Nach Einsichtnahme in die Artikel 5 und 6 der Geschäftsordnung des Regionalrats;

Nach Einsichtnahme in die Geschäftsordnung über die Verwaltung und Rechnungslegung des Regionalrats;

Auf Vorschlag des Präsidenten des Regionalrats;

einstimig mit rechtsgültig abgegebenen Stimmen;

beschlossen

- Die allgemeine Jahreshaushaltsrechnung 1991 wird gemäß folgender Ergebnisse genehmigt:

TITEL I -	Außersteuerliche Einnahmen	L. 27.697.322.201.=
TITEL II -	Veräußerung und Tilgung von Vermögenswerten und Kreditrückzahlung	<u>L. 2.000.000.=</u>

GESAMTBETRAG DER EINNAHMEN	L. 27.699.322.201.=
	=====

TITEL I -	Laufende Ausgaben	L. 27.723.467.820.=
		=====

ZUSAMMENFASSUNG:

Gesamtbetrag der Einnahmen	L. 27.699.322.201.=
Gesamtbetrag der Ausgaben	<u>L. 27.723.467.820.=</u>

FEHLBETRAG DER KOMPETENZGEBARUNG	L. 24.145.619.=
	=====

- Der Finanzüberschuß am Ende des Finanzjahres 1991 wird gemäß den nachstehenden Angaben im Betrag von L. 2.171.107.951.= festgestellt:

Finanzüberschuß am 1. Jänner 1991	L. + 2.195.908.155.=
-----------------------------------	----------------------

Fehlbetrag der Kompetenzgebarung	L. - 24.145.619.=
----------------------------------	-------------------

Verminderung der Einnahmenrückstände	L. - 2.041.015.=
--------------------------------------	------------------

Verbesserung der Ausgabenrückstände	<u>L. + 1.386.430.=</u>
-------------------------------------	-------------------------

FINANZÜBERSCHUß AM 31. DEZEMBER 1991	L. + 2.171.107.951.=
	=====

FINANZÜBERSCHUß

Finanzüberschuß am 1. Jänner 1991	L. + 2.195.908.155.=
-----------------------------------	----------------------

Einnahmen im Finanzjahr 1991	<u>L. + 27.699.322.201.=</u>
------------------------------	------------------------------

	L. + 29.895.230.356.=
Ausgaben im Finanzjahr 1991	<u>L. - 27.723.467.820.=</u>
	L. + 2.171.762.536.=
Verminderung der Einnahmenrückstände	L. - 2.041.015.=
Verbesserung der Ausgabenrückstände	<u>L. + 1.386.430.=</u>
FINANZÜBERSCHUß AM 31. DEZEMBER 1991	L. + 2.171.107.951.=
	=====

RENDICONTO 1991

L'Ufficio di Presidenza del Consiglio regionale, nella seduta del 16 giugno 1992;
 Visto il rendiconto generale per l'esercizio finanziario 1991;
 Visti gli articoli 5 e 6 del Regolamento interno del Consiglio regionale;
 Visto il Regolamento interno di amministrazione e contabilità del Consiglio regionale;
 Su proposta del Presidente del Consiglio regionale;
 Ad unanimità di voti legalmente espressi,

d e l i b r a

- di approvare il rendiconto generale per l'esercizio finanziario 1991
 nelle seguenti risultanze:

TITOLO I - Entrate extratributarie	L. 27.697.322.201.=
TITOLO II - Alienazione ed ammortamento dei beni patrimoniali e rimborso di crediti	<u>L. 2.000.000.=</u>
TOTALE DELLE ENTRATE	L. 27.699.322.201.=
	=====
TITOLO I - Spese correnti	L. 27.723.467.820.=
	=====

RIEPILOGO:

Totale complessivo entrate	L. 27.699.322.201.=
Totale complessivo spese	<u>L. 27.723.467.820.=</u>

DISAVANZO DELLA COMPETENZA	L. 24.145.619.=
	<u>=====</u>

- di accertare nella somma di L. 2.171.107.951.= l'avanzo finanziario alla fine dell'esercizio 1991 come risulta dai seguenti dati:

Avanzo finanziario al 1° gennaio 1991	L. + 2.195.908.155.=
Disavanzo nella gestione di competenza	L. - 24.145.619.=
Diminuzione residui attivi	L. - 2.041.015.=
Miglioramenti nei residui passivi	<u>L. + 1.386.430.=</u>
AVANZO FINANZIARIO AL 31 DICEMBRE 1991	L. + 2.171.107.951.=
	<u>=====</u>

AVANZO FINANZIARIO

Avanzo finanziario al 1° gennaio 1991	L. + 2.195.908.155.=
Entrate esercizio 1991	<u>L. + 27.699.322.201.=</u>
	L. + 29.895.230.356.=
Spese esercizio 1991	<u>L. - 27.723.467.820.=</u>
	L. + 2.171.762.536.=
Diminuzione residui attivi	L. - 2.041.015.=
Miglioramento nei residui passivi	<u>L. + 1.386.430.=</u>
AVANZO FINANZIARIO AL 31 DICEMBRE 1991	L. + 2.171.107.951.=
	<u>=====</u>

DER REGIONALRAT

Hat in der Sitzung vom _____;

Nach Einsichtnahme in den Artikel 5 seiner Geschäftsordnung;
Nach Einsichtnahme in die am 24. Juli 1958 genehmigte Geschäftsordnung über die Verwaltung und Rechnungslegung;
Nach Einsichtnahme in die vom Präsidium am 16. Juni 1992 genehmigte allgemeine Jahreshaushaltsrechnung 1991;
Gemäß Art. 6 der Geschäftsordnung des Regionalrats;
Nach Einsichtnahme in die zusammenfassenden Aufstellungen mit den Darlegungen der Jahresrechnung sowohl betreffend den Haushalt als auch die Vermögensrechnung;
Nach Einsichtnahme in die Kassabuchungen über die im Rahmen des vorgenannten Haushalts getätigten Einnahmen und Ausgaben;
Nach Einsichtnahme in den Beschuß Nr. 15 vom 20. Dezember 1990, mit dem der Haushalt voranschlag 1991 des Regionalrats genehmigt wurde;
Nach Einsichtnahme in den Beschuß des Regionalrats Nr. 22 vom 17. September 1991, der Änderungen am Haushalt des Regionalrats für das Finanzjahr 1991 enthält;
Nach Einsichtnahme in die Dekrete des Regionalratspräsidenten Nr. 251 vom 11. Dezember 1991 und Nr. 252 vom 11. Dezember 1991 betreffend Entnahmen aus dem Rücklagefonds;
Nach Einsichtnahme in das Dekret des Regionalratspräsidenten Nr. 191 vom 16. April 1991 über die Festsetzung der Einnahmenrückstände 1990 und früherer Finanzjahre;
Nach Einsichtnahme in das Dekret des Regionalratspräsidenten Nr. 192 vom 16. April 1991 über die Festsetzung der Ausgabenrückstände 1990 und früherer Finanzjahre;
_____ mit rechtsgültig abgegebenen Stimmen,

b e s c h l o s s e n

Art. 1

Die beiliegenden Dekrete, mittels welcher Entnahmen aus dem Rücklagenfonds des Kapitels 700 des Ausgabenvoranschlags für neue Mehrausgaben für das Finanzjahr 1991 getätigten worden sind, werden bestätigt, und die Zuweisung auf die in den genannten Dekreten angegebenen Ausgabenkapitel wurde angeordnet.

KOMPETENZEINNAHMEN UND -AUSGABEN DES FINANZJAHRES 1991

Art. 2

Die für die Zuständigkeit des Finanzjahres 1991 ermittelten Einnahmen werden gemäß Haushaltungsabschluß wie folgt

festgesetzt:	L. 27.699.322.201.=
hier von vereinnahmt	<u>L. 27.670.322.201.=</u>
noch zu vereinnahmen	L. 29.000.000.=
	=====

Art. 3

Die für die Zuständigkeit des Finanzjahres 1991 ermittelten Ausgaben werden gemäß Haushaltungsabschluß wie folgt

festgesetzt:	L. 27.723.467.820.=
hier von bezahlt	<u>L. 26.736.867.820.=</u>
noch zu zahlen	L. 986.600.000.=
	=====

Art. 4

Die allgemeine Zusammenfassung der Ergebnisse der Kompetenzeinnahmen und -ausgaben des Finanzjahres 1991 wird somit wie folgt festgelegt:

Außersteuerliche Einnahmen	L. +27.697.322.201.=
Laufende Ausgaben	<u>L. - 27.723.467.820.=</u>
Differenz	L. - 26.145.619.=
	=====
Gesamteinnahmen	L. +27.699.322.201.=
Gesamtausgaben	<u>L. - 27.723.467.820.=</u>
Endfehlbetrag der Kompetenzgebarung	L. - 24.145.619.=
	=====

EINNAHMEN- UND AUSGABENRÜCKSTÄNDE BEI ABSCHLUß DES FINANZJAHRES 1991

Art. 5

Die Einnahmenrückstände bei Abschluß des Finanzjahres 1991 werden, wie aus dem Haushaltungsabschluß hervorgeht, in folgenden Beträgen festgelegt:

- Einzuheben verbliebene Summen auf die Einnahmen, die für die eigentliche Kompetenz des Finanzjahres 1991 ermittelt wurden (Art. 2)	L. 29.000.000.=
- Einzuheben verbliebene Summen auf die Rückstände der vorhergehenden Finanzjahre	<u>L. 74.799.000.=</u>

Einnahmenrückstände am 31. Dezember 1991	L. 103.799.000.=
	=====

Art. 6

Die Ausgabenrückstände bei Abschluß des Finanzjahres 1991 werden, wie aus dem Haushaltsrechnungsabschluß hervorgeht, in folgenden Beträgen festgelegt:

- Auszuzahlen verbliebene Summen auf die Ausgaben, die für die eigentliche Kompetenz des Finanzjahres 1991 ermittelt wurden (art. 3)	L. 986.600.000.=
- Auszuzahlen verbliebene Summen auf die Rückstände der vorhergehenden Finanzjahre	<u>L. 25.000.000.=</u>

Ausgabenrückstände am 31. Dezember 1991	L. 1.011.600.000.=
	=====

Art. 7

Wie aus den nachstehenden Angaben hervorgeht, wurde der Überschuß am Ende des Finanzjahrs 1991 in Höhe von L. 2.171.107.951.= ermittelt:

AKTIVA

Überschuß am 1. Januar 1991	L. 2.195.908.155.=
-----------------------------	--------------------

Einnahmen im Finanzjahr 1991	L. 27.699.322.201.=
------------------------------	---------------------

Verminderung der Einnahmenrückstände aus dem Finanzjahr 1990 und den vorhergehenden Finanzjahren:

ermittelt:

am 1.01.1991	L. 121.000.000.=
am 31.12.1991	<u>L. 118.958.985.=</u>
	L. - 2.041.015.=

Abnahme der Ausgabenrückstände aus dem Finanzjahr 1990 und der vorhergehenden Finanzjahren:

ermittelt:

am 1.01.1991	L. 141.170.000.=	
am 31.12.1991	<u>L. 139.783.570.=</u>	<u>L. + 1.386.430.=</u>
		L. 29.894.575.771.=
		=====

IL CONSIGLIO REGIONALE

Nella seduta del _____;
 Visto l'art. 5 del proprio Regolamento interno;
 Visto il Regolamento interno di amministrazione e contabilità, approvato il 24 luglio 1958;
 Visto il rendiconto generale per l'esercizio finanziario 1991, approvato dall'Ufficio di Presidenza il giorno 16 giugno 1992;
 A termini dell'art. 6 del Regolamento interno del Consiglio regionale;
 Visti i prospetti riassuntivi con le dimostrazioni del rendiconto stesso, sia per la parte inerente al bilancio che per quella inerente al patrimonio;
 Vista la contabilità di cassa riguardante le operazioni di entrata e di uscita effettuate per conto del bilancio dell'esercizio suddetto;
 Vista la deliberazione n. 15 dd. 20 dicembre 1990, la quale approvava il bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1991;
 Vista la deliberazione del Consiglio regionale n. 22 dd. 17 settembre 1991 recante variazioni al bilancio del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1991;
 Visti i decreti del Presidente del Consiglio regionale n. 251 dell'11 dicembre 1991 e n. 252 dell'11 dicembre 1991 riguardanti prelievi dal fondo di riserva;
 Visto il decreto del Presidente del Consiglio regionale n. 191 dd. 16 aprile 1991, relativo alla determinazione dei residui attivi 1990 e precedenti;
 Visto il decreto del Presidente del Consiglio regionale n. 192 dd. 16 aprile 1991 relativo alla determinazione dei residui passivi 1990 e precedenti ;
 A _____ di voti legalmente espressi,

d e l i b e r a

Art. 1

Sono convalidati i decreti allegati con i quali sono stati effettuati prelevamenti dal fondo di riserva per nuove e maggiori spese, iscritto al capitolo n. 700 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio 1991 e ne è stata disposta l'assegnazione ai capitoli di spesa indicati nei decreti suddetti.

ENTRATE E SPESE DI COMPETENZA DELL'ESERCIZIO FINANZIARIO 1991

Art. 2

Le entrate accertate nell'esercizio finanziario 1991 per la competenza propria dell'esercizio stesso, sono stabilite, quali risultano dal conto consuntivo del bilancio,

in L. 27.699.322.201.=
delle quali furono riscosse L. 27.670.322.201.=

e rimasero da riscuotere L. 29.000.000.=
=====

Art. 3

Le spese dell'esercizio finanziario 1991 per la competenza propria dell'esercizio stesso, sono stabilite, quali risultano dal conto consuntivo del bilancio,

in L. 27.723.467.820.=
delle quali furono pagate L. 26.736.867.820.=

e rimasero da pagare L. 986.600.000.=
=====

Art. 4

Il riassunto generale dei risultati delle entrate e delle spese di competenza dell'esercizio finanziario 1991 rimane così stabilito:

Entrate extratributarie L. +27.697.322.201.=
Spese correnti L. - 27.723.467.820.=

Differenza L. - 26.145.619.=
=====

Entrate complessive L. +27.699.322.201.=
Spese complessive L. - 27.723.467.820.=

Disavanzo finale della competenza L. - 24.145.619.=
=====

RESIDUI ATTIVI E PASSIVI ALLA CHIUSURA DELL'ESERCIZIO FINANZIARIO 1991

Art. 5

I residui attivi alla chiusura dell'esercizio finanziario 1991 sono stabiliti, come dal conto consuntivo del bilancio, nelle seguenti somme:

- somme rimaste da riscuotere sulle entrate accertate per la competenza propria dell'esercizio 1991 (art. 2)	L. 29.000.000.=
- somme rimaste da riscuotere sui residui degli esercizi precedenti	<u>L. 74.799.000.=</u>
Residui attivi al 31 dicembre 1991	L. 103.799.000.=
	=====

Art. 6

I residui passivi alla chiusura dell'esercizio finanziario 1991 sono stabiliti, come dal conto consuntivo del bilancio, nelle seguenti somme:

- somme rimaste da pagare sulle spese accertate per la competenza propria dell'esercizio 1991 (art. 3)	L. 986.600.000.=
- somme rimaste da pagare sui residui degli esercizi precedenti	<u>L. 25.000.000.=</u>
Residui passivi al 31 dicembre 1991	L. 1.011.600.000.=
	=====

Art. 7

E' accertato nella somma di L. 2.171.107.951.= l'avanzo finanziario alla fine dell'esercizio 1991 come risulta dai seguenti dati:

ATTIVITA'

Avanzo finanziario al 1° gennaio 1991	L. 2.195.908.155.=
Entrate dell'esercizio finanziario 1991	L. 27.699.322.201.=

Diminuzione dei residui attivi lasciati dall'esercizio 1990 e precedenti:

Accertati:

all' 1.01.1991	L. 121.000.000.=	
al 31.12.1991	<u>L. 118.958.985.=</u>	
		L. - 2.041.015.=

Diminuzione dei residui passivi lasciati dagli esercizi 1990 e precedenti:

Accertati:

all' 1.01.1991	L. 141.170.000.=	
al 31.12.1991	<u>L. 139.783.570.=</u>	
		<u>L. + 1.386.430.=</u>
		L. 29.894.575.771.=
		=====

PASSIVITA'

Spese dell'esercizio finanziario 1991	L. 27.723.467.820.=
Avanzo finanziario alla chiusura dell'esercizio 1991	<u>L. 2.171.107.951.=</u>
	L. 29.894.575.771.=
	=====

PRÄSIDENT: Das wäre der Beschußfassungsvorschlag des Präsidiums über die Rechnungslegung über das Jahr 1991 des Regionalrates.

Die Abg. Berger hat das Wort.

PRESIDENTE: Questa era dunque la proposta di delibera dell'Ufficio di Presidenza per il Rendiconto per l'anno finanziario 1991 del Consiglio regionale.

La parola alla cons. Berger.

BERGER: Signor Presidente, farò sul rendiconto un intervento molto breve, mi permetterò però di svilupparlo più approfonditamente sul bilancio di previsione del Consiglio.

Più volte, in discussione di questo documento contabile, nell'assoluta indifferenza di quest'aula, ho sostenuto con grande preoccupazione gli elementi di valutazione di questo documento, che sicuramente è il documento contabile più delicato che viene ad approvare quest'aula.

Anche questa volta il rituale si consuma fino in fondo: non esiste nessuno che voglia condividerne, nemmeno il Presidente, la mia preoccupazione, che credo, signor Presidente Peterlini, possa essere condivisa anche da una certa magistratura e le spiegherò perché.

Dall'inizio di questa legislatura non c'era attenzione perché il clima non lo consentiva,

non si doveva parlare di criteri di trasparenza e leggibilità dei documenti contabili, né delle leggi di finanziamento pubblico che predispongono ed ispirano criteri di documentazione molto rigorosa. Adesso questo clima è cambiato.

Non approverò questo rendiconto, perché questo è un documento contabile, certamente, di cui lei ne ha dato una perfetta lettura sulla corrispondenza ragionieristica dei capitoli, però sicuramente questo non è un bilancio leggibile e né lei si assume la responsabilità politica, essendo l'unico responsabile della gestione di questi miliardi, dal momento che lei sa, l'Ufficio di Presidenza non la condivide, perché non approva delibere di spesa, quindi la responsabilità, Presidente Peterlini, è in capo solo a lei. Allora qui non siamo in grado di confortarla di un parere, se lei ha speso oculatamente, quante sono state le spese di rappresentanza, quanti gli investimenti nelle strutture, quanto lei ha previsto di migliorare e se ritiene congrua, dato che si chiama "consuntivo", la spesa investita rispetto ad obiettivi di gestione aziendale, baracca "Consiglio regionale", che lei si era dato, perché questo non è il criterio con cui noi approviamo il bilancio.

Qui dentro ci sono due grosse anomalie, che finalmente vengono affrontate seriamente anche dal Consiglio provinciale della Provincia autonoma di Trento e sono soprattutto i contributi ai gruppi, di cui noi, in assenza di controllo alcuno, con una responsabilità che non ci viene riconosciuta da nessuna legge dello Stato, riceviamo in qualità di capogruppo, firmiamo di aver giustamente speso per iniziative di tipo istituzionale a sostegno del lavoro dei gruppi medesimi e con questo siamo salvi dal punto di vista formale, ma non da quello giuridico, perché in realtà c'è una legge dello Stato che prevede in modo tassativo che i finanziamenti dei gruppi consiliari non possano essere destinati in alcuna misura al finanziamento dei partiti e noi da questo non corrispondiamo: nessuna rendicontazione è dovuta, così come nessuna rendicontazione è dovuta in alcun modo, se non la dichiarazione che il sottoscritto consigliere, partendo il giorno tale, alle ore tot e rientrando al giorno tal'altro alle ore tot, ha consumato tot chilometri e pertanto chiede rimborso dei chilometri medesimi e della diaria. Anche questa è una cosa assolutamente non corretta, perché bisognerebbe, come da tutte le altre parti, come il Consiglio della Provincia autonoma di Trento ha dimostrato essere ormai costume acquisito da tutte le altre Regioni, corrisposto ad un mandato istituzionale che deve essere rigorosamente documentato, quindi il sistema presumibile delle vacanze a spese del Consiglio dovrebbe essere finito.

Molto brevemente queste sono le ragioni per cui non voterò questo rendiconto, invece mi permetterò di intrattenerla sulla gravità della non conformità normativa con le leggi dello Stato e sulla preoccupazione che questa possa ricadere sotto l'attenzione della magistratura quando discuteremo invece la previsione di bilancio successiva.

PRÄSIDENT: Weitere Redner? Ich sehe niemanden. Dann schließe ich diesen Teil der Debatte ab. Ich darf die Abg. Berger beruhigen. Wir bewegen uns sehr wohl im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Der Haushalt, wie er vorgelegt worden ist, ist vom Regionalrat genehmigt worden und ich habe ihn als Präsident im Rahmen der vorgeschriebenen Zahlen nach bestem Wissen und Gewissen verwaltet. Habe dabei möglichst zu sparen versucht. Sie können nachlesen und das ist sehr klar. Nur wer das nicht ansieht, kann sagen, daß es nicht lesbar ist. Es ist klar dargelegt, in welchen Kapiteln gespart worden ist. Ich habe sie Ihnen schon aufgezählt und ich kann sie auch wiederholen: Beim Ankauf von Gütern und Ausgaben für die Dienste sowie im Kapitel, das die Lieferung von Gütern betrifft und dann wurde in diesem Kapitel besonders darauf geachtet, jede überzogene Ausgabe zu vermeiden und die Ämter des Regionalrates nur mit den unbedingt erforderlichen Mitteln auszustatten. Hingewiesen soll auch auf die Beschränkung der Ausgaben für Beratungsaufträge und Dienstleistungen für den Regionalrat werden. Wir haben auch mit wenig Personal gearbeitet. Wir haben insgesamt 29 Bedienstete und diese sind größtenteils in Trient und die Ämter sind einige wenige in Bozen und zwar das Präsidialsekretariat und das Übersetzungsamt, die sehr gut gearbeitet haben. Denen möchte ich auch meinen Dank aussprechen. Wir haben also mit wenigen Personen die gesamte parlamentarische Tätigkeit abgewickelt, die in diesem vergangenen Haushaltsjahr

sehr groß war. Sie wissen alle, was an Arbeit angefallen ist und daß der Regionalrat wegen der wichtigen großen Gesetze, die angefallen sind, mit dem gleichen Personal eine außerordentliche Mehrarbeit leisten hat müssen. Trotzdem haben wir eingespart. Zu den Gruppengeldern muß ich Ihnen sagen: die Geschäftsordnung, die vorliegt, wird vom Präsidenten eingehalten, aber sie kann nicht vom Präsidenten abgeändert werden. Die Geschäftsordnung sieht vor, daß den Fraktionen Geldmittel gegeben werden und diese Geldmittel werden dann damit der Eigenverantwortung der Fraktion übergeben und es liegt an der Fraktion eine ordentliche Buchhaltung zu führen und diese auch zu verantworten. Es steht dem Präsidenten des Regionalrates nicht zu, darüber Kontrollen durchzuführen oder irgendwelche Akten anzufordern. Frau Abg. Berger, wenn Ihnen diese Form der Beitragsgabe der politischen Fraktionen nicht paßt, dann würde ich Sie bitten, entsprechende Änderungsvorschläge dem Präsidium vorzulegen. Wir gehen dann, wie für alle anderen Änderungsanträge vorgesehen, in die entsprechenden Kommissionen und müssen die Geschäftsordnung ändern. Ich sage Ihnen aber auch warum wir damals beschlossen haben, diese Rechnungslegung in der Eigenverantwortung der Fraktionen zu lassen. Weil es für den Präsidenten des Regionalrates - und das haben Sie selber am Beispiel bewiesen - sehr schwer überprüfbar ist, wieweit eine Fahrt gemacht worden ist und nicht gemacht worden ist, wieweit eine Spese der Fraktion berechtigt oder nicht berechtigt ist. Wir haben einen genauen Schlüssel, nach dem die Mittel aufgeteilt werden. Sie wissen es, der Schlüssel ist pro Fraktion ein gewisser Grundbetrag und pro Abgeordneten ein entsprechender Pro-Kopf-Beitrag. Mit diesem Geld muß die Fraktion leben, arbeiten, das eigene Personal bezahlen - wir bezahlen sowieso nicht sehr viel, wir geben sonst keine Dienste und keine weiteren Förderungen dafür - und im Rahmen dieser Förderungsmittel muß jede Fraktion die Buchhaltung führen, für die ich nicht die Verantwortung übernehme. Ich übernehme die Verantwortung, daß die Beiträge korrekt an alle ausgezahlt worden sind. Deswegen kann ich Sie beruhigen und kann Ihnen nur versichern, daß alles getan worden ist, um sparsam zu arbeiten und Sie haben es auch aus den Ziffern gesehen. Es sind Einsparungen vorgenommen worden und entsprechend wird auch der Haushaltvoranschlag ausfallen, den ich jetzt gleich vorlege. Das Personal hat gut gearbeitet. Die Ziffern sind von der Buchhaltung ordentlich verwaltet worden. Ich möchte auch Frau Rag. Camin, die sich große Mühe macht und die auch unsere einzige Chefbuchhalterin ist, die wir haben, meinen Dank für die saubere Verwaltung der Zahlen aussprechen und darf Sie in diesem Sinne nur bitten, dem Haushalt, der uns ja allen gemeinsam gehört, auch die Zustimmung zu geben.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer mit der Rechnungslegung einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 1. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 1 Gegenstimme und 6 Enthaltungen ist die Rechnungslegung des Regionalrates genehmigt.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Allora chiudo questa parte della discussione. Voglio tranquillizzare la cons. Berger. Noi ci muoviamo nella perfetta legalità. Il bilancio, così come è stato redatto, è stato approvato dal Consiglio regionale ed io l'ho amministrato nel migliore dei modi possibile, sulla base delle nostre disponibilità. Ho cercato di risparmiare il più possibile. Lei può verificarlo. Solo chi non riconosce questo, può dire che è poco comprensibile. Sono stati chiaramente illustrati i capitoli sui quali si sono attuati dei risparmi. Io li ho già elencati e lo posso anche ripetere: acquisto di beni e spese per servizi, nonché fornitura di beni. Su questo capitolo si è cercato di evitare spese superflue e dotare gli uffici del Consiglio regionale solo delle attrezzature strettamente necessarie. Abbiamo anche risparmiato nel richiedere consulenze e nell'erogazione di servizi. Abbiamo lavorato con poco personale. Complessivamente abbiamo 29 dipendenti che hanno la loro sede lavorativa per la maggior parte a Trento, mentre a Bolzano c'è solo la Segreteria della Presidenza e l'Ufficio traduzioni, uffici che hanno lavorato con molta solerzia e ai quali vorrei esprimere il mio ringraziamento. Abbiamo quindi svolto la notevole attività politica dell'anno scorso con poco personale. Voi tutti sapete quanto lavoro in più ha dovuto svolgere il Consiglio regionale a causa delle leggi molto voluminose che sono state trattate l'anno scorso.

Malgrado ciò siamo riusciti anche a risparmiare.

Per quanto concerne i contributi ai gruppi desidero specificare quanto segue: il Presidente deve rispettare l'attuale Regolamento interno, e non può modificarlo a suo piacimento. Il Regolamento prevede che vengano dati contributi ai gruppi consiliari che poi li amministrano secondo coscienza. Spetta quindi al gruppo tenere i conti e rispondere dell'amministrazione di tali fondi. Non spetta al Presidente del Consiglio regionale attuare controlli o richiedere la rendicontazione. Cons. Berger, se non Le aggrada questo tipo di finanziamento ai gruppi, La pregherei di presentare alla Presidenza delle modifiche al Regolamento. Come per tutti gli altri emendamenti, questi verranno poi esaminati dalla Commissione competente, in questo caso la Commissione per il Regolamento interno. E adesso Le spiego perché allora si dicise di lasciare ai gruppi la responsabilità della gestione di tali contributi. Per il Presidente del Consiglio regionale infatti - e questo lo ha dimostrato Lei stessa con il Suo esempio - è molto difficile dimostrare se un viaggio è stato effettuato o no, e se la spesa era giustificata o meno. Noi abbiamo un sistema ben preciso per la sudduzione di questi contributi. Lei sa che viene dato un certo importo per gruppo e per persona. Con questi finanziamenti il gruppo deve gestire il proprio lavoro, finanziarsi e pagare il personale - noi del resto non paghiamo molto e non diamo alcun altro servizio o sostegno - e nell'ambito di questi finanziamenti ogni gruppo deve assumersi la responsabilità su come spende questi soldi. Io sono solo responsabile che i contributi vengano distribuiti equamente a tutti. Posso dunque tranquillizzarLa e assicurarLe che è stato fatto il possibile per lavorare in modo parsimonioso, come Lei potrà notare dalle cifre qui riportate. Sono stati attuati dei risparmi anche nel bilancio di previsione che tra poco sottoporò alla Vostra attenzione. Il personale ha lavorato bene. Le disponibilità sono state amministrate in modo eccellente dalla Ragioneria. E vorrei ringraziare anche la sig. Camin che si è molto adoperata e a cui va il mio sentito ringraziamento per l'ottimo lavoro svolto. Invito ora il Consiglio regionale a voler dare il suo voto favorevole al presente bilancio.

Ora passiamo alla votazione. Chi è favorevole al Rendiconto del Consiglio regionale, è pregato di alzare la mano. Contrari? 1. Astenuti?

Con 1 voto contrario e 6 astensioni il Rendiconto del Consiglio regionale è approvato.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zum programmaticen Teil für das nächste Jahr:
Beschlußfassungsvorschlag Nr. 30: Haushaltsvoranschlag des Regionalrates für das Finanzjahr 1993.

Ich bitte um Aufmerksamkeit bei der Verlesung, auch um einige Diskussionen zu vermeiden.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla relazione programmatica per il prossimo anno: **Proposta di delibera n. 30 "Bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1993".**

Prego i sigg. consiglieri di prestare un attimo di attenzione, in modo da evitare poi discussioni inutili.

Sehr geehrte Abgeordnete!

Der diesjährige Haushaltsvoranschlag des Regionalrates ist - genauso wie in den Vorjahren - von äußerster Sparsamkeit geprägt und beschränkt sich auf die Organisation der Arbeiten des Regionalrats und seiner Organe sowie auf ein reibungsloses Funktionieren der Dienste.

Ich bin der Meinung, daß in dieser schwierigen Zeit, in der alle Bürger Opfer bringen müssen und von Steuerauflagen und Ausgabenkürzungen direkt betroffen sind, die öffentlichen Haushalte nicht nur politisch, sondern auch moralisch verpflichtet sind, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Das Präsidium des Regionalrats hat in der Sitzung vom 21. Oktober 1992 gemäß Art. 5 der Geschäftsordnung den eingebrochenen Haushaltsvoranschlag beraten.

Es handelt sich um einen Voranschlag, dessen Ansatz fast zur Gänze zur Deckung der Ausgaben gebunden

wird, die sich aus der institutionellen Tätigkeit sowie aus der Abwicklung der Bürotätigkeit, aus der Auszahlung der Gehälter und aus anderen Pflichtausgaben sowie aus Vorsorgezuwendungen in Form von Leibrenten an ehemalige Regionalratsabgeordnete und ihre Erben und schließlich aus der Auszahlung von Mandatsabfindungen ergeben. Die Voranschläge müssen sich selbstverständlich an die Richtlinien, die auf Staatsebene eine Einschränkung der Staatsausgaben fordern, halten. Dies gilt nicht nur für die Posten, die vorgeschrieben werden oder mit den Diensten eng verbunden sind, sondern auch für jene, die eine gewisse strenge Auswahl bei einer angemessenen Gebarung erfordern.

Im Vergleich zum geänderten Haushalt für das laufende Finanzjahr verzeichnen die Ausgabenkapitel 1993 keine Erhöhungen, mit Ausnahme jener Ausgaben, die mit der Durchführung von Gesetzesmaßnahmen und mit dem Ablauf der Legislaturperiode eng verbunden sind und zu einer Erhöhung des gesamten Voranschlages um 9% führen.

Aus der globalen Aufstellung der einzelnen Kategorien geht hervor, daß in der I. Kategorie "Dienste des Regionalrats" der Ansatz beinahe im gleichen Betrag des geänderten Haushaltvoranschlages 1992 voranschlagt worden ist; in der II. Kategorie "Regionalratsabgeordnete im Ruhestand" ist angesichts der eingangs angestellten Überlegungen eine beträchtliche Erhöhung zu verzeichnen, und in der III. Kategorie "Dienstleistendes Personal" wird eine geringfügige Erhöhung des Ansatzes angesichts der geplanten Einstellung von Hilfspersonal ausgewiesen, das anstelle von in Ruhestand getretenem Personal den Dienst bei den Sitzungen und in der Pförtnerloge in Trient verrichten wird.

Der Ansatz der IV. Kategorie wird bestätigt und die V. Kategorie "Ankauf von Gütern und Dienstleistungen" verzeichnet Abweichungen für jene Kapitel, die mit den Diensten und mit dem Marktpreistrend verbunden sind.

Aus der Analyse der einzelnen Einnahmenkapitel gehen folgende Angaben hervor:

400.000.000 Lire (Kap. 200 + 100.000.000), damit werden die Schatzamtzinsen auf Kassabestände festgelegt;

die anderen Kapitel (201, 202, 203) derselben Kategorie weisen Einnahmen auf, die mit geringfügigen Posten verbunden sind;

29.500.000.000 Lire (Kap. 300 + 2.200.000.000) zu Lasten des Haushaltes der Region als Ausgleich für die Ausgaben, die sich aus der Tätigkeit des Gesetzgebungsorgans ergeben;

2.300.000.000 Lire (Kap. 301 - 32.900.000) Beiträge, welche von den amtierenden Regionalratsabgeordneten als Vorsorgebeiträge eingezahlt werden;

50.000.000 Lire (Kap. 302 + 20.000.000) betreffen Einnahmen aus unentschuldigtem Fernbleiben von den Sitzungen. Dieser Betrag zeigt, daß Art. 2 der Vergütungsordnung streng angewendet wird.

In der IV. Kategorie "Posten, die gegen Ausgaben aufgerechnet werden" weisen jene Posten, die die Rechte der in Ruhestand getretenen Bediensteten betreffen, keine erhöhten Einnahmen auf; der Posten "Personal im Überstellungsverhältnis" wird hingegen aufgrund anderer Gegebenheiten, die mit diesem Rechtsinstitut zusammenhängen, erhöht.

In den V. VI. und VII. Kategorien weisen die Voranschläge für das Jahr 1993 keine Änderungen im Vergleich zum Vorjahr auf.

Die veranschlagte Gesamtausgabe setzt sich in den einzelnen Kategorien wie folgt zusammen:

14.595.000.000 Lire in der I. Kategorie - "Dienste des Regionalrates" (- 10.000.000). Es handelt sich um Ausgaben, die im gleichen Betrag wie für das Jahr 1992 voranschlagt und zur Deckung der Ausgaben für amtierende Regionalratsabgeordneten gebunden werden.

14.800.000.000 Lire in der II. Kategorie - "Regionalratsabgeordnete im Ruhestand" (+ 2.590.000.000). Dieser Betrag wird für die Auszahlung der Leibrenten an ehemalige Regionalratsabgeordnete sowie für die Auszahlung von übertragbaren Leibrenten ausgewiesen, wie einleitend dargelegt wurde.

2.287.000.000 Lire in der III. Kategorie: "Dienstleistendes Personal" (+ 128.150.000). Dieser Betrag bezieht sich auf die Gesamtausgabe für die Auszahlung der Bezüge der Bediensteten, die ihren Arbeitssitz

in Bozen und in Trient haben sowie der Bediensteten, die man einzustellen plant.

80.000.000 Lire in der IV. Kategorie - "Personal im Ruhestand". Der Ansatz bezieht sich auf die Ausgabe für das Jahr 1992, die beim Posten über die Ergänzung der Ruhestandsgelder geändert wurde.

1.347.000.000 Lire in der V. Kategorie - "Ankauf von Gütern und Dienstleistungen". In dieser Kategorie sind Kapitel verschiedener Art enthalten: Einige davon hängen von den Dienstleistungen und den Materialkosten für die Funktionsfähigkeit der Ämter ab, andere sind durch die Anwendung der Geschäftsordnung Schwankungen unterworfen. Der Voranschlag für das Jahr 1993 verzeichnet jedoch eine Verminderung im Vergleich zum Voranschlag für 1992.

Deshalb werden der Ansatz des Kapitel 540 und des Kapitel 548 infolge von Ausgabenkürzungen verringert.

Für die restlichen Kategorien VI, VIII und IX zeigen die Voranschlüsse für das Jahr 1993 keine erhöhten Ausgaben auf; die VII. Kategorie weist eine Abweichung im Rücklagefonds auf, der dem Voranschlag im Verhältnis angepaßt und mit 500.000.000 Lire ausgewiesen wird.

Der Voranschlag weist insgesamt Ausgaben in Höhe von 33.784.000.000 Lire und Einnahmen in Höhe von 32.340.400.000 Lire auf. Die Kompetenzgebarung wird ausgeglichen, wobei der Überschuß in Höhe von 1.443.600.000 Lire zum Ausgleich verwendet wird.

Der Kassavoranschlag liegt bei 34.644.000.000 Lire, wobei 2.267.600.000 Lire aus dem Kassafonds zum Ausgleich verwendet wurden.

In dieser, wenn auf kurzen Zusammenfassung werden die wichtigsten buchhaltungstechnischen Aspekte des Haushaltsvoranschlages 1993 aufgezeigt. Ich stehe Ihnen für weitere Ergänzungen politischer und sachlicher Natur zur Verfügung und hoffe, daß Sie ihn genehmigen werden.

DER PRÄSIDENT

Signori Consiglieri,

Il bilancio di previsione annuale del Consiglio regionale è caratterizzato anche quest'anno, come negli anni precedenti, da un estremo contenimento delle spese e pertanto è indirizzato alla copertura di oneri atti a garantire l'organizzazione dei lavori del Consiglio regionale e dei suoi organi, nonché un'efficiente attività degli uffici e dei servizi.

Ritengo che in questo momento difficile, in cui maggiori imposizioni fiscali e tagli alla spesa gravano sui cittadini imponendo loro grandi sacrifici, l'Amministrazione Pubblica, nel predisporre i suoi bilanci, sia tenuta non solo politicamente, ma anche moralmente a dare il buon esempio.

L'Ufficio di Presidenza nella seduta del 21 ottobre 1992 ai sensi dell'art. 5 del Regolamento ha analizzato la proposta presentata.

Si tratta di un documento che per la quasi totalità è destinato a coprire oneri legati al funzionamento dell'Assemblea legislativa, spese d'ufficio, stipendi e altre obbligatorie e benefici previdenziali sottoforma di assegni vitalizi ad ex Consiglieri regionali e loro eredi, nonché indennità di fine mandato per cessazione dalla carica. Le previsioni proposte tengono necessariamente conto degli indirizzi che, a livello nazionale, richiedono preciso contenimento della spesa pubblica e questo non solo per le voci di carattere obbligatorio o strettamente legate a servizi, ma anche per quelle dove la discrezionalità nella gestione comporta una precisa scelta di rigore.

Globalmente la spesa del 1993, rispetto all'assestato del corrente esercizio, non si incrementa, eccezione fatta per oneri il cui verificarsi è legalmente prescritto e strettamente collegato alla scadenza della legislatura, che incrementano l'impegno totale del 9%.

L'analisi sintetica delle singole categorie evidenzia il riporto pressoché identico dell'assestato 1992 nella I^: "Servizi del Consiglio regionale"; il forte incremento nella II^: "Consiglieri in quiescenza" in conformità a quanto espresso in premessa e il leggero rialzo nella III^: "Personale in attività di servizio"

frutto della prevista assunzione di personale ausiliario per rimpiazzare i collocamenti a riposo e per rendere più funzionale il servizio d'aula e di portineria a Trento.

La IV[^] categoria è riproposta e la V[^] "Acquisti di beni e servizi" subisce ritocchi solo in quei capitoli legati ai servizi e all'andamento dei prezzi sul mercato.

La valutazione dei capitoli di entrata viene così evidenziata:

lire 400.000.000 (cap. 200 + 100.000.000) fissa i presunti interessi di tesoreria sulla giacenza di cassa;

gli altri capitoli (201, 202, 203) della stessa categoria elencano introiti legati a poste minori;

lire 29.500.000.000 (cap. 300 + 2.200.000.000) determina l'assegnazione a carico del bilancio regionale a pareggio delle necessità del legislativo;

lire 2.300.000.000 (cap. 301 - 32.900.000) rappresenta le trattenute obbligatorie alle quali sono sottoposti di Consiglieri regionali in carica sui loro emolumenti;

lire 50.000.000 (cap. 302 + 20.000.000) il recupero per addebito assenze evidenzia il rigore con il quale viene applicato l'articolo 2 del Regolamento delle indennità;

La categoria IV[^] - "Partite che si compensano nella spesa" si riduce nelle voci che disciplinano i diritti del dipendente a riposo e si incrementa nella voce "personale a comando" per una nuova posizione legata a questo specifico istituto.

Le categorie V[^], VI[^] e VII[^] sono presenti negli stessi contenuti del 1992.

Per la spesa i contenuti delle singole categorie mettono in evidenza:

lire 14.595.000.000 Categoria I[^] "Servizi del Consiglio regionale" (- 10.000.000). Ricalcano gli stessi impegni dell'anno 1992 assunti nei confronti della posizione economica dei Consiglieri regionali.

lire 14.800.000.000 Categoria II[^] - "Consiglieri in quiescenza" (+ 2.590.000.000). Rappresenta il dovuto per assegni vitalizi sia diretti che di reversibilità e il maggior onere ampiamente motivato nella premessa.

lire 2.287.000.000 Catogoria III[^] - "Personale in attività di servizio" (+ 128.150.000). E' l'impegno per il personale assegnato alle sedi di Trento e di Bolzano rivalutato nella misura alla luce delle assunzioni in programma.

lire 80.000.000 Categoria IV[^] - "Personale in quiescenza". Ripresenta l'impegno del 1992 rettificato nella voce relativa all'integrazione del trattamento di quiescenza;

lire 1.347.000.000 Categoria V[^] - "Acquisto di beni e servizi". In questa categoria che raccoglie capitoli di diversa natura, alcuni legati al costo di servizi e materiale per il funzionamento, altri soggetti a ritocchi per l'applicazione del Regolamento, la proposta per il 1993 registra una diminuzione rispetto all'assestato 1992.

Questo per l'intervento riduttivo sui capitoli 540 e 548 motivato dalla contrazione della spesa.

Le categorie VI[^], VIII[^] e IX[^] non impegnano il bilancio del Consiglio in misura maggiore al corrente; la VII[^] rivede lo stanziamento del fondo di riserva e lo adegua proporzionalmente al contenuto del preventivo, assestandolo a 500.000.000.

Complessivamente il documento contabile presenta una spesa di 33.784.000.000 e un'entrata di 32.340.400.000. A pareggio della gestione di competenza viene inserito un utilizzo dell'avanzo per 1.443.600.000.

Nella cassa l'intervento del fondo per 2.267.600.000 pareggia l'entrata e la spesa su 34.644.000.000.

Il contenuto puramente tecnico-contabile è stato sinteticamente illustrato e c'è la disponibilità di integrare con interventi politici e di merito la proposta 1993 che questa Assemblea è chiamata ad approvare per renderla esecutiva.

Il PRESIDENTE

PRÄSIDENT: Jetzt verlese ich den Beschuß:

PRESIDENTE: Do lettura della delibera:

Der Regionalrat

hat in der Sitzung vom _____;

nach Einsicht in den Haushaltsentwurf 1993 des Regionalrats;

nach Einsicht in den Beschuß Nr. 38 vom 21. Oktober 1992 des Präsidiums, mit den dieser Haushaltsentwurf genehmigt wird;

nach Einsicht in die Artikel 5 und 6 der Geschäftsordnung des Regionalrats;

nach Einsicht in die Ordnungs-bestimmungen über die Verwaltung und Rechnungslegung des Regionalrats;

mit _____ rechtsgültig abgegebenen Stimmen

beschlossen

Art. 1

1. Die Feststellung, Vereinnah-mung und Einzahlung in die Kasse des Regionalrats der für das Finanzjahr 1993 gemäß der im beiliegenden Einnahmenvoranschlag vorgesehenen Beträge und Erträge wird ermächtigt.

Art. 2

1. Der allgemeine Ausgabengesamtbetrag des Regionalrats für das Finanzjahr 1993 betreffend die Kompetenzgebarung in Höhe von **33.784.000.000** Lire und die Kassagebarung in Höhe von **34.644.000.000** Lire wird genehmigt.

Art. 3

1. Die Bereitstellung und die Bezahlung der Ausgaben für das Finanzjahr 1993 werden entsprechend dem beiliegenden Ausgabenvoranschlag ermächtigt.

Art. 4

1. Mit Dekreten des Präs. d. Reg.Rats werden nach vorherigem Beschuß des Präsidiums eigens vorgesehene zusätzliche Kapitel für jene Einnahmen und Ausgaben eingeführt, die auf Konto Rückstände vorgenommen werden und für die es im Haushalt kein entsprechendes Kapitel gibt. Mit denselben Dekreten wird die Ermächtigung zu Kassageschäften vorgesehen.

2. Mit Dekreten des Präs. d. Reg.Rats wird nach vorherigem Beschuß des Präsidiums der Kassastand der Kapitel für Pflichtausgaben ergänzt, und zwar mit Beschränkung auf die höheren Rückstände 1992, die sich im Vergleich zu den im Voranschlag 1993 eingeschriebenen ergeben. Diese

Dekrete werden der allgemeinen Rechnungslegung beigelegt.

Art. 5

1. Die allgemeine zusammenfassende Übersicht über den Haushalt des Regionalrats für das Finanzjahr 1993 wird, was die Kompetenz und die Kassa betrifft, mit den beiliegenden Tabellen genehmigt.

Il Consiglio regionale

Nella seduta del _____;

Visto il progetto di bilancio per l'esercizio finanziario 1993 del Consiglio regionale;

Vista la delibera dell'Ufficio di Presidenza n. 38 del 21 ottobre 1992, che approva detto progetto di bilancio;

Visti gli articoli 5 e 6 del Regolamento interno del Consiglio regionale;

Visto il Regolamento interno di amministrazione e contabilità del Consiglio regionale;

A _____ di voti legalmente espressi,

delibera

Art. 1

1. Sono autorizzati l'accertamento, la riscossione e il versamento nella cassa del Consiglio regionale delle somme e dei proventi devoluti per l'esercizio finanziario 1993, giusto l'annesso stato di previsione dell'Entrata.

Art. 2

1. E' approvato in lire **33.784.000.000** in termini di competenza ed in lire **34.644.000.000** in termini di cassa il totale generale della Spesa del Consiglio regionale per l'anno finanziario 1993.

Art. 3

1. E' autorizzato l'impegno e il pagamento delle spese per l'esercizio finanziario 1993, in conformità all'annesso stato di previsione della Spesa.

Art. 4

1. Con decreti del P.C.R., previa delibera dell'Ufficio di Presidenza, viene provveduto all'istituzione di appositi capitoli aggiunti per le entrate e per le spese da effettuare in conto residui e per le

quali non esistano in bilancio i capitoli corrispondenti. Con gli stessi decreti è prevista l'autorizzazione di cassa.

2. Con decreti del P.C.R. previa delibera dell'Ufficio di Presidenza, sono integrate le dotazioni di cassa dei capitoli relativi a spese di carattere obbligatorio, limitatamente ai maggiori residui risultanti alla chiusura dell'esercizio finanziario 1992 rispetto a quelli presuntivamente iscritti in preventivo 1993. Tali decreti saranno allegati al rendiconto generale.

Art. 5

1. E' approvato, in termini di competenza e di cassa, il quadro generale riassuntivo del bilancio del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1993 con le tabelle allegate.

PRÄSIDENT: Damit eröffne ich die Debatte.

Das Wort hat die Abg. Berger.

PRESIDENTE: Apro la discussione.

La parola alla cons. Berger.

BERGER: Grazie, signor Presidente, sarò brevissima perché accoglierò senz'altro la sua proposta, che formulerò e tradurrò in una proposta regolamentare ben diversa, che credo sarà sottoscritta da molti colleghi trentini, ma volevo confutare il suo ragionamento. Sicuramente è ineccepibile la presentazione ragionieristica contabile affidata alla signora Camin, ma non è questo il problema.

Il problema è la traduzione in capacità di lettura e quindi di controllo di questo bilancio, che non è data, perché non esiste una disaggregazione di capitoli che consenta di capire ogni singola voce di spesa così come è determinata, né così come nella previsione si ritiene, per esempio, una spesa aggiuntiva di dotazione per i gruppi non in soldi, ma in strutture di servizio, un potenziamento dell'Ufficio legislativo, che storicamente non è una delle strutture più ricche del nostro assetto istituzionale regionale. Allora quello che manca è una capacità di lettura dei criteri di spesa, che collimano dal punto di vista contabile in maniera ineccepibile, ma che non consentono una valutazione ragionata delle scelte di spesa che sono fatte dal Presidente.

La cosa che mi preme maggiormente dirle, signor Presidente, è che è vero che in capo ai Presidenti dei gruppi, e non a caso dato che ho assunto da poco questo ruolo ne sono estremamente preoccupata, i criteri di spesa, ma è altrettanto vero che corrispondiamo ad un Regolamento, signor Presidente, che è la norma giuridica di riferimento, della quale lei è responsabile e la norma giuridica di riferimento, il nostro Regolamento interno ci dice esclusivamente di corrispondere al fatto che li abbiamo ricevuti e così come li abbiamo ricevuti li abbiamo spesi.

Allora nella mia proposta le allegherò una analisi comparata di come è disciplinata la materia in tutte le altre Regioni, che è affidata ad una legge che stabilisce i criteri ed i vincoli di spesa, che affida il controllo - come è doveroso - ad un organo terzo, oppure lo assume in quanto Ufficio di Presidenza e che naturalmente contempla la norma di incompatibilità di spesa del finanziamento pubblico destinato all'attività istituzionale dei gruppi con quella eventuale di utilizzo da parte dei partiti di appartenenza, cosa che qui da noi non è in alcun modo preclusa e che questa sicuramente è una grave non conformità da parte nostra alla legislazione nazionale. Dal momento che la so persona sufficientemente preparata in termini di diritto per aver compreso il mio ragionamento, lo concludo qua, le dirò che questa è l'ultima volta che spero di votare contro il bilancio e che ai primi di gennaio avrò depositato la proposta di modifica.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch zu Wort? Dann schließe ich die Debatte ab.

Ich möchte Ihnen jetzt, was dieses Reglement für die Gruppenfinanzierung betrifft, den Artikel vorlesen, um jeden Zweifel auszuräumen. "Art. 16 - A ciascun gruppo consiliare viene versato mensilmente un contributo fisso di lire 2.004.000. In aggiunta al medesimo viene versato un contributo mensile pro-capite di lire 891.000. Quando il gruppo misto sia ridotto ad un solo componente, non spetta il contributo pro-capite." Der Präsident des Regionalrates hat das Reglement anzuwenden. Ich kann nicht, Frau Abg. Berger, bei Ihrer oder bei anderen Fraktionen Kontrollen machen und Rechnungslegungen verlangen, die im Reglement nicht vorgesehen sind und ich kann mich auch nicht darauf stützen, daß Sie in Zukunft eine Änderung einbringen werden. Ich muß natürlicherweise das Reglement anwenden, wie es ist und ich muß weshalb die Kritik in diesem Zusammenhang aufs Schärfste zurückweisen, wie die Gesetze anzuwenden sind wie sie sind und nicht, wie man sie gerne haben möchte oder wie sie möglicherweise in Zukunft sein sollen. Es gibt auch keine staatlichen Gesetze, die uns diesbezüglich Auflagen machen. Die staatliche Norm, die uns diesbezüglich regelt, ist das Autonomiestatut und dort ist vorgesehen, daß der Regionalrat autonom und nicht mit Gesetzen in der Form eines Reglements die eigene Tätigkeit regelt. Das zum ersten.

Im zweiten Punkt vermissen Sie Klarheit in den Aussagen des Dokumentes über den Haushaltsvoranschlag. Ich bitte Sie, es aufzuschlagen und Punkt für Punkt durchzugehen. Sie sehen hier Abfindungen, Beträge für die INPS, CPDEL, Punkt für Punkt jede Ausgabe, die gemacht werden soll, bis zu den Mieten und Ankäufen. Klarer geht es nicht mehr. Kompetenz 1992 - die endgültigen Ansätze, die Veränderungen zu 1993 genau dargelegt. Das ist eindeutig. Sie sagen, Sie vermissen politische Schwerpunkte. Ich wiederhole: der politische Schwerpunkt, den das Präsidium hier hineingelegt hat und den der Präsident hineinlegen wollte, ist, daß wir keine zusätzlichen Ausgaben übernehmen, also möglichst sparsam sind und deswegen fehlen diese politischen Schwerpunkte, die Sie sich wünschen. Wir möchten mit dem vorhandenen Personal - wir haben ein, zwei Personen für den Portierdienst vorgesehen, weil der sonst nicht funktioniert und weil jemand ausscheidet -, und mit dem vorhandenen Geld - das de facto reduziert wird, weil wir keine Inflationsrate mit einbezogen haben- sowie mit den vorhandenen Strukturen auskommen, weil wir nicht der Meinung sind, daß wir die Strukturen aufblähen sollen, in der Zeit, in der allgemein Sparsamkeit gepredigt und von den Bürgern große Oper abverlangt werden. Das ist die politische Richtlinie, die steht im Entwurf, im Begleitbericht und das ist auch die Leitlinie, die uns dabei begleitet hat. Andere politischen Richtlinien haben wir keine, weil das Regionalratspräsidium kein politisches Organ ist, sondern ein institutionelles, das die Aufgabe hat, daß die Arbeiten des Regionalrates ordentlich zu verwalten.

Soweit meine Replik und jetzt stimmen wir darüber ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 1 Gegenstimme und 6 Enthaltungen ist der Haushaltsvoranschlag für 1993 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Allora chiudo la discussione.

Per quel che concerne il finanziamento ai gruppi desidero dare lettura del relativo articolo, al fine di fugare ogni dubbio: "Art. 16 - A ciascun gruppo consiliare viene versato mensilmente un contributo fisso di lire 2.004.000. In aggiunta al medesimo viene versato un contributo mensile pro-capite di lire 891.000. Quando il gruppo misto sia ridotto ad un solo componente, non spetta il contributo pro-capite." Il Presidente del Consiglio regionale deve applicare il Regolamento. Sig. Berger, io non posso effettuare controlli per il suo gruppo o per altri o chiedere la rendicontazione che non è prevista dal Regolamento. E non posso nemmeno essere certo che Lei presenterà in futuro una proposta di modifica. Io devo applicare il Regolamento così com'è, e pertanto intendo respingere fermamente le Sue critiche su come debbano essere applicate le leggi, su come dovrebbero essere e su come si potrebbero predisporre per il futuro. Non ci sono nemmeno delle leggi nazionali che ci impongono delle regole precise. La norma che regolamenta questo settore è lo Statuto di autonomia, il quale prevede che il Consiglio regionale disciplini

la sua attività non per mezzo di leggi, ma attraverso un regolamento. Questa è la prima cosa.

Poi Lei dice che non c'è chiarezza nella relazione al bilancio di previsione. La pregherei di leggere attentamente questo documento contabile e controllare punto per punto. Ci sono le indennità di fine mandato, i contributi per l'INPS, per la CPDEL e punto per punto ogni uscita, dagli affitti agli acquisti. Più chiaro di così non si può. Per la competenza 1992 gli stanziamenti definitivi e le variazioni per il 1993. E' molto chiaro. Lei dice che non ci sono orientamenti politici. Ripeto: l'obiettivo politico che l'Ufficio di Presidenza ha voluto darsi è che non si prevedano ulteriori uscite, ma un contenimento della spesa. Per questo mancano gli obiettivi politici che Lei tanto sottolineava. Vorremmo riuscire a lavorare con il personale a disposizione - abbiamo solo previsto una, due persone per il servizio di portineria, che altrimenti non funziona se viene a mancare qualcuno - e con le disponibilità esistenti, che di fatto vengono ridotte, perché non abbiamo calcolato il tasso di inflazione, nonché con le strutture esistenti, perché riteniamo di non dovere gonfiare oltremodo queste strutture in un momento come questo, in cui si predica il risparmio e si chiedono grossi sacrifici al cittadino. Questo è l'orientamento politico che è contenuto nella relazione e che abbiamo seguito. Non abbiamo altri obiettivi politici, in quanto la Presidenza del Consiglio regionale non è un organo politico, ma istituzionale, che ha il compito di amministrare i lavori del Consiglio regionale.

Questa era la mia replica ed ora passiamo alla votazione. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

Con 1 voto contrario e 6 astensioni il bilancio di previsione per l'anno 1993 è approvato.

PRÄSIDENT: Wir sind damit programmgemäß zum Abschluß der Arbeiten angelangt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen für die Mitarbeit zu danken. Es war ein hartes Jahr. Wir haben große, umstrittene Gesetze verabschiedet. Denken wir an die Familienpakete, an die Gemeindeordnung. Wir sind trotzdem gut gefahren, haben viel geredet aber auch wesentliche Sachen beschlossen. Ich wünsche Ihnen für das nächste Jahr den gleichen Arbeitseifer, aber zwischendrin einige besinnliche Tage mit Ihrer Familie für die Weihnachtsfeiertage. Die meisten haben noch Landtag, aber ich sehe Sie nicht alle wieder. Alles Gute und ich darf Sie jetzt zu einem kleinen Umturk in der Bar einladen, für diejenigen die Zeit haben auch die Pressevertreter und die Bediensteten. Danke, alles Gute und besinnliche Feiertage.

Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: Come preannunciato siamo giunti al termine dei lavori. Vorrei cogliere l'occasione per ringraziare tutti per la fattiva collaborazione. E' stato un anno difficile. Abbiamo approvato importanti e voluminosi disegni di legge. Pensiamo al Pacchetto Famiglia e al nuovo Ordinamento dei Comuni. Comunque abbiamo fatto un buon lavoro, abbiamo discusso molto, ma anche deciso cose molto importanti. Per l'anno prossimo mi auguro che vogliate adoperarvi con lo stesso impegno che avete mostrato quest'anno. Nel frattempo auguro a tutti un gioioso Natale e giorni sereni trascorsi vicino alle vostre famiglie. La maggior parte dei consiglieri ha davanti a sé ancora qualche giorno di Consiglio provinciale, e quindi non avrò occasione di fare gli auguri ad ogni consigliere personalmente. Colgo dunque quest'occasione per fare i migliori auguri a tutti ed invito coloro che hanno ancora un attimo di tempo, nonché gli addetti stampa e i dipendenti ad un piccolo rinfresco al bar. Grazie, auguri vivissimi e buone feste.

La seduta è tolta.

(ore 17.03)